

forum

raumentwicklung
du développement territorial
sviluppo territoriale

Informationsheft
Bulletin d'information
Bollettino d'informazione



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
Office fédéral du développement territorial ARE
Ufficio federale dello sviluppo territoriale ARE
Uffizi federali da sviluppo dal territorio ARE



20 Jahre Nachhaltige Entwicklung

Die grossen Herausforderungen in der Schweiz und weltweit

20 ans de développement durable

Les grands défis en Suisse et dans le monde

20 anni di sviluppo sostenibile

Le sfide maggiori in Svizzera e nel mondo

1 | 2012

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK
Département fédéral de l'environnement, des transports,
de l'énergie et de la communication DETEC
Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti,
dell'energia e delle comunicazioni DATEC



Inhalt**Sommaire****Sommario**

Editorial	3	Editorial	40	Editoriale	78
Die Zukunft der Nachhaltigkeitspolitik	6	Politique future du développement durable	43	Il futuro della politica per uno sviluppo sostenibile	81
Von «Rio 1992» bis «Rio +20»: Das Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung zeigt die Trends	10	De Rio'92 à Rio+20: le monitoring du développement durable, révélateur de tendances	47	Da Rio 1992 a Rio+20: il monitoraggio dello sviluppo sostenibile evidenzia le tendenze	85
Interview mit Mathis Wackernagel: «Die Energiewende kommt so oder so»	12	Interview de Mathis Wackernagel: «Le tournant énergétique se fera d'une manière ou d'une autre»	49	Intervista a Mathis Wackernagel: «La svolta energetica è inevitabile»	87
Die Alpen langfristig nutzen und schützen	17	Garantir à long terme l'exploitation et la protection des Alpes	54	Utilizzare e proteggere a lungo termine le Alpi	92
Die Entwicklung der Agenda 21 des Kantons Genf	20	La progression de l'Agenda 21 du canton de Genève	57	Sviluppo territoriale, trasporti e energia: questioni cruciali della politica per uno sviluppo sostenibile	95
Nachhaltige Entwicklung braucht die Verankerung in der Verwaltung	23	Nécessité d'un ancrage du développement durable dans les administrations	60	Lo sviluppo sostenibile: in quale direzione? Sei personalità esprimono la loro opinione sullo sviluppo sostenibile in Svizzera e all'estero.	98
Raumentwicklung, Verkehr und Energie als Knacknüsse der Nachhaltigkeitspolitik	26	Coordonner développement territorial, transports et énergie: un défi pour la politique du développement durable	63	Rubrica: Il consumo sostenibile	101
Die Landwirtschaft als Pfeiler der Nachhaltigen Entwicklung	29	L'agriculture – un pilier du développement durable	66	Impressum	103
Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE): Blick auf die Gegenwart – Ausblick in die Zukunft	32	Education au développement durable: Eclairage sur la situation actuelle et les perspectives d'avenir	69		
Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten der Schweiz im globalen Umfeld	33	Responsabilités et marge de manœuvre de la Suisse dans le contexte de la mondialisation	71		
Nachhaltige Entwicklung wohin? Sechs Persönlichkeiten äussern sich zur Nachhaltigen Entwicklung weltweit und in der Schweiz	36	Où va le développement durable? Six personnalités s'interrogent sur le développement durable, en Suisse et à l'étranger	74		
Kolumne Nachhaltig verschwenden	38	Le billet culturel Gaspiller durablement?	76		
Impressum	103	Impressum	103		

Editorial

Bundesrätin Doris Leuthard
Vorsteherin UVEK



**«Grüne Wirtschaft wird Schlüsselaufgabe
der Raumentwicklung»**

• • •

Im Juni trifft sich die Staatengemeinschaft an der «Rio +20»-Konferenz. Dabei wird Bilanz über die bisherigen Anstrengungen für eine Nachhaltige Entwicklung gezogen. Zugleich werden die Prioritäten für die nächsten Jahrzehnte festgelegt: Auf inhaltlicher Ebene soll eine «grüne Wirtschaft» der Nachhaltigen Entwicklung mehr Schub verleihen. In institutioneller Hinsicht sind die Rahmenbedingungen zu verbessern. Internationale Verhandlungen zu Nachhaltigkeitsthemen gestalten sich immer schwierig. Die Differenzen zwischen den Staaten und Weltregionen sind unübersehbar. Dennoch setzt sich die Schweiz beharrt für gemeinsame Lösungen ein, um der Nachhaltigkeit mehr Gewicht zu verleihen. Vor dem unsicheren internationalen Hintergrund ertönen hierzulande immer wieder Stimmen, die das Engagement der kleinen Schweiz für die globale Nachhaltigkeit in Frage stellen. Doch eine solche Mutlosigkeit

keit ist falsch. Ich bin überzeugt, dass sich die Weiterführung, ja Verstärkung der nachhaltigkeitspolitischen Vorreiterrolle für unser Land auszahlt.

Dafür sehe ich vor allem zwei Gründe: Erstens werden Energie und andere natürliche Ressourcen rasch knapper und damit teurer, dies nicht zuletzt wegen des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs von Ländern wie China oder Indien. Für die rohstoffarme Schweiz wird es von Vorteil sein, ihre Volkswirtschaft frühzeitig auf eine effiziente Ressourcennutzung umzustellen. Zweitens ergeben sich aus einem umfassenden Engagement für die Nachhaltige Entwicklung im Heimmarkt auch neue Chancen für den Export. Der Wirtschaftsstandort Schweiz mit seinen hervorragenden Ausbildungsstätten und seiner innovativen Cleantech-Branche sollte dieses Potenzial voll ausschöpfen. Wenn die «Rio +20»-Konferenz das Thema der «grünen Wirtschaft» ins Zentrum rückt,

liegt dies also im ureigenen Interesse des Werk- und Denkplatzes Schweiz. «Grüne Wirtschaft» bedeutet dabei mehr als blos effiziente Energie- und Rohstoffnutzung. Denn in einem umfassenden Sinn sind auch Boden, Raum, Verkehrs- und andere Infrastruktursysteme Teil der «grünen Wirtschaft». Insbesondere mit dem Boden müssen wir in unserem eng begrenzten Land in Zukunft umsichtiger als bisher umgehen. Der Landschaftsschutz kam auch im Volksentscheid zum Zweitwohnungsbau zum Ausdruck. Eine optimierte, koordinierte Planung von Siedlungsentwicklung und Infrastrukturen spart nebst Boden zudem auch Kosten. Teure Ausbauten können auf das Notwendigste beschränkt werden. Ziel der «grünen Wirtschaft» ist somit eine möglichst effiziente Nutzung von Boden und Infrastrukturen zum Wohl von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Bei den wirtschaftlichen Chancen einer «grünen Wirtschaft» denke ich nicht nur an die Exportchancen für Effizienztechnologien wie etwa bei Abwasserreinigungsanlagen. Ich wünsche mir generell eine verstärkte internationale Leuchtturmwirkung unseres Landes auf Gebieten wie intelligente Verkehrssysteme, Gebäudetechnik oder innovative raumplanerische Lösungen. Das ARE als Koordinationsamt für Nachhaltige Entwicklung, Raumplanung und Verkehr ist in allen seinen Tätigkeitsfeldern direkt in die «grüne Wirtschaft» involviert. Es leistet damit einen zentralen Beitrag, um die Schweiz für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Nutzen wir deshalb «Rio +20» als Anlass und Motivation, unser Engagement für die Nachhaltige Entwicklung nach innen und aussen weiter zu stärken.



Die Zukunft der Nachhaltigkeitspolitik

• • • •

Daniel Wachter
Leiter Sektion Nachhaltige Entwicklung, ARE
daniel.wachter@are.admin.ch



An der «Rio +20»-Konferenz legt die Staatengemeinschaft die Stossrichtung der künftigen globalen Nachhaltigkeitspolitik fest. Dies bedeutet auch für die Schweiz, dass bisherige internationale Beschlüsse wie die Agenda 21, die Klimakonvention und die Biodiversitätskonvention energetischer umgesetzt werden müssen. Gleich-

zeitig gilt es unsere Volkswirtschaft zügig in Richtung einer «grünen Wirtschaft» umzubauen. Für diese Stärkung unserer Nachhaltigkeitspolitik braucht es geeignete institutionelle Rahmenbedingungen. Mit der «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015» gibt der Bundesrat Antworten auf diese Herausforderung.

Vom 20. bis 22. Juni dieses Jahrs treffen sich in Rio de Janeiro die Staats- und Regierungschefs zur UNO-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung. 20 Jahre nach der gleichenorts durchgeführten UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung und zehn Jahre nach dem Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wird sich die internationale Gemeinschaft drei Verhandlungsgegenständen widmen, die auch die Prioritäten der schweizerischen Nachhaltigkeitspolitik bestimmen:

- Stärkung des Engagements zur Umsetzung der Beschlüsse der Vorgängerkonferenzen
- Schaffung einer grünen Wirtschaft im Kontext von Nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung
- Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen der Nachhaltigen Entwicklung.

Beschlüsse sollen umgesetzt werden

An der Vorgängerkonferenz von 1992 wurden wegweisende internationale Verträge vereinbart: die Rio-Deklaration mit 27 grundlegenden Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung, die Agenda 21 als Arbeitsprogramm der Staatengemeinschaft für das 21. Jahrhundert, die Rahmenkonvention über Klimaveränderung sowie die Biodiversitätskonvention und die Rahmenprinzipien zum Schutz der Wälder.

Bereits der Weltgipfel von 2002 forderte mit dem «Johannesburg Plan of Implementation», diese Abkommen beherzter umzusetzen. Doch die bisher erzielten Fortschritte sind ungenügend, wie etwa der ungebremste Anstieg der Treibhausgasemissionen oder der rasante Rückgang der Artenvielfalt belegen. Die Welt hat in vielen Problembereichen die planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten. Auch das Armutsproblem bleibt akut: Die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben müs-

sen, liegt konstant bei einer Milliarde. Über die durchzogene Bilanz des Schweizer Beitrags auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung gibt der ebenfalls in diesem Heft vorgestellte «Nachhaltigkeitsbericht 2012» Auskunft. Der Bericht zeigt: Eine Erneuerung und Verstärkung des Engagements für die Umsetzung der Rio-Beschlüsse tut auch bei uns Not. Die Anpassung an die Folgen der Versäumnisse der letzten 20 Jahre wird dabei an Bedeutung gewinnen. Insbesondere die globale Klimaerwärmung kann nicht mehr aufgehalten, sondern nur noch im Ausmass des Anstiegs und in ihrer lokalen Auswirkung begrenzt werden.

Grüne Wirtschaft als Rezept gegen die Armut

Mit der Lancierung einer «grünen Wirtschaft im Kontext der Nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung» will die «Rio +20»-Konferenz einen Ausweg aus der verfahrenen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Sackgasse eröffnen, in welche die Welt durch die Vernachlässigung der bisherigen Beschlüsse geraten ist. Angestrebt wird ein grundlegender Umbau unseres Wirtschaftssystems im Rahmen einer Neuausrichtung der Investitionstätigkeit in ökologisch sinnvolle Bereiche. Dadurch sollen bisher brachliegende umweltverträgliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotenziale erschlossen werden. Zum einen gewinnt diese Strategie an Bedeutung – angesichts des rasanten Wachstums in China, Indien und Brasilien für die Schwellenländer, deren Entwicklung frühzeitig auf einen grünen Pfad gebracht werden muss. Zum andern steigt auch in den OECD-Ländern die Dringlichkeit einer nachhaltigen Neuausrichtung, da angesichts von Schulden-, Euro- und Bankenkrisen nebst der finanziellen Konsolidierung auch neue Wachstumsperspektiven nötig sind. Diese müssen – sol-

len sie von Dauer sein – auf eine solide ökologische Basis gestellt werden. Auch für die Schweiz versprechen grüne Branchen wie Cleantech wirtschaftliche Chancen mit Exportpotenzial. Die «Rio +20»-Konferenz wird auf die Verbindung von ökonomischer Ökologisierung und Armutsbekämpfung fokussieren. Ziel ist insbesondere die Schaffung «grüner» Beschäftigungsmöglichkeiten. In den OECD-Ländern rücken weitergehende Aspekte der Zukunftssicherung ins Blickfeld. Dazu gehören etwa die Bewältigung der Schuldenkrise sowie die demografische Alterung mit ihren weitreichenden Folgen für Staatsfinanzen und Rentensysteme.

Nachhaltigkeit muss stärker institutionalisiert werden

Dass die Nachhaltigkeitspolitik ihre Ziele bisher nicht im erhofften Mass erreicht hat, liegt nicht zuletzt an unzureichenden institutionellen Rahmenbedingungen. Auf globaler Ebene hat sich insbesondere die «Commission on Sustainable Development», welche die Umsetzung der Beschlüsse von 1992 hätte überwachen sollen, als zahnlos erwiesen. «Rio +20» muss hier Fortschritte erzielen, etwa durch die Schaffung eines mit Sanktionskompetenzen ausgestatteten «Sustainable Development Councils» im UNO-System. Auf Ebene der einzelnen Länder stellen sich ähnliche Probleme. Die für die Nachhaltige Entwicklung zuständigen Stellen und Gremien sind häufig schwach. Die Schweiz kann immerhin auf einen erfolgreichen Prozess der zunehmenden institutionellen Verankerung zurückblicken. So beschloss der Bundesrat Anfang 2012 bereits seine vierte Nachhaltigkeitsstrategie. Sie stellt einen integralen Teil der Legislaturplanung 2011-2015 dar, was gegenüber den Vorgängerversionen eine erhebliche institutionelle Aufwertung bedeutet. Diese zunehmende Verankerung ist Erfolg versprechend. Allerdings gilt es zu vermeiden, dass für

Laufende Massnahmen	Neue Massnahmen
1 – Das Klima schützen und die Naturgefahren bewältigen	
1a CO ₂ -Emissionsvorschriften für Personenwagen 1b Schutz vor Naturgefahren	1-1 Klimapolitik Schweiz nach 2012 1-2 Aktionsplan Luftfahrt und Klima
2 – Den Energieverbrauch vermindern und erneuerbare Energien fördern	
2a Programm EnergieSchweiz	2-1 Energiestrategie 2050
3 – Eine nachhaltige Raumentwicklung gewährleisten	
3a Stärkung des öffentlichen Verkehrs 3b Massnahmenplan Langsamverkehr 3c Innovative Mobilität und Freizeitverkehr 3d Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik	3-1 Revision des Raumplanungsgesetzes 3-2 Mobility Pricing
4 – Die wirtschaftliche Produktivität bei gleichzeitiger Entkopplung vom Ressourcen- und Energieverbrauch steigern, den Konsum auf die Nachhaltige Entwicklung ausrichten	
4a Nachhaltiges Bauen 4b Integrierte Produktepolitik 4c Weiterentwicklung der Agrarpolitik 4d Masterplan Cleantech 4e Verantwortungsvolle Unternehmensführung 4f Nachhaltige Entwicklung im Tourismus	4-1 Förderung einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft 4-2 nachhaltige Informations- und Kommunikationstechnologien
5 – Die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen	
5a Waldpolitik 2020 und Ressourcenpolitik Holz 5b Weiterentwicklung der Chemikalienpolitik 5c Förderung einer integralen Landschaftspolitik	5-1 Strategie Biodiversität Schweiz
6 – Den sozialen Zusammenhalt stärken, die kulturelle Entfaltung und die Integration fördern, demografische Herausforderungen frühzeitig angehen	
6a Gemeinnütziger Wohnungsbau	6-1 Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes
7 – Die Gesundheit der Bevölkerung verbessern	
7a Allgemeine Sport- und Bewegungsförderung 7b Nationales Programm Ernährung und Bewegung 7c Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten	7-1 Verstärkung der Nachhaltigen Entwicklung in der Präventionspolitik
8 – Bei globalen Entwicklungs- und Umweltherausforderungen Verantwortung übernehmen	
8a Stärkung des internationalen Umweltregimes 8b Ökologisierung von internationalem Handel und Investitionen	8-1 Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit durch Programme im Bereich der «grünen Wirtschaft» 8-2 Erneuerung der Millenniumsentwicklungsziele in Richtung einer globalen Nachhaltigen Entwicklung 8-3 Reform und Stärkung der globalen Gouvernanz der Nachhaltigen Entwicklung
9 – Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen langfristig sichern	
9a Berichterstattung über Haushaltsrisiken	9-1 Ökologisierung des Steuersystems 9-2 Fiskalregeln für die Sozialversicherungen
10 – Bildung, Forschung und Innovation konsequent für die Nachhaltige Entwicklung nutzen	
10a Verankerung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung im schweizerischen Bildungssystem 10b Informelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung	10-1 Verankerung der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweizer Hochschullandschaft

Bereichsübergreifende Massnahmen

- A Nachhaltigkeitsmonitoring
- B Nachhaltigkeitsbeurteilung
- C Förderung von lokalen Nachhaltigkeitsprozessen und -projekten
- D Zusammenarbeit mit relevanten Akteurgruppen

Tabelle: Massnahmen der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015

neue, aber mit der Nachhaltigen Entwicklung verwandte Themen wie «grüne Wirtschaft» oder «Cleantech» parallele Strukturen geschaffen werden, die den Nachhaltigkeitsprozess administrativ verkomplizieren.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrates

Die im Januar 2012 vom Bundesrat beschlossene «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015» enthält Antworten auf die eingangs angesprochenen Herausforderungen (siehe Tabelle):

- Die Beschlüsse von 1992 sollen mit Nachdruck umgesetzt werden: So trägt die Nachhaltigkeitsstrategie in ihrer Gesamtheit erstens zur nationalen Umsetzung der Agenda 21 bei. Mit der Massnahme «Klimapolitik Schweiz nach 2012» führt unser Land zweitens sein klimapolitisches Engagement mit einem Reduktionsziel von 20 Prozent für Treibhausgase bis 2020 im Vergleich zu 1990 weiter. Immer wichtiger wird dabei auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Drittens soll die Massnahme «Strategie Biodiversität Schweiz» die nationale Umsetzung der Biodiversitätskonvention beschleunigen. Generell wird auch das entwicklungspolitische Engagement der Schweiz mit zahlreichen Massnahmen weitergeführt.

- Die «grüne Wirtschaft» bildet einen Schwerpunkt der Strategie 2012-2015: Massnahmen wie nachhaltiges Bauen, integrierte Produktpolitik, Masterplan Cleantech, verantwortungsvolle Unternehmensführung, Nachhaltige Entwicklung im Tourismus sowie Nachhaltigkeit bei den Informations- und Kommunikationstechnologien bilden wichtige Bestandteile des Aktionsplans der bundesrätlichen Strategie. Die Schaffung einer «grünen Wirtschaft» wird dabei klar als Teilbereich der Nachhaltigen Entwicklung bezeichnet. Doch greift die Zielsetzung über eine blosse Ökologisierung des Wirtschaftssystems hinaus.

So sollen etwa die Berichterstattung über Haushaltrisiken sowie die Einführung von Fiskalregeln für die Sozialversicherungen zu gesunden Staatsfinanzen beitragen und eine Verschuldung, wie sie heute viele europäische Staaten bedrängt, in der Schweiz verhindern.

- Zur nachhaltigen Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen setzt der Bundesrat den bereits eingeschlagenen Weg der schrittweisen Verankerung fort. In diesem Sinn wurde etwa im 2011 erneuerten Leitfaden, der Vorgaben für bundesrätliche Botschaften an das Parlament formuliert, das Instrument der Nachhaltigkeitsbeurteilung aufgewertet. Damit soll bei Vorlagen künftig systematischer auf die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und zukünftige Generationen hingewiesen werden. Auch die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Förderung von kantonalen und kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen durch den Bund sollen weitergeführt und vertieft werden. Die Zahl von aktuell 16 Kantonen und rund 220 Gemeinden, die sich im Rahmen eines offiziellen Nachhaltigkeitsprozesses engagieren, soll substantiell erhöht werden.

Der Schweizer Beitrag an der «Rio +20»-Konferenz

Mit dieser strategischen Ausrichtung ist der Anspruch verbunden, die zentrale Rolle der Nachhaltigen Entwicklung bei der Sicherung der Zukunft der Schweiz zu stärken und gleichzeitig einen valablen Beitrag zur Lösung der globalen Nachhaltigkeitsproblematik zu leisten. Die Schweiz wird sich in Rio besonders dafür einsetzen, dass möglichst verbindliche Empfehlungen an die Staaten formuliert werden, damit eine grüne Wirtschaft als Teilbereich der Nachhaltigen Entwicklung gefördert wird. Im Weiteren wird die Schweiz sich dafür engagieren, dass die so genannte Nachhaltigkeits-

gouvernanz auf allen Ebenen gestärkt wird: global zum Beispiel durch eine möglichst wirkungsvolle Nachfolgeregelung zur «Commission on Sustainable Development» der Vereinten Nationen, national beispielsweise durch eine aufgewertete Rolle der Nachhaltigkeitsstrategien.



Daniel Wachter, 1961, Geograf, leitet die Sektion Nachhaltige Entwicklung des ARE, welche die Politik der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz koordiniert. Nebenberuflich lehrt er als Titularprofessor an der Universität Zürich zum Thema der Nachhaltigen Entwicklung.

Von «Rio 1992» bis «Rio +20»: Das Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung zeigt die Trends

• • • •

Jana Wachtl
jana.wachtl@ bfs.admin.ch
Vincent Willi
vincent.willi@ bfs.admin.ch



Wie nachhaltig entwickelt sich die Schweiz? Wie steht sie im Vergleich zu anderen Ländern da? Der «Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012» gibt Antworten auf diese Fragen. Er basiert auf dem Monitoring

der Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz (MONET). Dieses erfasst die Veränderungen seit dem Erdgipfel für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro.

Die Schweiz veröffentlicht im Jahr von «Rio +20» einen statistischen Nachhaltigkeitsbericht. Dahinter stehen die Bundesämter für Statistik, Raumentwicklung und Umwelt sowie die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit. Im Bericht wird anhand des Monitorings der Nachhaltigen Entwicklung (MONET) Bilanz über die Veränderungen der letzten 20 Jahre gezogen, wobei das Indikatorensystem von MONET seit 2003 besteht. Es basiert auf einem Referenzrahmen, einer Indikatortypologie sowie einem Spielregeln- und Kriterienpaket für die Auswahl der Indikatoren.

Im «Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012» stellen sich vier grundlegende Fragen, die sich aus der Definition der Nachhaltigen Entwicklung sowie den drei Zieldimensionen gesellschaftliche Solidarität, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ökologische Verantwortung ableiten. Nachfolgend werden beispielhaft einige besonders aussagekräftige Indikatoren mit den vier Fragen in Zusammenhang gebracht. Beobachtet wird die Entwicklung seit 1992 respektive seit der ersten Datenerhebung, falls diese später als 1992 aufgenommen wurde.

Bedürfnisdeckung: Wie gut leben wir heute?

Gesundheit ist ein zentraler Aspekt der Lebensqualität. Die Lebenserwartung bei guter Gesundheit wird hierzulande immer länger, das heisst, dieser Indikator entwickelt sich in Richtung Nachhaltigkeit. Die allgemeine Lebenszufriedenheit blieb seit 2000 konstant auf hohem Niveau: Auch 2010 gaben 75 Prozent der Befragten in der Schweiz an, eine hohe Lebenszufriedenheit zu haben. Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Bedürfnisdeckung ist das Einkommen. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen, also das durchschnittliche Einkommen pro Person, liegt im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau, stagniert jedoch seit 1998.

Gerechtigkeit: Wie sind die Ressourcen verteilt?

Trotz einer allgemein hohen Lebensqualität kommt der Wohlstand nicht allen in gleichem Masse zugute. So bleibt der Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Einkommen und Bildung ungleich verteilt. Anfang des Jahrtausends verdienten zum Beispiel die 20 Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen durchschnittlich rund viermal mehr als die 20 Prozent der Bevölkerung mit den tiefsten Einkommen. Im Bereich der Bildung verringert sich zwar der Unterschied zwischen dem Anteil ausländischer und Schweizer Jugendlicher, die keine nachobligatorische Ausbildung haben und nicht mehr eingeschult sind. Doch zählten die Schweizer Jugendlichen 2010 trotzdem rund viermal weniger häufig zu den frühzeitigen SchulabgängerInnen. Mit Blick auf eine weltweit gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen zeigt der ökologische Fussabdruck, dass die Schweiz zunehmend mehr Umweltleistungen und Ressourcen verbraucht, als pro Person global zur Verfügung stehen.

die nächste Frage zeigt, ein absolut steigender Ressourcenverbrauch beobachtet.

Kapitalerhaltung: Was hinterlassen wir unseren Kindern?

Damit auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse decken können, müssen Ressourcen erhalten und erneuert werden. Diesbezüglich weist die Verbesserung des Umweltzustands in der Schweiz in Richtung Nachhaltigkeit. So haben beispielsweise der Phosphorgehalt in den Seen und die Feinstaubkonzentration in der Luft abgenommen. Gegenläufige Entwicklungen sind die Ausdehnung der Siedlungsfläche, die Zunahme des absoluten Materialverbrauchs und der Konsum von nicht erneuerbarer Energie.

Der obige Blick auf die Indikatoren von MONET zeigt nebst Fortschritten auch Trends auf, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz entgegenlaufen. Damit liefert der Nachhaltigkeitsbericht wichtige Informationsgrundlage für zukünftige Massnahmen. Mehr zum Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung: www.monet.admin.ch

Entkopplung: Wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, ohne dabei der Umwelt zu schaden, braucht es rationelle und effiziente Produktions- und Konsumformen. Auf Effizienzsteigerung deutet die Abnahme der Material- und Energieintensität hin, also der Material- beziehungsweise Energieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt. Auch die CO₂-Intensität des motorisierten Personenverkehrs nimmt ab: Pro gefahrenem Personenkilometer wird also weniger CO₂ ausgestossen. Einen gegenläufigen Trend weist dagegen die steigende Gütertransportintensität hin: Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft. Ausserdem wird, wie



Jana Wachtl, 1979, studierte in Basel Soziologie, Informatik und Mensch-Gesellschaft-Umwelt. Seit 2007 arbeitet sie beim Bundesamt für Statistik und leitet seit 2010 das Monitoring zur Nachhaltigen Entwicklung der Schweiz (MONET).

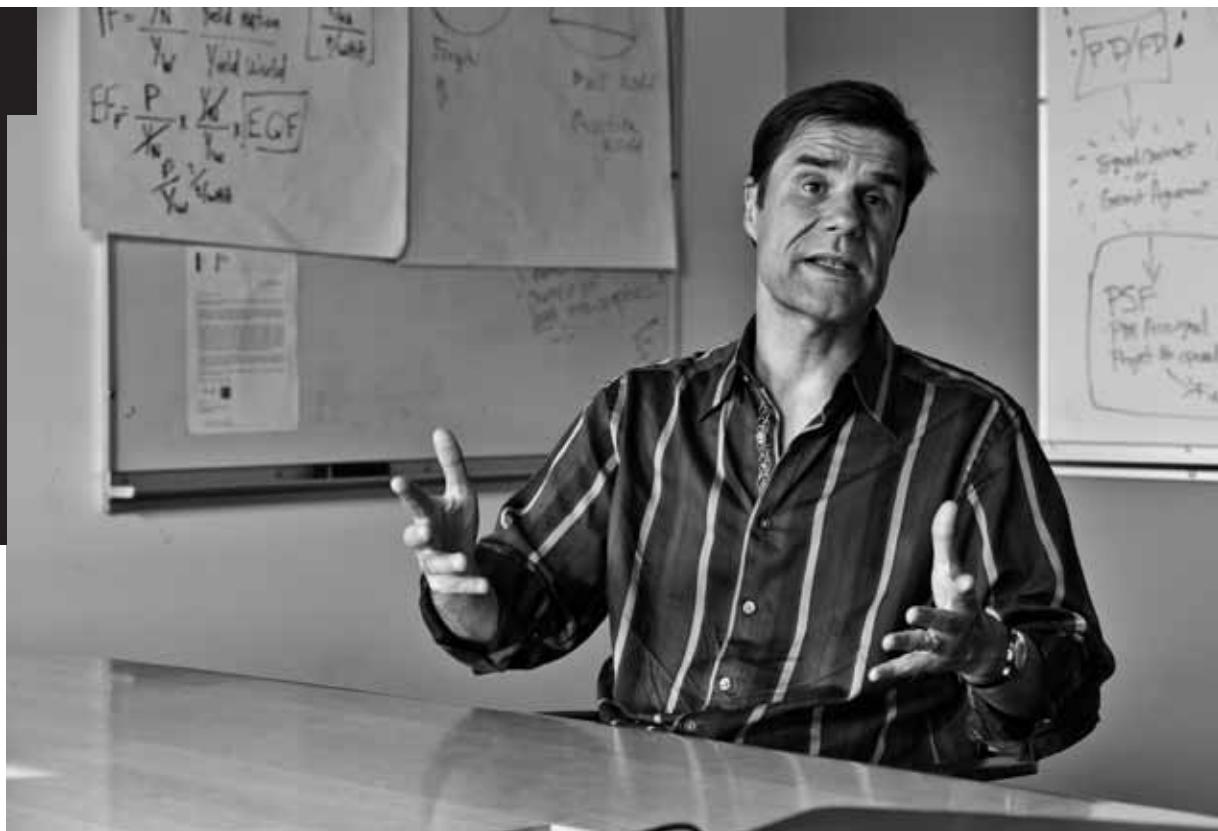


Vincent Willi, 1980, studierte Umweltwissenschaften an der Universität Lausanne und Hydrogeologie an der Universität Neuenburg. Er ist seit 2011 im Bundesamt für Statistik für den «Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012» verantwortlich.

«Die Energiewende kommt so oder so»

• • • •

Interview: Pieter Poldervaart
Fotos: Eric Slomanson, San Francisco



Statt unsere Nationalwirtschaften munter in den ökologischen Bankrott zu wirtschaften, sollten wir uns auf Wertschöpfung statt auf Wachstum konzentrieren, empfiehlt Mathis Wackernagel. Der Gründer des Global Footprint Network plädiert dafür, Wirtschaften nicht auf Raubbau aufzubauen. Denn die Ressourcenknappheit dominiere den wirtschaftlichen Erfolg je länger je mehr. Ökologische Defizite führen somit zu einem immer grösseren Wirtschaftsrisiko. Wer sich frühzeitig auf die neuen Verhältnisse einstelle, stehe auf der Gewinnerseite.

Mathis Wackernagel, 1962, studierte Ingenieurwissenschaften an der ETH Zürich. Zusammen mit William Rees entwickelte er das Konzept des Footprints für seine Dissertation an der University of British Columbia in Vancouver. Wackernagel ist Präsident der internationalen Organisation Global Footprint Network und Gastprofessor an der Universität Cornell/NY. Er erhielt 2007 den Ehrendoktor der Universität Bern und den Skoll Award for Social Entrepreneurship. Dazu kam 2011 der Zayed International Prize for the Environment der Vereinigten Arabischen Emirate.

Herr Wackernagel, wie viele Kilometer legten Sie 2011 im Flugzeug zurück?

Letztes Jahr 195'000 Kilometer, was etwa 6'500 Litern Kerosin entspricht. Um den damit verbundenen CO₂-Ausstoss zu absorbieren, brauchte es mindestens vier durchschnittlich produktive Hektaren für ein Jahr. Global gibts aber pro Kopf nur 1,8 Hektaren biologisch produktive Fläche. Und einen Teil davon sollten wir für die wilden Tiere reservieren, denn auch Tiger, Wale und Schmetterlinge leben nicht von Luft und Liebe allein...

Und wie viele Kilometer wären zulässig und klimaverträglich, wenn alle Menschen fliegen wollten?

Rechnen Sie selbst: Das Budget der Natur stellt 1,8 Hektaren pro Person zur Verfügung. Reservieren wir die Hälfte für wilde Tiere, wie das zum Beispiel der Harvard-Professor Ed Wilson fordert, so bleibt weniger als eine Hektare pro Person. Und zwar für alles, was wir brauchen: Wir wollen ja nicht nur fliegen, sondern auch essen und wohnen. Und noch einiges mehr. Das zeigt, das Budget der Natur ist generell ziemlich knapp geworden. Würden alle Menschen so leben wie ich, brauchten wir ungefähr acht Erden.

Schämen Sie sich da nicht als Nachhaltigkeitsprophet?

Die heutige Situation ist kein Problem der Moral, sondern die pragmatischste und fundamentalste Herausforderung, die sich der Menschheit je stellte. Wir sagen auch niemandem, er soll den Footprint reduzieren. Wir zeigen unseren Gesprächspartnern und Projekt-kunden nur auf, dass eine zu grosse Ressourcenabhängigkeit für sie wirtschaftlich gefährlich werden kann. Als Organisation wollen wir natürlich die Menschheit möglichst ohne Krise aus dem ökologischen «Overshoot» bringen. Denn dieser ist für die Men-

schen – und alle anderen Tierarten – eine enorme Gefahr. Daher hoffe ich, dass unsere Gespräche und Projekte zu viel massiveren Reduktionen unseres Ressourcenverbrauchs führen, als unsere Organisation an Ressourcen verschlingt. Ist dem nicht so, sollten wir unseren Verband schnellstmöglich schliessen.

Wo hapert es am meisten mit der Nachhaltigkeitstransformation?

Die grösste Hürde ist, dass die meisten Regierungen, Akademiker, Berater und NGOs die Ressourcenknappheit immer noch als moralisches Problem abtun. Aber mittlerweile ist die Ressourcenproblematik bereits bestimmender und gewichtiger als Inflation und Arbeitslosigkeit.

Ist der Kampf gegen den Klimawandel also vergebene Liebesmüh?

Meine Arbeit ist kein Kampf – und schon gar nicht gegen etwas. Ziel ist es, den Menschen zu helfen, in der anbrechenden Ära der Ressourcenknappheit bestehen zu können. Der Klimawandel ist bloss einer von vielen Aspekten. Dazu kommen Artenschwund, Wasserknappheit, Bodenerosion, Waldzerstörung oder die Akkumulation von Giften. All das und mehr sind Symptome einer fundamentalen Ressourcenproblematik.

Welcher?

Der Ressourcenkonsum der Menschheit hat das Budget der Natur überstiegen. Was wir mehr brauchen, als die Natur regeneriert, ist Raubbau. Wie einer, der sich sein Einkommen produziert, indem er seine Möbel, seine Türen und Fenster und dann seine Dachziegel verkauft. Und plötzlich ist sein Haus weg. Mit anderen Worten: Der Raubbau zerstört unsere Wirtschaftsgrundlage.

Sie zeigen mit Ihrer Berechnungsme-thode, dass die Welt insgesamt über ihre ökologischen Verhältnisse lebt, im Overshoot. Doch so drastisch das tönt, wussten wir das nicht schon vor Ihrem «grünen Fussabdruck»?

Natürlich gab es auch zuvor schon viele Indizien. Doch der Footprint fasst all diese Erkenntnisse zusammen. Er ist das erste Instrument, das eine sys-tematische Buchhaltung zur Verfügung stellt. Diese Buchhaltung erfasst, über wie viel Natur wir verfügen und wie viel wir brauchen. Dank dieser Buchhaltung kann man nun beispielsweise errech-nen, dass die USA doppelt so viel kon-sumieren, wie die US-amerikanischen Ökosysteme hergeben. Oder dass der Ressourcendruck der Menschheit die Fähigkeit unseres Planeten, Ressourcen zu regenerieren, um mindestens 50 Prozent übersteigt. Das bedeutet, dass die Erde 18 Monate benötigt, um das zu regenerieren, was die Menschheit heute in einem Jahr verbraucht.

Ob wir nun zwei- oder dreimal über der Tragkraft des Planeten leben, macht das einen Unterschied? Ge-nügt es nicht zu wissen, dass wir die Kehrtwende einleiten müssen?

Wir haben verschiedene Kapitalty-pen: Finanzkapital, Humankapital, Na-turkapital. Finanzkapital ist bloss Pa-pier, das uns sagt, wer welche Rechte auf welches physische Kapital hat. Vom Humankapital gibt es immer mehr, vom Naturkapital immer weniger. Al-so wird das Naturkapital relativ gese-hen immer wichtiger und kostbarer. Um die Kehrtwende zu schaffen, soll-ten wir wissen, wie und wie schnell wir reagieren müssen.

Und wie sollten wir mit dieser neu-en Knappheit umgehen?

Nicht zu wissen, wie es mit unserem wichtigsten Kapital steht, ist ein enor-mes Risiko. Wesentlich ist nicht blass, zu wissen, dass wir mehr verbrauchen, als wir haben. Noch wesentlicher ist zu

verstehen, was dieser Raubbau für unser Wohlergehen bedeutet.

Und wie lautet die ökologische Jahresrechnung für die Schweiz?

Die Footprintbuchhaltung weist aus, dass die Schweiz viermal mehr Biokapazität braucht, als auf ihrer Landesfläche zur Verfügung steht. Die Schweiz übernutzt aber die eigenen Ökosysteme nicht. Daher kommen die fehlenden drei Viertel des Schweizer Footprints netto aus dem Ausland. Diese Rechnung ist keine Schwarzmalerei, sondern wurde in einer Studie für die Bundesämter für Raumentwicklung und für Statistik bestätigt.

Was leiten Sie aus dieser Zahl ab?

Im Zeitalter zunehmender Ressourcenknappheit weiterhin so viel vom Ausland erhalten zu wollen, ist eine risikante Strategie. Besonders wenn – wie in der Schweiz – die Kaufkraft pro Person im Vergleich zur übrigen Welt abnimmt. Denn sinkt die relative Kaufkraft, wird es zunehmend schwieriger, im internationalen Wettbewerb um Ressourcen zu bestehen. Wir und viele andere Länder wollen immer mehr Ressourcen. Aber unsere relative Stärke, für diese limitierten Ressourcen zu bieten, schwindet.

In der Schweiz steigen Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss nur noch langsam. Sind wir auf gutem Weg? Oder handelt es sich dabei eher um ein nach China und anderswohin ausgelagertes Problem der grauen Energie?

Tatsächlich hat das Ressourcendefizit in der Schweiz pro Kopf in den letzten 20 Jahren kaum zugenommen. Es verharrt aber auf einem sehr hohen Niveau. Und die Welt hat sich auch verändert. China verbrauchte im Jahr 2000 zum Beispiel halb so viel Energie wie die USA. Heute konsumiert dieses Land schon deutlich mehr Energie als die



USA. In einer Welt mit steigendem Ressourcendefizit ebenfalls ein enormes Ressourcendefizit zu fahren, wird zum immer höheren Risiko. Das ist Griechenland, Spanien, Portugal und Italien bereits zum Verhängnis geworden. Viele glauben, es handle sich bei dieser Krise bloss um ein technisches Bankenproblem. Aber wenn wir die radikale Kostensteigerung der Ressourcenimporte dieser Länder anschauen, wird es klar, dass diese Entwicklung auch vom rasantesten Wirtschaftswachstum nicht aufgefangen werden kann. Für diese Länder, die nah am wirtschaftlichen Bankrott sind, hat sich ihr Ressourcendefizit ökonomisch schon viel stärker ausgewirkt als für die finanzstarke Schweiz.

Die Grenzen zwischen Ländern und Kontinenten werden immer durchlässiger. Macht eine solche Berechnungsmethode in Kategorien der Nationalstaaten überhaupt noch Sinn? Oder müsste nicht pro

Kopf weltweit eine einheitliche Zahl als Ziel postuliert werden?

Altersrenten, Währungen, Gesetze, Steuern, Militär, Energiepolitik und vieles mehr sind trotz aller Globalisierung nach wie vor national. In Krisen sind es die Regierungen, die den Unternehmen aus der Patsche helfen, nicht umgekehrt. Nationalstaaten bleiben somit durchaus bedeutend. Meine Prognose ist: Packen wir die Ressourcenknappheit nicht an, werden wir schon bald in einer noch konfliktreichenen Welt leben. Dann wird der Kampf um Rohstoffe und Energie noch stärker als heute mit kriegerischen Mitteln ausgefochten. In einer solchen Welt werden Nationalstaaten und ihre Militärapparate an Einfluss gewinnen.

Ein wichtiges Thema der anstehenden Konferenz Rio+20 ist die Vision einer grünen Wirtschaft. Ist das nicht eher die Marketingparole von Politikern und Managern? Denn das



materielle Wachstum wird dabei kaum je in Frage gestellt.

Was wir brauchen ist eine Wirtschaft die funktioniert. Die Forderung sollte daher heißen: Wir wollen keine Raubbauwirtschaft mehr. Wir wollen eine Wirtschaft, die einen echten Mehrwert produziert. Nicht eine, die einfach von der Liquidierung unseres Naturkapitals lebt. Das Wort «grün» disqualifiziert gute Ideen leider in vielen einflussreichen Kreisen.

Enthält das Konzept einer grünen Wirtschaft eine materielle Schrumpfung und einen Mechanismus, um den Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wachstum sicher zu stellen?

Wachstum ist kein Ziel, sondern eine Strategie. Allen gehts scheinbar gut, wenn die Wirtschaft wächst. Unsere heutige Wirtschaft kann nicht stabil sein ohne Wachstum. Aber was ge-

schieht, wenn Wachstum wegen Resourcenknappheit nicht mehr stattfinden kann, obwohl wir alle das Wachstum verzweifelt wollen?

Blicken wir in die Vergangenheit: In Amerika lebten 40 Millionen Bisons. Dann stiegen die Europäer vom Schiff und «ernteten» von den Eisenbahnen aus mit ihren Gewehren alle Tiere, bis nur noch 600 Bisons übrig waren. Zwar wollten alle, dass die Bisonwirtschaft weiter wächst. Aber es fehlte der Input.

Und wie können die heute vernachlässigten Armen an einer «grünen Wirtschaft» partizipieren? Oder ist damit weiterhin nur eine Wirtschaft für die westliche Mittelklasse und die Reichen dieser Welt gemeint?

Fast alle profitieren heute vom globalen Wirtschaftswachstum, nur nicht alle gleich stark. Das zeigen die zum Teil beeindruckenden Zahlen der Armutsrücknahme in einem Land wie China. Aber klar, gleichzeitig akkumulieren sich unglaubliche Vermögen, und die westliche Mittelklasse kann heute in einem nie gesehenen Umfang konsumieren. Eines ist klar: Arme brauchen mehr Einkommen – ein Einkommen, das nicht von Raubbau oder einmaligen Geschenken stammt, sondern das sie selbst und langfristig erarbeiten können. Leider aber setzen viele Entwicklungsinitiativen auf Raubbauwirtschaft. Diese hinterlässt ausgelaugte Regionen, und ganze Länder werden gegenüber zukünftigen Krisen immer anfälliger.

Inwieweit steht hinter dieser Forderung nach einer grünen Wirtschaft auch die Forderung nach einer materiellen Umverteilung für jene Milliarde Menschen, die heute noch hungrig?

Eine Wirtschaft, die nicht gegen das Budget der Natur, sondern mit ihm arbeitet, ist keine willkürliche Forderung, sondern kluger Geschäfts-

Der ökologische Fussabdruck

pld. Die Buchhaltungsmethode des Footprints vergleicht die vorhandene Naturfläche mit jener, die wir heute brauchen. Die Naturnutzung wird in Fläche berechnet: Felder, Weiden, Wälder und Meere. Der Footprint ist die Fläche, die genutzt wird, um Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Die Messeinheit ist die globale Hektare – eine solche Hektare repräsentiert eine biologisch produktive Hektare mit einer global durchschnittlichen Produktivität. Damit liegt eine universelle ökologische Messlatte für Länder, Städte und Produkte vor. Im Durchschnitt benötigt die Weltbevölkerung heute pro Mensch 2,7 Hektaren. Zur Verfügung stehen aber nur 1,8 Hektaren pro Kopf. In Europa inklusive Russland ist das Defizit noch dramatischer: Einem Bedarf von 4,7 Hektaren pro Kopf steht ein Angebot von 2,9 Hektaren pro Kopf zur Verfügung. Dieses Defizit kann von der Übernutzung von Ökosystemen oder Nettoimporten stammen.

www.footprintnetwork.org/reviews

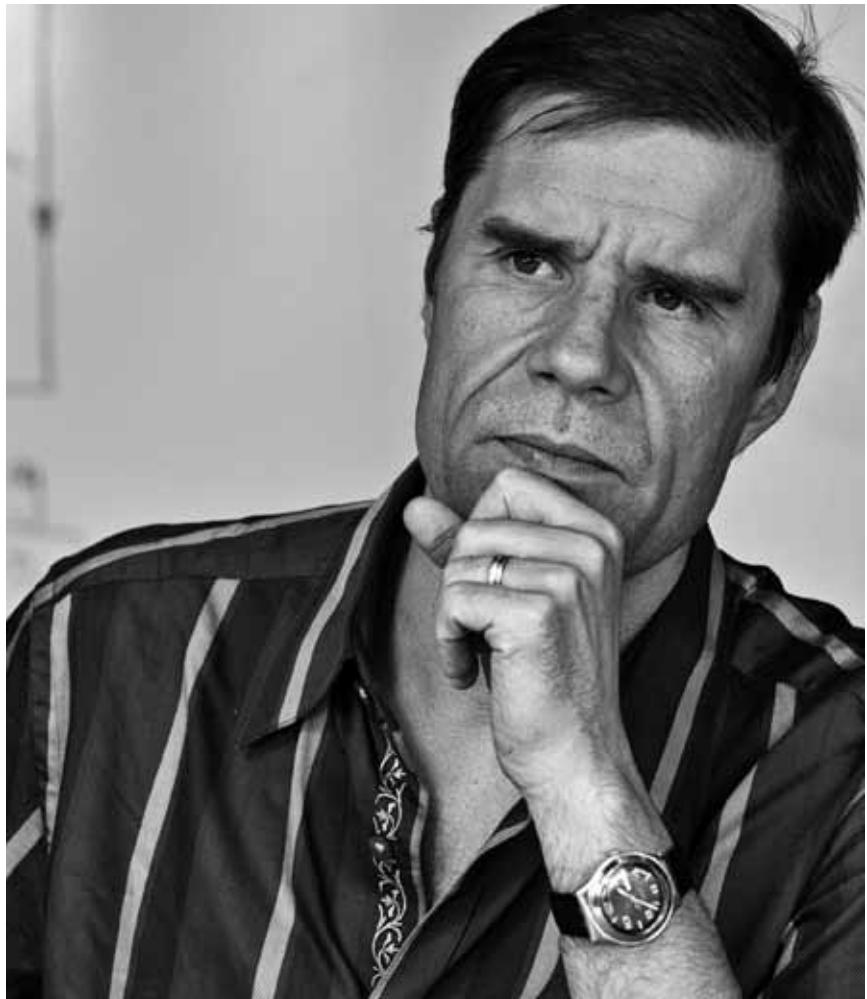
Berechnen Sie Ihren individuellen Footprint unter:

www.footprintcalculator.org.ch

sinn. Raubbau eliminiert keinen Hunger, er überbrückt ihn höchstens kurzfristig. Raubbau existiert auch dort, wo das Bevölkerungswachstum allen Entwicklungsfortschritt auffrisst. Daraus ist eine grüne Wirtschaft fundamental für die Armutsbekämpfung. Nur sollten wir sie nicht als «grün» verkaufen.

Wo sehen Sie Ansätze, dass eine solche Wirtschaft schon greift?

Die Beispiele sind noch rar. Einzelne Länder setzen sich mit der Problematik aktiv auseinander und erarbeiten



sich daher Vorteile – ich denke zum Beispiel an Vietnam, China und Südkorea. Ob China angesichts seines enormen Ressourcendefizits die Vorteile halten kann, bezweifle ich. Ich hoffe aber sehr, dass China es schafft. Denn wenn China hustet, erwischen wir alle eine böse Erkältung. Wenigstens setzt sich China aktiv mit der Ressourcenproblematik auseinander.

Viele andere Länder weigern sich, nur schon darüber nachzudenken. Damit verletzen sie in eklatanter Weise ihr Eigeninteresse.

Noch immer steigt der weltweite Energieverbrauch rasant. Der motorisierte Individualverkehr nimmt insbesondere in den Schwellen-

ländern zu – ist diese Entwicklung noch aufzuhalten?

Die Energiewende kommt, ob wir das wollen oder nicht. Die Frage ist, wie hoch die Kosten ausfallen werden und wer sie tragen wird. Wie wird die Schweiz das 21. Jahrhundert meistern, obwohl sie nicht über eigene fossile Energie verfügt und im Vergleich zur eigenen Biokapazität massiv mehr Ressourcen verbraucht? Doch falls das Schweizer Volk die Notwendigkeit einer aggressiven und radikalen Energiewende einsieht, werden ihm in einigen Jahren die Energieindustrie und die Wirtschaft generell von ganzem Herzen danken.

Haben Sie persönlich aufgrund Ihres Footprint-Profil Ihr Verhalten geändert?

Ich wohne in Kalifornien, aber so, dass ich kein Auto brauche. Zudem lebe ich in einem Haus, das dank dem angenehmen Klima in Oakland nicht viel Heizung und keine Kühlung braucht. Lebensmittel wachsen hier in der Umgebung das ganze Jahr über. Und ich habe nur ein Kind statt zwei oder drei. Das alles macht mich um einiges weniger krisenanfällig.

Und was stimmt Sie optimistisch, dass wir die Wende als Gesellschaft schaffen?

Die Raubwirtschaft kostet uns heute schon zuviel. Viele Menschen verschliessen die Augen davor. Das verringert die Kosten nicht und bringt uns keinen Vorteil. Denn alle unsere Investitionen, die langfristig von heute billigen und einfach erhältlichen Ressourcen abhängen, werden radikal an Wert verlieren. Eine Wirtschaft hingegen, die mit dem Budget der Natur arbeitet, wird an Wert gewinnen.

Leider denken wir nicht immer wirtschaftlich genug. Das Apartheidsystem in Südafrika oder die kommunistische Regierung in der UdSSR haben ihre Länder wirtschaftlich ruiniert. Aus Blindheit hielten sie an ihren alten Glaubensgrundsätzen fest, obwohl sie dieses Verhalten in den Bankrott führte. Wieso warten wir so gelassen auf den ökologischen Bankrott, wenn ein Umschwenken im Interesse der Schweiz läge? Wieso nehmen wir diese enorme Möglichkeit der Wertschöpfung nicht wahr? Wir Schweizer könnten die Wende schaffen. Daher bin ich optimistisch.

Die Alpen langfristig nutzen und schützen

• • • •

Jonas Schmid
jonas.schmid@are.admin.ch
Silvia Jost
silvia.jost@are.admin.ch



Mit dem Kapitel 13 der Agenda 21 anerkannte die Staatengemeinschaft erstmals die Bedeutung der Berge. Darauf soll in Zukunft weiter aufgebaut werden, wobei ein grenzüberschreitendes Vorgehen immer

wichtiger wird. Denn Tourismus, Klimawandel, Landwirtschaft und Verkehr stellen den Alpenraum als Grossregion vor schwierige Herausforderungen.

Die Gebirge der Erde bedecken 27 Prozent der weltweiten Landfläche. Sie sind Lebensraum von zwölf Prozent der Weltbevölkerung. Zudem stellen die Berggebiete eine Reihe wertvoller Ressourcen zur Verfügung. So beliefern sie etwa die Hälfte der Menschheit mit Wasser. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung solcher Ressourcen gewinnen in Zukunft an Bedeutung – gerade auch vor dem Hintergrund des Klimawandels.

Entwicklung ermöglichen und Lebensqualität fördern

1992 wurde in Rio mit der Agenda 21 eine Art Weltaktionsprogramm für die Umwelt- und Entwicklungspolitik des 21. Jahrhunderts verabschiedet. Darin wurde auch der mittlerweile berühmt gewordene Leitgedanke «Denke global, handle lokal» formuliert. Mit dem Kapitel 13 der Agenda 21 erschienen auch die Gebirge 1992 erstmals auf dem Radar der internationalen Gemeinschaft – ein wegweisender diplomatischer Erfolg auf höchster Ebene. Das Dokument legte weltweit den Grundstein für eine Vielzahl von Netzwerken und Partnerschaften zum Schutz der Gebirge und zur Förderung ihrer Entwicklung. Diese oftmals grenzüberschreitend angelegten Initiativen sind zum Teil bis heute aktiv und verschaffen den Anliegen der Gebirgsregionen national wie international mehr Gehör. Als transnationaler Gebirgsraum diente der Alpenraum schon früh als Modellregion für eine nachhaltige Bergentwicklung. 1991, also bereits ein Jahr vor Rio, unterzeichneten die Alpenländer mit der Alpenkonvention einen Vertrag zum Schutz der Alpen. Darin wurde erstmals völkerrechtlich verbindlich anerkannt, dass dieses transnationale Berggebiet vor Herausforderungen steht, die sich nur mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit bewältigen lassen. Ziel der Alpenkonvention ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schutz und Nutzung der

Alpen. Einerseits soll der alpine Naturraum bewahrt, andererseits eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht werden, welche die Lebensqualität der Bevölkerung längerfristig fördert.

Der Weg ist noch weit

Auch 20 Jahre nach Rio hat die Forderung einer Nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums nichts an Dringlichkeit eingebüßt. Aus Schweizer Sicht wurden zwar einige Erfolge erzielt, insbesondere der Alpenschutz-Artikel, der die Verlagerungspolitik im Transitgüterverkehr auslöste und zum Bau des NEAT-Basistunnels führte. Positive Aspekte sind ferner das nach wie vor sehr hohe Niveau der Grundversorgung im Berggebiet sowie die Lancierung von Labels wie Pro Montagna, welche die Solidarität und Partnerschaft zwischen Konsumenten und Produzenten stärken. Ein Erfolg ist auch die gestiegene Sensibilität im Umgang mit Zweitwohnungen und mit der Integration von Bauten und Infrastrukturen ins alpine Landschaftsbild. Verschiedene Megatrends wie Globalisierung, Urbanisierung und Klimaerwärmung stellen die nachhaltige Entwicklung des Alpenraums trotzdem zunehmend in Frage:

- Fachleute prognostizieren einen überdurchschnittlich hohen Temperaturanstieg für den Alpenraum. Der Rückgang des Permafrosts und das Abschmelzen der Gletscher machen verstärkte Massnahmen zum Schutz von Mensch und Infrastrukturen erforderlich.
- Der Transit- und Freizeitverkehr nimmt weiter zu. Um die Umweltbelastung zu reduzieren und den Landverbrauch einzudämmen, müssen nachhaltige Alternativen zum Strassenverkehr entwickelt und umgesetzt werden.
- Aufgrund des Klimawandels, der intensiven Landnutzung in den Talböden und der Zersiedelung der Landschaft verschwinden immer mehr Arten aus

dem Alpenraum. Diesen irreparablen Verlust gilt es zu stoppen.

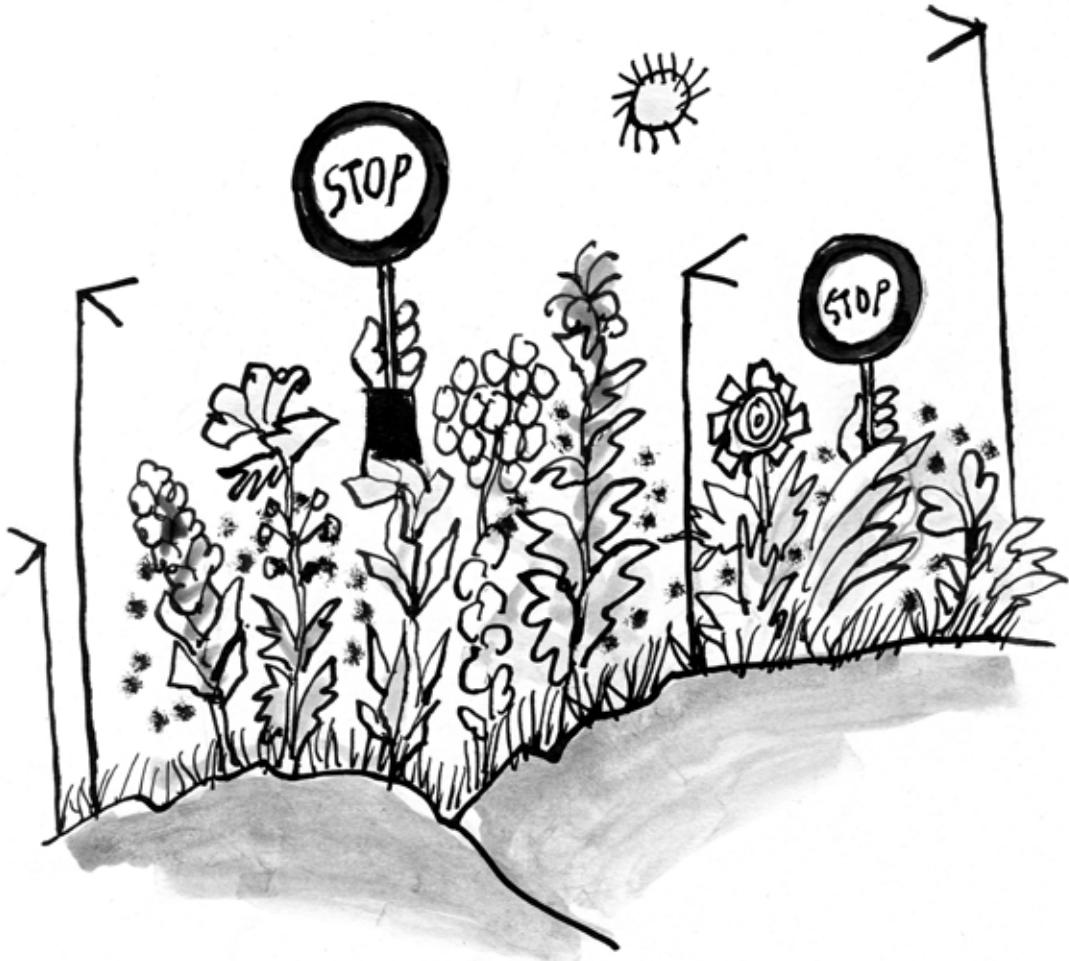
- Im Tourismus besteht die Herausforderung darin, die wirtschaftlichen Interessen mit den ökologischen und landschaftlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Ziel ist ein Tourismus, der die landschaftlichen Werte nutzt, ohne sie zu vermindern.

Was kann der Alpenraum von «Rio+20» erwarten?

Im Juni stehen an der Nachfolgekonferenz «Rio +20» die beiden Themen grüne Wirtschaft und institutionelle Rahmenbedingungen im Vordergrund. In beiden Bereichen verfügt die Alpenregion über spezifische Erfahrungen und kann einen Beitrag zur Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik leisten. Die Alpenregion erwartet von «Rio +20» ein erneutes Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung im Berggebiet. Weiter soll ein Aktionsplan Impulse geben, die es ermöglichen, den Alpenraum zu einer Modellregion der grünen Wirtschaft zu entwickeln.

Als Grundlage für einen grünen Umbau der Wirtschaft spielen natürliche Ressourcen wie Wasser, Holz und Biodiversität eine wichtige Rolle. Um den Schutz und die nachhaltige Nutzung des Berggebiets sicherzustellen, braucht es in Zukunft klare Vereinbarungen zur Abgeltung alpiner Ressourcen und Ökosystemleistungen. Dadurch sollen die Bedürfnisse des Berggebiets mit denjenigen des Umlands in Einklang gebracht werden.

Ferner gilt es, die Sektoren Landwirtschaft, Tourismus und Verkehr im Sinne einer grünen Wirtschaft umzubauen. Die Landwirtschaft soll zu einer multifunktionalen Branche werden, die neben Nahrungsmitteln weitere Leistungen verkauft. Der Tourismus soll diversifizieren und auf naturnahe Angebote setzen. Beim Verkehr muss zwar die Erreichbarkeit abgelegener Regionen gewährleistet bleiben. Doch wo möglich sollen saubere Alternativen



zum Strassenverkehr durchgesetzt werden. Alpenquerende Güter sollen in Zukunft primär auf der Schiene transportiert werden. Schliesslich soll der Wissensaufbau im Alpenraum gefördert werden, denn diesem kommt als Grundlage für Innovation eine entscheidende Rolle zu.

Ein integrierter institutioneller Rahmen ist wichtig

Eine Nachhaltige Entwicklung kann nur erreicht werden, wenn die politischen und administrativen Grenzen zugunsten einer funktionalen Betrachtungsweise überwunden werden. Denn viele der heutigen Herausforderungen be-

treffen den gesamten Alpenraum. Gefordert sind integrierte Lösungsansätze, die Interessengegensätze ausgleichen und Zielkonflikte abbauen. Ein übergeordneter strategischer Rahmen für die Entwicklung der Berggebiete könnte zudem helfen, die verschiedenen Politiken und Finanzierungssysteme zu entflechten und besser zu koordinieren.



Silvia Jost, 1967, studierte in Bern und Paris Geografie und Stadtplanung. Nach einem Stage bei Radio DRS arbeitete sie bei der Schul-

leitung der ETHZ und am damaligen Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL). 2001 wechselte sie ins ARE. Zuerst leitete sie die nationale Kontaktstelle für die transnationalen Interreg-Projekte. Seit 2006 ist sie Leiterin der Stabstelle für Internationales im ARE.



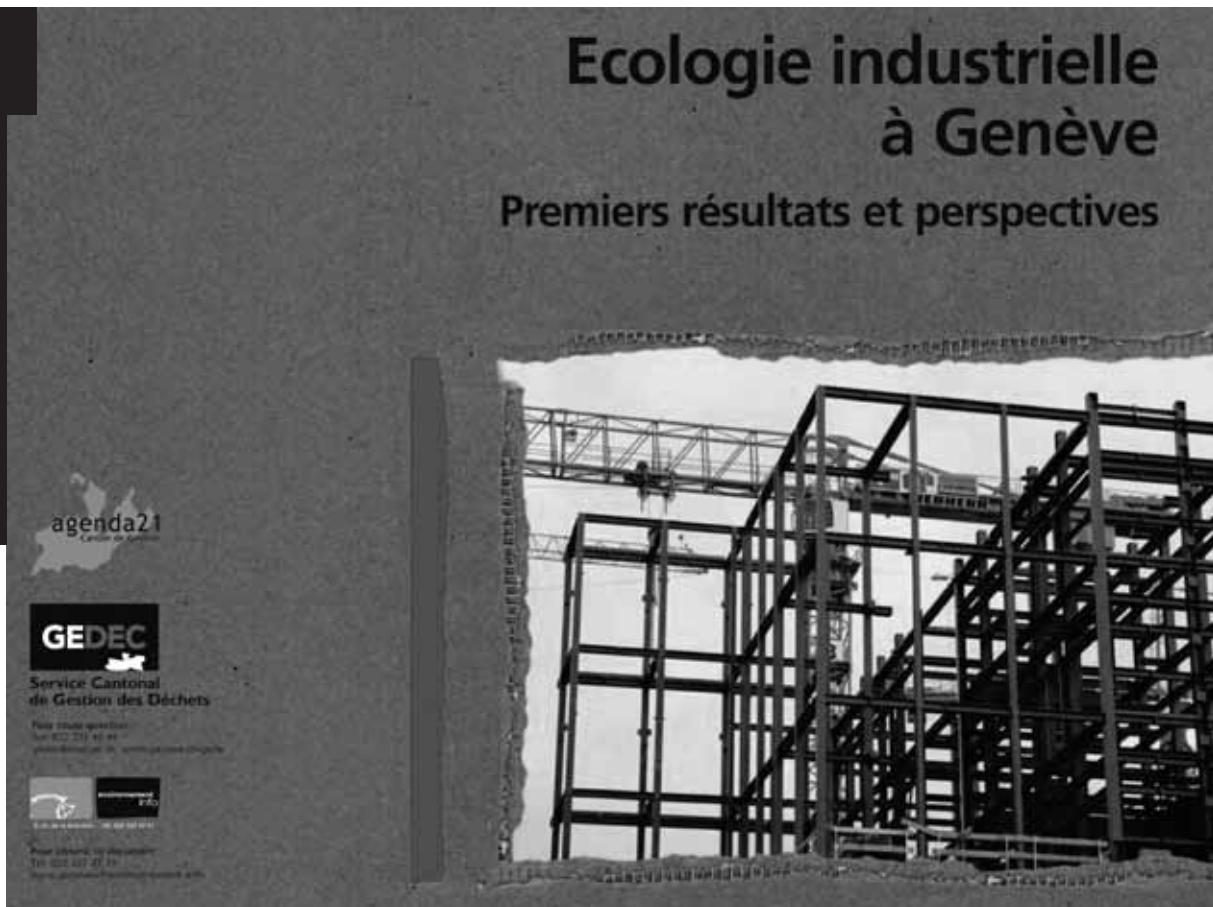
Jonas Schmid, 1982, schloss im Sommer 2009 das Studium der Politikwissenschaften und der Geschichte an der Uni Bern ab. Seit August 2009 arbeitet er beim ARE in der Stabstelle Internationales, wo er sich mit der Durchführung der schweizerischen Präsidentschaft der Alpenkonvention beschäftigt.

Die Entwicklung der Agenda 21 des Kantons Genf

• • • •

Rémy Zinder
remy.zinder@etat.ge.ch

Die Genfer Agenda 21 richtet sich
auch an Industrie und Gewerbe



1997 gab sich der Kanton Genf erstmals ein Gesetz über öffentliche Massnahmen für eine Nachhaltige Entwicklung, die so genannte Agenda 21 des Kantons Genf. Dieses Gesetz wird alle vier Jahre revidiert und den

aktuellen Herausforderungen angepasst. Eine breite Palette von Aktivitäten zeigt, dass das Gesetz in vielen Dimensionen des Alltags von Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung greift.

Genf kann sich rühmen, die Wiege der Nachhaltigen Entwicklung zu sein: Schliesslich wurde dieser Begriff 1987 erstmals von der Brundtland-Kommision erwähnt, als diese in den Räumlichkeiten des Genfer Palais Wilson tagte. Auf lokaler Ebene konkretisierte Genf die Nachhaltigkeitsbemühungen bereits zehn Jahre später in einem kantonalen Gesetz über öffentliche Massnahmen für eine Nachhaltige Entwicklung, der so genannten Agenda 21 des Kantons Genf.

Dieses Gesetz, das 2001 angenommen wurde, definiert die Strategie des Kantons im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung und wird – was sehr speziell ist – alle vier Jahre revidiert. Dieses Verfahren macht es möglich, umgesetzte Projekte zu evaluieren, die strategische Ausrichtung den sich verändernden Herausforderungen anzupassen und nicht zuletzt das politische Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung regelmässig zu erneuern.

Die ordnungsgemässe Umsetzung der Agenda 21 obliegt dem kantonalen Dienst für Nachhaltige Entwicklung (SCDD), wobei dieses eng mit einer ausserparlamentarischen beratenden Kommission und einem departementsübergreifenden Ausschuss zusammenarbeitet.

Zu Beginn widmete sich die kantonele Agenda 21 prioritätär der Sensibilisierung der verschiedenen Akteursgruppen. Zwar wird diesem Bereich auch heute noch Rechnung getragen. Unterdessen steht aber eher der operative Aspekt im Vordergrund, sei dies im Bereich der Begleitung oder der Bereitstellung von Fachwissen.

Welch langer Weg bereits zurückgelegt wurde, zeigt ein näherer Blick auf die Entwicklung einiger wichtiger Massnahmen der vergangenen zehn Jahre.

Sensibilisieren und Anreize schaffen

Der SCDD organisiert seit 2002 zusammen mit über 150 Vertretern der Stadt Genf, des Umweltprogramms der Ver-

einten Nationen, der Genfer Gemeinden und anderer Organe das Festival der Nachhaltigen Entwicklung. Dieser mehrtägige Anlass, der sich an die breite Bevölkerung richtet, wurde von jeweils über 20'000 Menschen besucht.

Ab 2012 werden anstelle des Festivals neu mehrere kleinere Fachveranstaltungen stattfinden. Dazu gehört etwa die Teilnahme des Kantons an der 7. Konferenz nachhaltiger Städte, die 2013 stattfinden soll. Der Event wird von der Stadt Genf in Zusammenarbeit mit dem internationalen Kommunalverband für Umweltschutz und Nachhaltige Entwicklung (ICLEI) organisiert. Diese Konferenz, an der über 1'500 Fachleute, Entscheidungsträger und Volksvertreter aus ganz Europa teilnehmen werden, dürfte dazu beitragen, die Position von Genf als wichtigem Akteur im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung zu stärken.

Zur Sensibilisierung der Bevölkerung wurden zudem diverse Publikationen herausgegeben; so etwa der Leitfaden «Für einen verantwortungsbewussten Konsum», der auf Französisch, Englisch, Spanisch und Italienisch erhältlich ist, sowie die Rezeptsammlung «Kochen Sie schlau», die speziell den Kindern Früchte und Saisongemüse schmackhaft machen will.

Ebenfalls zu erwähnen ist der 2003 erschienene «Praktische Führer Lokale Agenda 21» mit Informationen und Anregungen für Gemeinden. Davon profitieren viele Menschen, wohnen doch heute 85 Prozent der Genfer Bevölkerung in einer jener 15 Gemeinden des Kantons, die eine lokale Agenda 21 angenommen haben.

Innovative Ideen unterstützen

Die Genfer Gemeinden beweisen viel Kreativität, wenn es um die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung geht. Um innovative Ideen zu fördern, unterstützt der Kanton beispielhafte Gemeindeprojekte. Seit 2004 kamen

bereits über 40 Projekte in den Genuss einer solchen finanziellen Förderung. Resultate solcher Initiativen sind etwa eine Lunchtasche mit einheimischen Produkten, ein städtischer Gemüsegarten, Lehrerhandbücher oder Quartierverträge.

Als Ergänzung zu diesem Ansatz und zur Förderung der Kontakte zwischen den Gemeindevorstellern wird der SCDD zusammen mit dem Genfer Gemeindevorstand im Lauf dieses Jahrs zudem eine Internet-Plattform für den Erfahrungsaustausch einrichten.

Aber auch die Zivilgesellschaft kommt nicht zu kurz: Seit 2002 organisiert der Kanton alljährlich einen Wettbewerb, bei dem Förderbeiträge und ein Preis für Nachhaltige Entwicklung vergeben werden. Bis heute wurden über 60 herausragende Projekte aus Wirtschafts- und Verbandskreisen sowie von Privatpersonen ausgezeichnet. Dazu gehören die Sammlung überschüssiger Lebensmittel im Grosshandel zur Verteilung an Hilfswerke, die Einrichtung einer iPod-Klinik oder die Vermarktung von Snacks aus getrockneten regionalen Biofrüchten.

Nachhaltiges Management

Ob auf der Ebene von Unternehmen, Gemeinden oder subventionierten Einrichtungen: Es gibt zahlreiche Akteure, welche die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung in ihre Tätigkeit integrieren. So hat sich etwa der Kanton Genf dazu verpflichtet, durch eine verantwortungsbewusste Beschaffungspolitik und mit Massnahmen des kantonalen Amts für Umweltmanagement als gutes Beispiel voranzugehen. Damit die Grundsätze der Nachhaltigkeit berücksichtigt und entsprechend dem Prinzip einer ständigen Verbesserung gefördert werden, veröffentlichte der SCDD 2003 den «Leitfaden Nachhaltige Entwicklung». Dieses Instrument ermöglicht es den KMU, ihren Betrieb selbst zu evaluieren und zu erkennen, welche Massnahmen pri-

oritär zu ergreifen sind. Parallel dazu und in Zusammenarbeit mit der Genfer Verwaltungshochschule (HEG) werden jährlich Mini-Audits in Unternehmen durchgeführt.

Der Zweck der 2010 publizierten Broschüre «Verantwortungsbewusste öffentliche Beschaffung» besteht ebenfalls darin, den Einbezug von Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung in die Beschaffungspolitik zu fördern.

In Zusammenarbeit mit der HEG und der kantonalen Industrie- und Handelskammer wurden im Jahr 2011 Treffen zum Thema nachhaltiges Management ins Leben gerufen. Diese dienen als Plattform für den Erfahrungsaustausch über vorbildliche Beispiele aus der Praxis und sollen zur Umsetzung eines nachhaltigen Managements anregen.

Evaluation der Nachhaltigen Entwicklung

Zudem haben sich in Genf über ein Dutzend schulische Einrichtungen der Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. 2003 wurde in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement ein Leitfaden zum Einbezug der Agenden 21 in Schulen und Bildungseinrichtungen veröffentlicht. Heute wird dem Thema Nachhaltige Entwicklung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen ebenso wie in den Lehrplänen und der Berufsbildung eine wichtige Stellung eingeräumt.

Ebenso wie andere Körperschaften erhebt auch der Kanton Genf im Rahmen der vom ARE geleiteten, nationalen Plattform Cercle Indicateurs alle zwei Jahre die Indikatoren der Nachhaltigen Entwicklung und publiziert die aktuellen Ergebnisse auf der Webseite des kantonalen Amts für Statistik. Anhand dieser Ergebnisse lassen sich Stärken und Schwächen evaluieren, Verbes-

Pour une consommation responsable
2ème édition
Faire ses achats en accord avec les principes du développement durable

Santé et qualité de vie ?
Efficacité économique ?
Critères éthiques ?
Commerce équitable ?
Equilibre Nord-Sud ?
Conditions de travail ?
Respect de l'environnement ?
Préservation des ressources ?
Maintien de la biodiversité ?

Genfer Leitfaden zum verantwortungsbewussten Konsum

serungsmöglichkeiten erkennen und strategische Ausrichtungen definieren. Angesichts der vielfältigen und immer komplexeren Herausforderungen der Nachhaltigen Entwicklung werden die lokalen Agenden 21 wohl noch viele Jahre eine wichtige Rolle spielen.

(Übersetzung)



sen und Umweltmanagement der ETH Lausanne.

Von 2003 bis 2008 war er als Beauftragter für Verkehr, Mobilität und Nachhaltige Entwicklung der Stadt Neuenburg tätig, von 2008 bis 2009 als Ingenieur für Verkehr und Mobilität in der Genfer Generaldirektion für Mobilität. Seit Juni 2010 ist Zinder Direktor des Dienstes für Nachhaltige Entwicklung im Departement für regionale Angelegenheiten, Wirtschaft und Gesundheit des Kantons Genf.

Rémy Zinder, 1964, studierte an der Universität Genf Geografie an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und verfügt zusätzlich über einen Master in Ingenieurwe-

Nachhaltige Entwicklung braucht die Verankerung in der Verwaltung

• • • •

Peter Knoepfel
peter.knoepfel@idheap.unil.ch



Zahlreiche Bundesämter und einige Kantone haben in den vergangenen Jahren Instrumente für eine Nachhaltige Entwicklung in ihre Verwaltungsprozesse integriert. Eine Studie zeigt, dass die Einrichtung von Delegierten oder Fachstellen, die der Nach-

haltigkeit verpflichtet sind, den Einsatz von Tools wie Nachhaltigkeitsbeurteilung und -monitoring erleichtert und eine vertiefte Berücksichtigung von Nachhaltigkeitspostulaten in den Sachpolitiken bewirken.

Nachhaltige Entwicklung (NE) kann langfristig nur erreicht werden, wenn sie in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft institutionalisiert wird. Im Jubiläumsjahr des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio de Janeiro bestehen dafür auch in der Bundesverwaltung und in wichtigen Pionierkantonen vielversprechende Ansätze. Von den knapp 60 grossen Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung – meist handelt es sich um Bundesämter – verfügte 2010 mehr als ein Drittel über eine Delegierte oder einen Delegierten für Nachhaltigkeitsfragen; acht Bundesämter unterhalten sogar eigene Dienststellen für NE. Dies stellt eine robuste strukturelle Verankerung der NE in wichtigen Sektoralpolitiken dar und erleichtert insbesondere wiederkehrende Monitoring-Aktivitäten sowie die Durchführung von Nachhaltigkeitsbeurteilungen (NHB) für gesetzgeberische und administrative Vorhaben. Die damit einhergehende prozedurale Verankerung der NE in wiederkehrenden Verfahrensabläufen führt zu einer systematischen Stärkung der Nachhaltigkeitsaspekte. Gemäss den Befunden der Studie (*) und den Ergebnissen einer vom ARE initiierten Erfra-Gruppe sind gegenwärtig auch in anderen Einheiten der Bundesverwaltung sowie in den Kantonen und Gemeinden ähnliche Institutionalisierungsprozesse im Gang.

Relevante Änderungen von Politikinhalten

Nachhaltigkeitsmonitoring und -beurteilung einzelner Projekte sind damit Teil der alltäglichen Verwaltungsprozesse geworden und kaum mehr wegzudenken. Erfahrungen mit ähnlichen Institutionalisierungsprozessen in den Bereichen Gesundheit und Finanzen zeigen, dass mit Instrumenten wie Nachhaltigkeitsbeurteilung und -monitoring zwar kein radikaler Umbau der betroffenen Sektoralpolitiken erreicht werden kann, immerhin aber Korrektu-

ren einzelner Projekte sowie Anstösse für neue Initiativen. Das Beispiel der Umweltpolitik zeigt, dass der strukturelle und prozedurale Aufbau umweltbezogener Verwaltungskompetenzen in den einzelnen Sektoralpolitiken einen nicht zu unterschätzendem Beitrag zur Ökologisierung geleistet hat. Ähnlich kann sektorübergreifendes und vorausschauendes Handeln der mit dem Nachhaltigkeitsdossier betrauten Instanzen entsprechende Verbesserungen der bearbeiteten Politikinhalte bewirken.

Als Best Practices für die Institutionalisierung der Nachhaltigen Entwick-

lung in den untersuchten Verwaltungen haben sich der Studie zufolge folgende Punkte bewährt:

- Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Institutionalisierung ist ein geeigneter Auslöser. So lösten etwa kontroverse Gesetzesvorlagen oder Infrastrukturprojekte, aber auch anstehende Revisionen, Bauvergaberegelungen oder die Auseinandersetzungen zur Liberalisierung der Agrarmärkte den Aufbau eines Nachhaltigkeitsmonitorings beziehungsweise die Institutionalisierung von NHB aus.
- Innerhalb der Verwaltungseinheiten kann die NE unterschiedlich positioniert werden. Sie kann in einer Stabsstelle,



in einer sachnahen Linie oder in einer ständigen Kommission angesiedelt werden. Die Studie regt an, NE-Fachstellen auf Ebene von Bundes- und Kantonskanzlei einzurichten.

- Die strukturelle und prozedurale Verankerung der NE sind zwei Seiten derselben Medaille. Wird eine Dienststelle oder eine Kommission für NE errichtet, so ist es für die übrigen Akteure der Dienststelle schon aus Gründen der administrativen Effizienz geboten, den Auftritt dieser neuen strukturellen Einheit in ihren Verfahren zu regeln. Denn nur durch eine solche prozedurale Klärung lassen sich Kompetenzstreitigkeiten vermeiden.
- Hauptprodukte solcher neuer Verwaltungseinheiten sind das NE-Monitoring und die NHB. Die Verankerung der NE ist umso solider, je stärker sich die Einheiten, die sich damit befassen, sowohl um die NHB (Projektebene) als auch um das Monitoring (Zustandsebene) kümmern.

Beispiele für eine erfolgreiche Institutionalisierung der NE sind: generelle NHB-Obligatorien für die Strategien, Konzepte und Fachpläne aller Sektoralpolitiken (Kanton Bern), für öffentliche Bauten (Kanton Waadt), für den Landschaftsschutz und die Gewässerbewirtschaftung (Kanton Aargau). Ähnliche Beispiele finden sich in der Neuen Regionalpolitik (SECO) oder für Vorhaben zur Entwicklung des ländlichen Raums (BLW). Generell ausschlaggebend für eine erfolgreiche Institutionalisierung der NE sind die Ausräumung potenzieller Zuständigkeitskonflikte in den betroffenen Politikfeldern sowie der Wunsch, Mängel in der Berücksichtigung der Nachhaltigkeit zu beheben.

- Die Beispiele der Kantone und Gemeinden zeigen, dass ein aktiver Erfahrungsaustausch zu Monitoring und NHB eine Institutionalisierung fördert. Die erwähnte Studie regt einen solchen Austausch deshalb auch für die Bundesverwaltung an, für die mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe NE (IDANE) bereits ein geeignetes Gefäß besteht. Unter der Führung des ARE

könnte hier ein Prozess in Gang gesetzt werden, wie er vom selben Amt bereits erfolgreich in Kantonen und Gemeinden durchgeführt wird. Dadurch liessen sich die gegenwärtig verwendeten Nachhaltigkeitsinstrumente weiter harmonisieren.

- Förderlich für die NE sind außerdem die Schulung der aktuellen und künftigen Mitarbeitenden der Fachverwaltungen sowie die Weiterbildung der Kadern. Dasselbe gilt für die bereichsübergreifende gemeinsame Entwicklung geeigneter Konzepte für die soziale Nachhaltigkeit, für die noch nicht genügend allgemein anerkannte und messbare Indikatoren vorliegen.

Zu hoffen ist, dass es für eine rasche und konsequente Institutionalisierung der NE nach Fukushima und Deepwater Horizon nicht noch dramatischer Schocks und Krisen bedarf, um die Botschaft des Gipfels von Rio von 1992, aber auch die nicht minder wichtige Analyse des Club of Rome aus dem Jahr 1972 zu den Grenzen des Wachstums, in Erinnerung zu rufen. An Sig-

nalen, die zur Eile mahnen, mangelt es nicht. Erinnert sei bloss an die weltweite Übernutzung der Böden, aber auch an die ungebremste Zersiedlung der Schweiz.

* Peter Knoepfel: Die institutionelle Verankerung der Nachhaltigen Entwicklung in der Bundesverwaltung und drei Kantonen (VD, BE, AG). Working paper de l'IDHEAP 1b/2011, Chaire Politiques publiques et durabilité.



Peter Knoepfel, 1949, Dr. iur., Professor für Politikanalyse und Nachhaltige Entwicklung am IDHEAP (Universität Lausanne).

Spezialgebiete: Umwelt-, Raumordnungs- und Ressourcenpolitik. Stiftungsratspräsident der 2011 gegründeten sanu-durabilitas (Stiftung für Nachhaltige Entwicklung) in Biel. Mitglied des beratenden Organs des Bundes für Klimaänderungen (OCCC) und wissenschaftlicher Begleiter der Erfa-Gruppe NHB des ARE.



Entscheide von heute prägen das Leben der Menschen von morgen

Raumentwicklung, Verkehr und Energie als Knacknüsse der Nachhaltigkeitspolitik

• • • •

Michel Matthey
michel.matthey@are.admin.ch



Probleme wie Zersiedelung und Überlastung der Verkehrsinfrastruktur verschärfen sich und werden zum Thema der öffentlichen Diskussion. Der Bundesrat hat mit dem Raumkonzept Schweiz und weiteren Instrumenten wie der Agglomerationspoli-

tik geeignete Handlungsansätze verabschiedet. Doch braucht es zusätzliche Massnahmen wie grenz- und bereichsübergreifende Planungen und die Entwicklung energieeffizienter Siedlungen, um Raum, Verkehr und Energie nachhaltig zu entwickeln.

In den letzten Jahren sind verkehrs- und raumplanerische Fragen zusehends in den Brennpunkt der politischen Diskussionen gerückt. Zersiedlung, überlastete Strassen und überfüllte Züge werden kontrovers debattiert. Auch zahlreiche parlamentarische Vorstösse oder Volksinitiativen beschäftigen sich mit der Problematik. Dazu gehören etwa die Plafonierung der Zweitwohnungen (Zweitwohnungsinitiative), das Bauzonenmoratorium (Landschaftsinitiative) sowie die Förderung des öffentlichen Verkehrs (VCS-Initiative). Dabei besteht Einigkeit, dass die Raumentwicklung nicht losgelöst von verkehrsplanerischen Überlegungen angegangen werden darf. Unbestritten ist auch, dass der Energieverbrauch mit steigender Mobilität weiter zunehmen wird.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrats zielt punkto Verkehr und Raum auf die Verminderung des Energieverbrauchs, die Gewährleistung einer nachhaltigen Raumentwicklung und einen verstärkten Klimaschutz. Dazu sollten die Siedlungen idealerweise so angeordnet und vernetzt werden, dass ein möglichst grosser Anteil der Bevölkerung Arbeitswege und Freizeitaktivitäten mit kurzen Wegen bewältigen kann – was den Aufwand an Zeit, Geld, Ressourcen und Umweltbelastung reduziert.

Entwicklung läuft Nachhaltigkeitsstrategie zuwider

Die Wechselbeziehungen zwischen Raum und Verkehr sind vielfältig und haben in den letzten 50 Jahren zugenommen. Der Nationalstrassenbau seit den Sechzigerjahren verbesserte die Verkehrsverbindungen zwischen den Landesteilen sowie mit dem benachbarten Ausland und bildete eine wesentliche Grundlage für den Aufschwung von Mobilität und Wirtschaft. Die Nationalstrassen verbesserten aber auch die Verbindungen zwischen Zentren und Umland, was die an die

grossen Zentren angrenzenden, ländlichen Räume zu attraktiven Wohngegenden machte. Damit nahm allerdings der Pendlerverkehr stark zu, was zur Überlastung der Strassennetze in den Agglomerationen führte. Ein Ausbau des öffentlichen Regionalverkehrs – insbesondere S-Bahnen und urbaner ÖV – wurde nötig. Weil die siedlungsnahen ländlichen Räume dadurch noch attraktiver wurden, nahm das Wohnen auf dem Land – und damit auch der Pendlerverkehr – weiter zu.

Diese Entwicklung wurde durch niedrige Transportkosten begünstigt. Diese wiederum sind auf tiefe Treibstoff- und Stromkosten zurückzuführen sowie auf die Tatsache, dass die externen Auswirkungen des Verkehrs – also Lärm- und Schadstoffemissionen sowie Zerschneidung der Landschaft – nicht in die Gesamtrechnung der Mobilitätskosten einbezogen werden. Dadurch können sich weite Teile der Bevölkerung lange Arbeits- und Freizeitwege leisten. Die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort nimmt ständig zu; die Siedlung breitet sich in die Fläche aus.

Folgen dieser Entwicklung sind, dass Böden und natürliche Ressourcen über Gebühr beansprucht werden, Nutzungskonflikte zunehmen, Strassennetze überlastet sind und die Angebote des öffentlichen Verkehrs in den Spitzentunden der Nachfrage nicht mehr genügen. Die Entwicklung von Raum und Verkehr läuft somit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie zuwider.

Raumkonzept Schweiz schlägt Lösungen vor

Zur Lösung dieser Probleme muss der Teufelskreis durchbrochen werden, der mit der Erschliessung peripherer Bauzonen beginnt, neuen Verkehr auslöst, die Beseitigung von Flaschenhälsern im Strassenbau nötig macht und am Ende doch nur in die Erschliessung weiterer peripherer Bauzonen mündet. Zentral

ist die Voraussetzung dafür ist, dass Mobilität, Infrastrukturen und Raumentwicklung umfassend aufeinander abgestimmt werden.

Das von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden erarbeitete Raumkonzept Schweiz befasst sich schwergewichtig mit diesen Problemen und den möglichen Lösungswegen. Als Orientierungsrahmen für die Behörden aller Ebenen formuliert es folgende Handlungsgrundsätze:

- Siedlungen begrenzen und nach innen entwickeln
- Siedlungsentwicklung und Verkehr optimal aufeinander abstimmen
- Verkehrsträger ihren Stärken entsprechend kombinieren
- Räumliche Voraussetzungen für den sparsamen Umgang mit Energie schaffen
- Effiziente Energieversorgung ermöglichen
- Räume und Trassen für zukünftige Infrastrukturen freihalten
- Infrastrukturen optimal nutzen und negative Auswirkungen begrenzen.

Vielfältige Massnahmen

Der Bundesrat hat sich mehrfach mit der Koordination von Raumentwicklung, Verkehr und Energie auseinandergesetzt, so namentlich in der Strategie Nachhaltige Entwicklung, beim Sachplan Verkehr sowie bei der Revision des Raumplanungsgesetzes. Er zielt auf eine verbesserte Koordination dieser Bereiche, sowohl innerhalb der Bundesverwaltung als auch zwischen Bund und Kantonen sowie – falls nötig sogar über die Landesgrenzen hinaus – in den Agglomerationen. Zentral sind folgende Massnahmen und Instrumente:

- *Revision des Raumplanungsgesetzes:* Eine erste Teilrevision des Gesetzes, die sich mit der Lokalisierung und Dimensionierung der Bauzonen befasst, befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung. Im Rahmen einer



Raum- und Verkehrsentwicklung aufeinander abstimmen, nicht nur in Agglomerationen, sondern auch in Rand- und Berggebieten

zweiten Revisionsetappe sollen weitere Fragen behandelt werden, die für die nachhaltige Raumentwicklung zentral sind. Dazu gehören die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, die Verknüpfung von Raumplanung und Umweltschutz, eine auf Energieeffizienz ausgerichtete Raumentwicklung sowie die Stärkung der Planungsinstrumente von Bund und Kantonen. Ergänzend zu den gesetzgeberischen Massnahmen sollen marktwirtschaftliche Anreize für einen haushälterischen Umgang mit dem Boden geprüft werden.

- **Integrierte Raum- und Verkehrsplanung:**

Der Sachplan Verkehr legt Strategien und Handlungsgrundsätze für die Planung der Verkehrsinfrastrukturen fest. Ziel ist eine bessere Koordination der Verkehrsträger unter Berücksichtigung der Raumentwicklung. Der Sachplan Verkehr soll in den kommenden Jahren weiterentwickelt werden und als Grundlage für anstehende Infra-

strukturentscheide dienen. Dazu sollen für wichtige Verkehrskorridore und -knoten umfassende Raum- und Verkehrskonzepte erarbeitet werden.

- **Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik:**

Mit der Agglomerationspolitik unterstützt der Bund seit 2001 die Nachhaltige Entwicklung von Städten und Agglomerationen. Bisher konzentrierte sich die Agglomerationspolitik auf die Abstimmung von Siedlung und Verkehr und auf die Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit in den Agglomerationsräumen und zwischen den Staatsebenen. Eine thematische Erweiterung, namentlich im Bereich Energie, wird zurzeit diskutiert.

- **Mobility Pricing:**

Die wachsende Mobilität und die daraus entstehenden Verkehrsprobleme müssen auch künftig bewältigt werden. Dazu braucht es eine nachhaltige Finanzierung der Verkehrssysteme. Die Einführung von «Mobility Pricing», also von zeitlich und räumlich variab-

len Gebühren, die individuell von Autofahrern und Zugpassagieren für die Infrastruktturnutzung erhoben werden, soll nicht nur die Infrastrukturfinanzierung langfristig sichern, sondern auch die Mobilitätsnachfrage zu Spitzenzeiten glätten. Dadurch würde der Ausbau der Verkehrskapazitäten hinfällig – oder zumindest verlangsamt.

Weitere Ansätze für die Zukunft

Damit diese Massnahmen ihre Wirkung entfalten können, müssen sie in einen breiten Zusammenhang gestellt werden. Es gilt, den Problemkreis Raum-Verkehr-Energie gesamtheitlich anzugehen.

Im Zentrum der Bestrebungen der Behörden aller Stufen stehen folgende Ansätze:

- Förderung der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren der Raum-, Verkehrs- und Energieplanung
- Erarbeitung von integralen Raum-, Verkehrs- und Energiekonzepten in funktionalen Räumen, insbesondere bei Infrastrukturkorridoren und -knoten
- Die Umsetzung einer Siedlungsentwicklung nach innen, die das Verkehrsaukommen reduziert.

Diese Ansätze decken sich mit den Zielen des Raumkonzepts Schweiz. Wird es beispielhaft umgesetzt, lässt sich die Entwicklung von Raum, Verkehr und Energie in der Schweiz in nachhaltigere Bahnen lenken.



Michel Matthey, 1947, Architekt und Raumplaner, ist Vizedirektor des ARE. Er ist zuständig für Mobilität, Infrastrukturen und Bundesplanungen und befasst sich insbesondere mit Fragen der Zusammenarbeit innerhalb des Bundes sowie zwischen Bundesstellen und Kantonen.

Die Landwirtschaft als Pfeiler der Nachhaltigen Entwicklung

• • • •

François Pythoud, Leiter des Fachbereichs
Internationale nachhaltige Landwirtschaft,
Bundesamt für Landwirtschaft



«Mehr mit weniger produzieren»: So lautet die Herausforderung, welche die weltweite Landwirtschaft meistern muss, um nicht nur den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden, sondern zugleich auch dem Klimawandel und der zunehmenden Verknappung der natürlichen

Ressourcen Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund muss Rio+20 die nachhaltige Landwirtschaft als zentrales Element einer grünen Wirtschaft positionieren, bei der die Entwicklung, die Armutsbekämpfung und die Ernährungssicherheit im Zentrum stehen.

Die Landwirtschaft, zu der im weitesten Sinne der gesamte Agrar- und Nahrungsmittelbereich gehört, ist im Hinblick auf die Arbeitsplätze, die Nutzung des Bodens und der natürlichen Ressourcen weltweit der wichtigste Wirtschaftssektor. Ihre Rolle ist entscheidend, denn sie muss eine ausreichende und vielfältige Produktion sicherstellen, um den grundlegenden Ernährungsbedürfnissen einer ständig wachsenden Weltbevölkerung gerecht werden zu können.

Die Landwirtschaft war im Laufe der Geschichte ein Motor der Entwicklung, und sie ist dies auch heute noch. Im 20. Jahrhundert ermöglichten wissenschaftliche und technologische Fortschritte eine massive Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge sowohl in den industrialisierten als auch in den Entwicklungsländern, wobei dies jedoch nicht ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt blieb. 1992 nahmen die Regierungen von Staaten aus aller Welt an der UNO-Konferenz in Rio im Rahmen der Agenda 21 ein Aktionsprogramm zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung an.

Multifunktionale Landwirtschaft

In der Schweiz ist seit 1996 in der Bundesverfassung verankert, dass die multifunktionale Landwirtschaft auf die Anforderungen des Marktes und der Nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden muss. In diesem Kontext wurden auch neue agrarpolitische Instrumente wie etwa das System der Direktzahlungen entwickelt. Die Ergebnisse dieser Strategie sind unterschieden sichtbar geworden. Fast alle Betriebe erbringen die ökologischen Leistungsnachweise, die für den Bezug von Direktzahlungen erforderlich sind; die Produktion landwirtschaftlicher Güter nimmt weiter zu und Nachhaltigkeitsindikatoren wie etwa die Stickstoff- und Phosphoreffizienz oder auch der Ausstoss an Treibhausgasen

weisen in die richtige Richtung. Das Ziel der Agrarpolitik 2014–2017 und der dazugehörigen Botschaft, die der Bundesrat am 1. Februar 2012 verabschiedet hat, sowie der Vision 2025 des Bundesamtes für Landwirtschaft, die unter dem Titel «Erfolg mit Nachhaltigkeit» steht, ist eine Stärkung dieser Strategie durch einen umfassenden und kohärenten Einbezug der gesamten Lebensmittelkette.

Durchzogene globale Bilanz

Auf globaler Ebene ist die Bilanz hingegen durchzogener. Fast eine Milliarde Menschen, von denen die meisten auf dem Land leben, leiden nach wie vor unter Ernährungsunsicherheit. In vielen Regionen werden weiterhin ungeeignete landwirtschaftliche Praktiken angewendet. Diese verschlechtern die Fruchtbarkeit der Böden, gefährden die Biodiversität, erschöpfen die Wasserressourcen und führen zu einem immer grösseren Ausstoss an Treibhausgasen.

Zudem muss die landwirtschaftliche Produktion weiter gesteigert werden: Nur so kann die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung sichergestellt und den sich verändernden Ernährungsgewohnheiten – das heisst, dem vermehrten Konsum tierischer Produkte (Milch, Fleisch) – Rechnung getragen werden. In Zukunft wird die Landwirtschaft nicht nur mit der zunehmenden Verknappung der natürlichen Ressourcen und erhöhten Energiekosten konfrontiert sein, sondern sich auch an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen müssen.

International sorgte die Agrarpreiskrise 2008 dafür, dass das Thema Landwirtschaft und Ernährungssicherheit ganz zuoberst auf die politische Agenda gesetzt wurde. Der G20-Gipfel, aber auch der Weltgipfel zur Ernährungssicherheit 2009, bestätigten, wie dringend ein fundamentaler Wandel in der Entwicklung der Landwirtschaft ist: «Business as usual is not an option.»

Welchen Beitrag kann die Uno-Nachhaltigkeitskonferenz vom Juni 2012 (Rio+20) dazu leisten? Zum ersten Mal überhaupt steht der Übergang hin zu einer grünen Wirtschaft im Zentrum der Debatten. Rio+20 ist eine einmalige Gelegenheit, um die nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft auf multilateraler Ebene als Pfeiler einer grünen Wirtschaft zu positionieren, die der Nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung dient. Ohne nachhaltige Landwirtschaft kann es keine grüne Wirtschaft geben.

Die Konferenz muss zu international vereinbarten und konkreten Aktionsvorschlägen führen, die in Zusammenarbeit mit allen Akteuren entwickelt werden und das Ziel verfolgen, die weltweite Produktion – und vor allem ihre Verfügbarkeit – zu steigern, die wirtschaftliche und ökologische Widerstandsfähigkeit der Produktionsysteme zu stärken und die Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen zu verbessern.

Aufgrund der Erfahrungen in der Schweiz können verschiedene Ansätze vorgeschlagen werden:

- nachhaltige Intensivierung der Produktionssysteme durch eine effizientere Nutzung der natürlichen Ressourcen,
- Verminderung von Verlusten und der Lebensmittelverschwendungen,
- Entwicklung von Mechanismen zur Vergütung der von der Landwirtschaft erbrachten Umweltschutzleistungen,
- Bewahrung ausreichend grosser fruchtbare Agrarflächen,
- Verbesserung der Transparenz der Märkte,
- Erhöhung der Investitionen in Forschung, Bildung, landwirtschaftliche Beratung und Infrastrukturen, die den Marktzugang für alle Produzenten erleichtern,
- Förderung eines nachhaltigen Konsumverhaltens,
- Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte als zentrales Element der Ernährungssouveränität,



Traditionelle Landwirtschaft prägt nach wie vor das Leben in ländlichen Gegenden und im Berggebiet der Schweiz

- effiziente Zusammenarbeit aller Akteure, insbesondere über öffentlich-private Partnerschaften.

Eine Landwirtschaft, die auf familiären Strukturen basiert, in denen die Frauen oft eine tragende Rolle spielen, ist in den meisten Regionen der Welt am besten dafür geeignet, die drei Ziele der Effizienz, der Stabilität und der ländlichen Entwicklung zu erreichen. Ihren besonderen Bedürfnissen wurde bis anhin jedoch zu wenig Beachtung geschenkt. An der Rio+20-Konferenz müssen die Grundlagen für eine umfassende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in den Agrar- und Entwicklungspolitiken festgelegt werden. Die politische Erklärung, die im Juni verabschiedet wird, dürfte nur eine

Etappe sein. Der Erfolg von Rio+20 wird sich nur an den Auswirkungen der Initiativen und an konkreten Ergebnissen messen lassen. Im Agrarsektor arbeitet die Schweiz im Rahmen verschiedener Initiativen, an denen mehrere Partner beteiligt sind, bereits eng mit der FAO zusammen. Dazu gehören beispielsweise die freiwilligen Leitlinien für verantwortliche Verwaltung von Boden- und Landbesitzrechten, die Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung der Viehwirtschaft oder auch das Programm zur Förderung eines nachhaltigen Konsums im Ernährungsbereich.

(Übersetzung)



François Pythoud (1958) ist Leiter des Fachbereichs Internationale nachhaltige Landwirtschaft des Bundesamtes für Landwirtschaft. Er ist zuständig für die FAO und das Dossier Nachhaltige Landwirtschaft im Rahmen der OECD, für die multilateralen Umweltabkommen und die Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung. In dieser Funktion ist er auch an den Vorbereitungen für Rio+20 beteiligt. Seit 2010 ist François Pythoud Vizepräsident des Landwirtschaftsausschusses der FAO. Der studierte Biologe, der über ein Doktorat in Naturwissenschaften der Universität Fribourg verfügt, besitzt mehr als 20 Jahre internationale Erfahrung in der Landwirtschafts- und Umweltpolitik und in diesbezüglichen Verhandlungen.

Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE): Blick auf die Gegenwart – Ausblick in die Zukunft

• • • • •

Benedikt Hauser
benedikt.hauser@sbf.admin.ch

Die Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE) zeichnet sich in der Schweiz durch eine ausgeprägte Vielfalt aus: Ist sie auf der Primarschulstufe in der Romandie schon heute im sprachregionalen Lehrplan verankert, so zieht die Deutschschweiz voraussichtlich erst 2014 nach. Bei der beruflichen Grundbildung und der gymnasialen Maturität steht man erst ganz am Anfang, während der Hochschulbereich auf ein breites Lehr- und Forschungsangebot verweisen kann.

Bei einem breit angelegten Themenfeld, das wie Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE) unter anderem die Umwelt-, die Gesundheits-, die Menschenrechtsbildung und die Politische Bildung generell sowie die Sensibilisierung für die Globalisierung umfasst, sind Interessensgegensätze unvermeidbar. Die zentrale Frage lautet dabei nicht, wie sich divergierende Auffassungen ein für allemal zum Verschwinden bringen lassen. Entscheidend ist vielmehr ein Ansatz, der es erlaubt, die hohe Diversität im BNE-Bereich effektiv und effizient zu bewirtschaften und kreativ zu nutzen. Die Schweiz darf sich dabei in vielerlei Hinsicht auch im Vergleich zum Ausland sehr wohl sehen lassen: Erwähnt sei die Schweizerische Koordinationskonferenz Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern von sieben Bundesstellen und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zusammensetzt, und deren Zweck es ist, Voraussetzungen für eine kohärente gesamtschweizerische Politik zur Integration von BNE in das schweizerische Bildungswesen zu erarbeiten. Erwähnt sei das Projekt einer nationalen Fachagentur BNE, die ab 2013 Schulen und Pädagogische Hochschulen bei der Realisierung von BNE beratend unterstützen soll. Erwähnt seien sodann das Programm der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK), das bezweckt, die Möglichkeiten der Ausgestaltung von Nachhaltiger Entwicklung an universitären Hochschulen umfassend auszuloten und zu optimieren. Ebenso zu nennen sind die Bestrebungen des Bildungszentrums des WWF, welche die Schaffung neuer Berufsabschlüsse – beispielsweise im Bereich der Sozialtechnik – zur Folge hatten. Und er-

wähnt sei vor allem auch, dass es zahlreiche weitere, hier aus Platzgründen nicht namentlich angeführte Initiativen gibt, die mit grossem Engagement zur Stärkung von BNE in unserem Land beitragen.

Was die Zukunft betrifft, so wäre nichts vermessener, als hier mit Patentrezepten aufzuwarten. Zielführender mag es sein, sich vermehrt Folgendes zu vergegenwärtigen:

- Langfristig wird sich BNE nur dann durchsetzen, wenn sie sich auf wissenschaftlich fundierte Daten abstützen kann, so dass es ihr möglich ist, nachvollziehbar auszuweisen, was sie leistet.
- Diversität ist weder mit Beliebigkeit noch mit grenzenloser Handlungsfreiheit gleichzusetzen. Fruchtbar machen lässt sich die grosse BNE-Vielfalt der Schweiz nur dann, wenn es gelingt, über den Rahmen der einzelnen Sachthemen und Politikbereiche hinaus Kohärenz zu schaffen und die Schnittstellen zu neuen Handlungsfeldern wie beispielsweise Cleantech und Green Economy klar zu definieren.
- BNE macht nicht an den Landesgrenzen halt. Nabelschau und Selbstgenügsamkeit sind ihr wesensfremd. Sie entwickelt sich laufend weiter und gestaltet sich dabei als ein sich international vollziehender Prozess, der kontinuierlich auszubauen und zu verstetigen ist.



Benedikt Hauser, 1954, hat Geschichte und Romanistik studiert. Er ist stellvertretender Leiter Bildung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF). Zuvor unterrichtete er am Gymnasium Liestal und war für die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) sowie für die Unabhängige Kommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg tätig.

Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten der Schweiz im globalen Umfeld

• • • •

Andrea Ries
andrea.ries@deza.admin.ch



Die Rio-Konferenz von 1992 weckte hohe Erwartungen. Die Industrienationen verpflichteten sich, ihren Ressourcenverbrauch in umweltverträgliche Bahnen zu lenken. Gleichzeitig versprachen sie, die Südländer mit finanzieller und technischer Hilfe in ihrer Entwicklung zu unterstützen. 20 Jahre später fällt die Bilanz zwiespältig aus. Doch

es ist klar, die drängenden globalen Herausforderungen können nur gemeinsam durch internationale Kooperation gelöst werden. Damit ist die Entwicklungszusammenarbeit zu einem wichtigen Instrument geworden, um die Globalisierung umwelt- und sozialverträglich zu gestalten.

Die Erklärung des Erdgipfels von Rio 1992 markierte einen wichtigen Durchbruch auf dem Weg zu einer globalen Umweltpolitik und weckte Hoffnungen auf eine weltweite Nachhaltige Entwicklung. Denn erstmals anerkannten die industrialisierten Länder, dass sie ihren Reichtum zum Teil durch Raubbau an der Umwelt und auf Kosten der Entwicklungsländer erwirtschaftet hatten. Sie akzeptierten es darum als besondere Verantwortung, ihren Ressourcenverbrauch zu reduzieren und die Entwicklung der ärmeren Länder zu unterstützen. So wurde den Entwicklungsländern in Rio ausdrücklich ihr Recht auf Entwicklung bestätigt und ihnen entsprechende finanzielle und technische Hilfe zugesichert. Doch sollte dabei Rücksicht auf die Umwelt genommen werden. Auf diese Weise wollte man eine gerechte und Nachhaltige Entwicklung für Nord und Süd erreichen.

Nachhaltige Entwicklung als Stabilitätsfrage

Heute, 20 Jahre später, bleiben viele dieser Versprechen uneingelöst. Der Konsum in der westlichen Hemisphäre ist gestiegen und hat sich damit weiter von einem nachhaltigen Niveau entfernt. Zudem eifert in Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien und Russland eine rasch wachsende Mittelschicht dem verschwenderischen westlichen Lebensstil nach. Dadurch hat der Ressourcendruck weltweit massiv zugenommen. Die negativen Auswirkungen zeigen sich vor allem in den Entwicklungsländern; leidtragende sind die Ärmsten der Armen. Denn ihnen fehlen die ökonomischen und politischen Möglichkeiten, um sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen. Besonders betroffen ist die ländliche Bevölkerung, namentlich in Afrika. In der Folge werden die sich verknappenden Ressourcen immer stärker übernutzt. Bereits sind in Afrika 40 Prozent der landwirtschaftlichen

Böden in Mitleidenschaft gezogen; in vielen Weltregionen steigt zudem die Wasserknappheit; pflanzen- und tiergenetische Ressourcen schrumpfen; Tropenwälder werden abgeholt. Verschärft werden diese negativen Trends durch das Fehlen internationaler Spielregeln für eine faire Ressourcenverteilung. So kaufen internationale Investoren in den Südländern gezielt fruchtbare Land auf, um von der Spekulation mit Nahrungsmitteln zu profitieren. Zudem verschärft die Konkurrenz um Ressourcen lokale und regionale Konflikte. Damit verbunden sind politische Instabilität und Migrationsbewegungen.

«Rio +20» findet also vor dem Hintergrund verschärfter Spannungen und steigender globaler Ungleichheit statt. Nachhaltigkeit ist somit nicht ein Luxus, sondern eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität und Sicherheit unserer globalisierten Welt. Diese Herausforderungen können Nord und Süd nur gemeinsam durch internationale Kooperation meistern. Die Schweiz als Nutzniesserin der globalen Wirtschaft trägt dabei eine besondere Verantwortung. Zugleich kann sie durch ein beherztes Eintreten für globale Nachhaltigkeit auch ihre Interessen langfristig schützen.

Gerechte Verteilung als Voraussetzung

Mit der Entwicklungszusammenarbeit leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag, um die globale Entwicklung in nachhaltige Bahnen zu lenken. Mit der neuen Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013-2016, die das Parlament dieses Jahr beraten und verabschieden wird, stellt die Schweiz ihre Anstrengungen auf eine solide und zukunftsgerichtete Basis. Dabei baut sie auf ihrer jahrzehntelangen Erfahrung mit Entwicklungsprogrammen auf, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Ein gutes Beispiel für diese Tradition ist das schweizerisch-nepa-

lesische Forstprogramm. Dieses hat im Himalaya-Staat in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer deutlichen Erholung der übernutzten Wälder geführt und gleichzeitig die Lebensbedingungen vieler armer Dorfgemeinschaften verbessert. Schlüssel zum Erfolg war der direkte Einbezug der Dorfgemeinschaften in die Waldbewirtschaftung. Dabei übernahmen die Dörfer die Verantwortung für die nachhaltige Bewirtschaftung und wurden im Gegenzug am Erlös aus der Waldwirtschaft beteiligt. Solche Modelle für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in Kombination mit einer gerechten Verteilung sind ein zentraler Aspekt der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

Globalisierung der Ressourcenkonflikte

Die Globalisierung der Ressourcenkonflikte erfordert aber darüber hinaus reichende, neue Ansätze der internationalen Zusammenarbeit. Die Globalprogramme zu Wasser, Ernährungssicherheit und Klima der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit liefern eine Antwort auf diese Dynamik. Die Globalprogramme zielen vor allem auf Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien. Gerade in diesen schnell wachsenden Volkswirtschaften ist es wichtig, die Weichen der ökonomischen und sozialen Entwicklung zügig in Richtung Nachhaltigkeit zu stellen. Auch hier versucht die Schweiz, nachhaltige Entwicklung mit Armutsbekämpfung zu verknüpfen. Denn trotz der rasanten Entwicklung lebt die Mehrzahl der Armen dieser Welt noch immer in diesen Ländern. Mit den Globalprogrammen bringt die Schweiz innovative Ansätze und Technologien aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Anwendung. So werden etwa im Hochland von Peru die lokalen Behörden unterstützt, den Auswirkungen der Klimaveränderungen wirk-



Ressourcenkonflikte in Ländern der Dritten Welt – hier Nordafrika – hängen global zusammen.

sam zu begegnen. Das Schweizer Projekt baut ein System zur langfristigen Beobachtung und Modellierung der Klimadaten und -trends auf. Auf der Basis dieser Informationen werden – zusammen mit Lokalbehörden und Bevölkerung – Vorfahrten für Wassermanagement, Ernährungssicherung und Katastrophenvorsorge getroffen. Schliesslich verstärkt die Schweiz auch ihr Engagement in extrem armen Regionen wie dem Horn von Afrika. Die dortigen Regierungen sind zu schwach und zu instabil, um die Bevölkerung wirksam vor den lokalen Folgen negativer globaler Veränderungen zu schützen. Diese Menschen sind daher von Klimaveränderung und Ressourcenkonflikten besonders hart betroffen. Der Aufbau von dauerhaften, demokratisch legitimierten Institutionen sowie die Unterstützung der Landbevölkerung durch nachhaltige Programme, etwa im Bereich der Vieh-

wirtschaft, tragen dazu bei, die ökologische und soziale Fragilität dieser Region zu mindern.

«Rio +20» will die Weichen in Richtung nachhaltige Bewältigung der globalen Herausforderungen stellen. Dies erfordert einen fairen Interessenausgleich, der sich auf allgemein akzeptierte Verhaltensregeln zwischen reichen und armen Ländern stützt: Einerseits müssen Nord und Süd gleichberechtigten Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen erhalten. Andererseits gilt es, auch die Interessen der zukünftigen Generationen zu wahren. Dafür braucht es verbindliche internationale Absprachen und eine ausgewogene Verteilung der Lasten. Mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer umweltschonenden und sozialverträglichen Globalisierung.



Andrea Ries, 1962, studierte Naturwissenschaften und Ökonometrie in Zürich und London. Sie war während zehn Jahren beim WWF Schweiz verantwortlich für internationale Programme zur nachhaltigen Ressourcennutzung und arbeitete bei der Weltbank als Beraterin für soziale Entwicklung. Seit 2010 ist sie bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zuständig für Nachhaltigkeit und multilaterale Institutionen.

Nachhaltige Entwicklung wohin?

Welchen persönlichen Bezug haben Sie zu den Konferenzen von Rio, Johannesburg und der Nachhaltigen Entwicklung heute?	Was ist in Ihren Augen der wichtigste Erfolg im Bereich Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz seit 1992?	Welches ist das einschneidendste Versäumnis im Bereich Nachhaltige Entwicklung der Schweiz seit der Konferenz von Rio?	Welchen Wunsch haben Sie ans ARE?
<p>Danièle Ganser 1972, studierte Geschichte und Internationale Politik an der Universität Basel und der London School of Economics and Political Science und leitet heute das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel.</p> 	<p>Die Konferenzen sind wichtig. Aber es bleibt das ungute Gefühl, dass viel geredet und wenig gemacht wird. Die globale Entwicklung ist nicht nachhaltig: Wir verbrauchen jeden Tag 44 Supertanker Erdöl, mehr als je zuvor. Stattdessen müssen wir viel energetischer die Energiegewende anstreben.</p>	<p>Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Einführung der CO2-Abgabe auf Brennstoffe sind wichtige Erfolge. Es ist auch ein Erfolg der Schweiz, dass wir uns nicht an Ressourcenkriegen beteiligen und dass die Schweizer Armee nicht zur Erbeutung von Erdöl eingesetzt wird.</p>	<p>Ich verstehe nicht, warum wir nicht auch auf Treibstoffe eine Klugheit mit dem bekannten, aber schwierigen Problem der Zersiedlung umgeht. Ich weiß, es gibt da keine einfachen Lösungen.</p>
<p>Franziska Wenk 1981, Primarlehrerin und Juristin, Parlamentspräsidentin sowie Kantonsrätin und im Vorstand der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern.</p> 	<p>Die Nachhaltigkeit ist die Hauptmotivation für mein politisches Engagement. Solche Lösungen können nur von Staatengemeinschaften erarbeitet werden. Trotzdem muss die Schweiz auch als Staat der nachhaltigen Entwicklung höchste Priorität einräumen.</p>	<p>Seit 1992 hat ein grundlegender Wandel in Energiefrauen stattgefunden. Die Notwendigkeit zur Förderung erneuerbarer Energien ist heute eine Selbstverständlichkeit. Es ist wichtig, dass die Schweiz diesbezüglich die technisch und politisch eine Vorbildfunktion einnimmt.</p>	<p>Nachhaltige Entwicklung ist ein Querschnittsthema. Es ist deshalb unabdingbar, dass Nachhaltigkeit nicht isoliert betrachtet wird. Erfreulich ist, dass die «grüne Wirtschaft» vermehrt damit auseinander setzt, wie, was und wieviel wir konsumieren und wo weniger Konsum wirklich nachhaltig ist.</p>
<p>Barbara Conrad 1977, Wirtschaftsberaterin, Amt für Wirtschaftsentwicklung, Kanton Tessin.</p> 	<p>Ich tue mein Möglichstes, um nachhaltig zu leben. Das ist für mich nicht nur eine Frage des Gewissens und der Ethik, sondern ebenso eine bewusste Entscheidung, die ich mir leisten kann. Vielen Menschen fehlen jedoch die Anreize, denn man muss sich bemühen, um an die relevanten Informationen heranzukommen.</p>	<p>Die Nachhaltige Entwicklung hat das Etikett eines allzu vereinfachenden Konzepts abwerfen können. Sie wird nicht mehr als Idee für idealistische Träumer wahrgenommen, sondern hat sich zu einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vision entwickelt, die immer mehr investieren und Entscheidungsträger überzeugt.</p>	<p>Offenbar lassen sich noch immer zu viele Konsumentinnen und Konsumenten von rein wirtschaftlichen Überlegungen leiten: Wenn der nachhaltige Konsum ein bisschen mehr kostet, dann dient dies – in einer äußerst kurzfristigen Sichtweise – als Vorwand dafür, sich dagegen zu entscheiden.</p> <p>Da wir in einer vom Marketing beherrschten Welt leben, sollte man vielleicht auch Marketinginstrumente einsetzen, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Ich wünsche mir eine «Personalisierung» der Debatte, die es jedem einzelnen Menschen ermöglicht zu verstehen, was er durch nachhaltige Entscheide gewinnen kann.</p>

Sechs Persönlichkeiten äussern sich zur Nachhaltigen

Entwicklung weltweit und in der Schweiz.

 <p>Natacha Litzisdorf 1968, abgeschlossenes Studium der Politikwissenschaften (UNIGE), Nachdiplomstudium in Ökologie und Umweltwissenschaft (UNINE). Geschäftsfrau von equiterre, einem Schweizweit tätigen Verein.</p>	<p>equiterre – wo ich heute tätig bin – vertrat an den Konferenzen in Rio und Johannesburg die nichtstaatlichen Umweltschutzorganisationen innerhalb der offiziellen Schweizer Delegation. Später schlug equiterre für den Kanton Genf die erste Lokale Agenda 21 vor und leistete damit Pionierarbeit. Im Studium der Politik- und Umweltwissenschaften begeisterten mich meine Dozentinnen für die Nachhaltige Entwicklung.</p>	<p>Die Schweiz und ihre Kantone und Gemeinden haben bewiesen, dass sie fähig sind, die Grundsätze und Ziele der Nachhaltigkeit auf innovative und vielfältige Weise in ihre institutionellen Verfahren zu integrieren, so in das Führen des Staatshaushalts und in die öffentlichen Politikbereiche.</p>	<p>Die grösste Schwäche liegt darin, dass sich die Schweiz weder für eine starke noch für eine schwache Nachhaltigkeit entschieden hat, sondern für einen Mittelweg. Darunter haben Wissenschaft und die Gestaltung der Politik gelitten.</p>	<p>Unserer Ansicht nach besteht ein Bedarf nach einer Evaluation der Prozesse und Inhalte von Nachhaltigkeitsbestrebungen auf allen institutionellen Ebenen. Dies bedingt eine Bündelung der Kräfte, so dass eine neue Dynamik entstehen kann.</p>
 <p>Dominique Bourg 1953, Professor an der Université de Lausanne, Institut des Politiques Territoriales et de l'Environnement Humain (IPTEH). Präsident der Kommission «Nachhaltigkeit» der UNIL. Ehemaliges Mitglied des Nationalen Rates für Nachhaltige Entwicklung (CNDD) in Frankreich.</p>	<p>1992 war ich begeistert: Damals glaubte ich, es sei möglich, das Wachstum des BIP vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. 2002 wurde ich skeptisch und seit 2006/2007 ertrage ich das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung nicht mehr, da es in meinen Augen entweder eine trügerische Falle oder aber nur ein Feigenblatt zu sein scheint.</p>	<p>Die kürzlich durchgeföhrte Abstimmung über die Initiative zur Begrenzung des Wohnungsanteils auf 20 Prozent ist für mich ein Wendepunkt: Zum ersten Mal wurden verbundenen CO2-Emissions, die graue Energie, aber auch die Emissionen, die durch den Autobestand der Schweiz verursacht werden, beschrankte Anzahl Personen profitiert.</p>	<p>Allgemein gesagt ist die Schweiz ein Opfer ihres Reichtums. Der globale Einfluss der Schweizer Bevölkerung ist ziemlich gross: Die mit importierten verbundenen CO2-Emissionen, die graue Energie, aber auch die Emissionen, die durch den Autobestand der Schweiz verursacht werden, gehören zu den höchsten in ganz Europa.</p>	<p>Dass die Schweiz ihre Wohlstandsblase verlässt und sich vor Augen führt, wie der Zustand der Welt tatsächlich ist: die ungleiche Verteilung des Reichtums ebenso wie die Schäden an der Biosphäre.</p>
 <p>Lavinia Sommaruga Bodeo 1958, seit 24 Jahren arbeitet Sommaruga mit der Allianz Sud und hat drei einschlägige Bücher herausgegeben: «Per un'economia di equità nella dignità», «OSARE», «Imprenditori di cambiamento»-mento».</p>	<p>Die Konferenz von Rio hat Hoffnung aufkommen lassen. Daraus entwickelte sich ein Dialog zwischen Behörden und Bevölkerung anlässlich öffentlicher Abendveranstaltungen unter dem Titel «Verantwortung und Partizipation». Weiter kamen zahlreiche Aktionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 der italienischen Schweiz in Gang, unterstützt durch die kantonale Kommission für Nachhaltige Entwicklung.</p>	<p>Die Konferenz von Rio hat historischen Entscheid, bis 2034 aus der Kernenergie auszusteigen. Das ist ein Erfolg. Die Erde ist ein einzigartiger Planet und die Nachhaltige Entwicklung steht für Lebensfreude und Menschenwürde auf allen Ebenen. Der Entscheid ist ein Nein gegen Regierung und Gleichgültigkeit.</p>	<p>«Rio» steht für den Entscheid der Weltgemeinschaft, nationale Gremien für Nachhaltigkeit einzurichten. In der Schweiz erhielten sie allerdings nicht die nötigen Kompetenzen. Es gibt zu viel Armut auf der Welt, wir können angesichts dieses Leidens nicht abseits stehen.</p>	<p>Dass sich das ARE für eine Schweiz stark macht, welche sich international für eine nachhaltige New Governance einsetzt. Gefragt ist ein entschiedenes, breit abgestütztes Eintreten für eine Entwicklung, welche der ganzen Menschheit zum Vorteil gereicht, gewissermassen die Globalisierung der Verantwortung.</p>

Nachhaltig verschwenden

• • • •

Philippe Löpfe
philippe.loepfe@tamedia.ch

Bernard Mandeville (1670-1733) war ein niederländischer Arzt und Sozialtheoretiker, der jedoch die meiste Zeit seines erwachsenen Lebens in London verbrachte. Berühmt wurde er mit seiner Bienenfabel. Sie erschien 1714 und erregte damals grosses Aufsehen. Vielerorts wurde das Buch verboten, in Frankreich gar von Scharfrichtern öffentlich verbrannt. Weshalb der Aufruhr? In Mandevilles versförmiger Fabel geht es um Folgendes: Ein Bienenvolk wünscht sich vom Gott Jupiter eine gerechte Gesellschaft. Der Wunsch wird erfüllt, doch das Resultat ist für die Bienen eine Katastrophe: Sie verlieren ihre Arbeit. Denn ohne Verbrechen und Krieg braucht es weder Bienen-Polizisten noch Bienen-Soldaten. Gerichte werden überflüssig, Luxus und Völlerei verschwinden. Der Bienenschwarm wird immer mehr ausgedünnt, und die letzten Überlebenden werden schliesslich von einem anderen Schwarm aus ihrem Stock vertrieben. Die Moral der Geschicht: Es gibt keinen Handel ohne Betrug, keine Obrigkeit ohne Bestechung und Korruption, keinen Wohlstand ohne Laster.

Angenommen, Mandeville würde seine Fabel heute schreiben. Was würden sich die modernen Bienen wünschen? Wahrscheinlich eine nachhaltige Gesellschaft. Würde die Erfüllung dieses Wunsches

ebenfalls in einer Katastrophe münden? Nach der Logik von Mandeville käme es wohl tatsächlich zu einer Art Vereindungsspirale: Nachhaltig lebende Menschen brauchen in der Regel nur das Nötigste. Sie hassen Verschwendug, sind diszipliniert und kontrolliert. Für die Wirtschaft der modernen Konsumgesellschaft wäre dieses Verhalten verheerend: Die Nachfrage bräche ein, die Arbeitslosigkeit würde explodieren und das Ganze in sozialem Chaos enden. Schliesslich würde ebenfalls ein neuer Schwarm auftauchen – die Chinesen beispielsweise –, der die letzten Überlebenden aus Europa vertriebe. Haben die Zyniker also Recht? Brauchen wir auch in Zukunft Gier und Hedonismus, um unsere Gesellschaft aufrechtzuerhalten?

Als Mandeville seine Fabel schrieb, lebten erst ein paar hundert Millionen Menschen auf der Erde; heute sind es mehr als sieben Milliarden. Klimawandel und zur Neige gehende Rohstoffe zeigen das Nahen der viel zitierten «Grenzen des Wachstums» auf. Es ist kein Zufall, dass die vom Club of Rome in den 1970er-Jahren angezettelte Diskussion erneut aufflammt. Man kann sich dabei über die Grösse ökologischer Fussabdrücke streiten oder über den Grad einer allfälligen Überbevölkerung. Doch am Grundproblem kommt kein rational denkender Mensch vorbei: Wenn Chinesen, Inder,

Afrikaner und Südamerikaner so leben wollen wie wir und folgerichtig ebenso viel Energie verbrauchen, dann ist der Planet überfordert. Der ökologische Kollaps wäre nicht mehr zu vermeiden. Nachhaltigkeit ist daher nicht einfach eine moralische Option, sie wird zum kategorischen Imperativ des Überlebens unserer modernen Gesellschaft. Einsicht in diese Notwendigkeit ist das eine, danach handeln etwas ganz anderes. Nur wenige Menschen sind geborene Asketen, und diese wenigen neigen oft dazu, ihre Mitmenschen als Schädlinge zu verachten. In ihren Augen entstünde Nachhaltigkeit vor allem dann, wenn es keine Menschen gäbe. Und wenn der Mensch schon nicht zu vermeiden ist, dann müsste er wenigstens überwacht und im Namen der Öko-Effizienz eingeschränkt werden. Michael Braungart, deutscher Verfahrenstechniker, Chemieprofessor und Co-Autor des «Cradle-to-Cradle»-Prinzips, also der Idee, dass alle Produkte nach ihrer Nutzung wieder zu einem Rohstoff werden müssen, entlarvt den Zynismus dieser misanthropischen Sichtweise: «Wenn ich ein Kind anschau, dann möchte ich sagen: Schön, dass du da bist. Und nicht: Verdammte Überbevölkerung.»

Doch kann man Nachhaltigkeit auch mit Hedonismus verknüpfen? Kann man Egoismus, Gier und Laster in der modernen Gesellschaft zähmen und nützlich machen? Ja, sagt Braungart: Wenn wir nicht weniger verbrauchen, sondern intelligent

verschwenden. Intelligent verschwenden heisst in erster Linie Abfall vermeiden. Alle Materialen werden in zwei Kreisläufe eingeteilt, einen biologischen und einen technischen. Schuhe oder Bremsbeläge, Waschmittel oder Textilien sind dann so beschaffen, dass sie biologisch nützlich sind, essbar beispielsweise, oder kompostierbar. Technische Materialien, oft hochgiftig, da mit Blei, Kupfer oder Quecksilber versetzt, werden in einen technischen Kreislauf eingefügt und endlos rezykliert. Mülldeponien und Abfallverbrennungsanlagen gehören dann der Vergangenheit an.

«(Ich bin) ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft», sagt Goethes Mephistopheles. In der digitalen Gesellschaft würde er sich wie folgt vorstellen: «Ich bin ein Verschwender, der geniessen will und doch der Umwelt nützt.»



Nach dem Studium von Anglistik und Ethnologie stieg Philipp Löpfe, 1953, in den Journalismus ein. Er absolvierte die Ringier-Journalistenschule und wurde nach fünf Jahren Chefredaktor des SonntagsBlick. Danach wechselte er in den Wirtschaftsjournalismus, wurde Blattmacher und stellvertretender Chefredaktor des CASH und erwarb berufsbegleitend ein MBA an der Universität St. Gallen. 1998 wechselte er in die Chefetage des Tages-Anzeiger, zuerst als stellvertretender und von 1999 bis 2002 als Chefredaktor. Als freier Journalist konzentriert er sich heute auf Themen der internationalen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Editorial

Doris Leuthard, conseillère fédérale
Cheffe du DETEC



«Economie verte: mission-clé du développement territorial»

En juin, la communauté internationale se réunira à la Conférence de Rio+20 et tirera un bilan des actions entreprises jusqu'à présent pour faire émerger le développement durable. Elle définira par ailleurs les priorités de ces prochaines décennies: l'objectif est de donner un nouvel élan au développement durable en instaurant une économie verte et, sur le plan institutionnel, en améliorant la gouvernance internationale.

Les négociations internationales sur le développement durable sont toujours laborieuses, parce que les attentes des Etats et des régions du monde sont extrêmement différentes. Néanmoins, la Suisse s'investit de tout son poids dans la recherche de solutions communes, parfois audacieuses, pour faire pencher la balance du côté de la durabilité.

Dans le contexte international incertain que nous vivons actuellement, des voix se font entendre dans notre pays pour remettre en

question l'engagement de la petite Suisse en faveur du développement durable de la planète. Mais rien n'est plus dangereux qu'une telle démission. Je suis convaincue que la Suisse défend ses propres intérêts en poursuivant et en renforçant sa politique pionnière en matière de durabilité.

Deux raisons essentielles plaident, à mon avis, en faveur de cette attitude courageuse.

Premièrement, l'énergie et d'autres ressources naturelles ne vont pas tarder à se raréfier et à renchérir, cela notamment en raison de l'essor économique fulgurant de pays tels que la Chine ou l'Inde. Notre pays, pauvre en matières premières, a donc intérêt à prendre dès que possible le virage économique permettant d'utiliser les ressources de manière plus efficace.

Deuxièmement, sur le marché intérieur, un engagement fort en faveur de la durabilité pourrait ouvrir de nouvelles opportu-



nités d'exportation. La place économique suisse, grâce à l'excellence de ses centres de formation et à sa capacité d'innovation dans les technologies propres, devrait tirer pleinement parti de ce potentiel. Si la Conférence de Rio+20 accorde une priorité à l'économie verte, c'est dans l'intérêt bien compris des travailleurs et des chercheurs suisses.

Une économie verte signifie bien davantage qu'utiliser l'énergie et exploiter les matières premières de manière efficace. En effet, le sol, le territoire, les systèmes de transport et les infrastructures sont aussi des facteurs de l'économie verte, prise dans un sens large. Nous devons en particulier, vu l'exiguïté de notre territoire, veiller à une utilisation du sol mieux maîtrisée qu'aujourd'hui. Lors de la récente votation sur les résidences secondaires, le peuple s'est clairement prononcé pour la protection du paysage en priorité. Une planification optimale et coordonnée du développement de l'urbanisation et des infrastructures permettra de ménager non seulement nos sols, mais aussi nos finances. Il est possible de limiter au strict nécessaire les aménagements onéreux. Le but de l'écono-

mie verte est d'utiliser notre sol et nos infrastructures le mieux possible pour préserver l'environnement, maintenir notre économie et défendre notre système social. Pour ce qui est des opportunités de développement d'une économie verte, je ne pense pas seulement à l'exportation de technologies efficaces ou d'installations d'épuration des eaux. Je souhaite de façon générale que notre pays s'illustre sur le plan international dans des domaines de pointe tels que les systèmes de transport intelligents, la technique des bâtiments ou les solutions originales d'organisation du territoire.

En tant qu'organe de coordination pour le développement durable, l'aménagement du territoire et les transports, l'ARE est au cœur de l'économie verte dans l'exercice de toutes ses activités. Il fournit ainsi une contribution essentielle au travail accompli pour préparer la Suisse à affronter les défis du futur. Rio+20 est donc une occasion à saisir pour renforcer notre engagement en faveur du développement durable, à l'intérieur comme à l'extérieur de nos frontières.

(traduction)

Politique future du développement durable

• • • •

Daniel Wachter
daniel.wachter@are.admin.ch



A la Conférence de Rio+20, la communauté internationale fixera les orientations futures de la politique de développement durable à l'échelle planétaire. La Suisse, elle aussi, doit faire preuve de davantage de détermination pour mettre en œuvre les décisions déjà prises au niveau international, notamment l'Agenda 21, la Convention sur les changements climatiques et la

Convention sur la biodiversité. En parallèle, elle doit rapidement prendre le virage vers une économie verte. Renforcer notre politique de développement durable exige un cadre institutionnel approprié. Dans sa Stratégie pour le développement durable 2012-2015, le Conseil fédéral apporte des réponses à ce défi.

Du 20 au 22 juin de cette année, les chefs d'Etat et des gouvernements se réuniront à Rio de Janeiro dans le cadre de la Conférence de l'ONU sur le développement durable. Vingt ans après la Conférence de l'ONU sur l'environnement et le développement, qui s'est tenue au même endroit, et dix ans après le Sommet sur le développement durable de Johannesburg, la communauté internationale se consacrera à trois objets de négociation correspondant également aux priorités de la politique suisse de développement durable, à savoir:

- réitérer l'engagement politique en faveur de la mise en œuvre des décisions des Conférences précédentes,
- créer une économie verte dans le contexte du développement durable et de la réduction de la pauvreté,
- améliorer le cadre institutionnel du développement durable.

Appliquer les décisions prises

Lors du Sommet de la Terre de 1992, des accords internationaux d'une portée sans précédent ont été conclus:

- la Déclaration de Rio énonçant les 27 principes fondamentaux du développement durable,
- l'Agenda 21 en tant que programme d'action de la communauté internationale pour le XXI^e siècle,
- la Convention-cadre des Nations Unies sur le changement climatique,
- la Convention sur la diversité biologique ainsi que
- les Principes cadres sur la protection des forêts.

Le « Johannesburg plan of implementation » adopté lors du Sommet de la Terre de 2002 exigeait déjà une mise en œuvre plus courageuse de ces accords. Les progrès obtenus jusqu'à présent restent insuffisants, comme le montrent l'augmentation effrénée des émissions de gaz à effet de serre et le fulgurant recul de la biodiversité. Dans de nombreux domaines, les limites

de la charge supportable pour la planète sont dépassées. Le problème de la pauvreté s'est également aggravé: le nombre de personnes qui doivent vivre avec moins de 1,25 dollar par jour continue d'avoiser le milliard.

Le rapport 2012 sur le développement durable, présenté également dans ce bulletin, dresse le bilan de la progression de la Suisse sur la voie du développement durable. Il montre que la Suisse doit renouveler et renforcer son engagement en faveur de la mise en œuvre des décisions de Rio. Nous avons fait preuve de négligence ces vingt dernières années; maintenant il est grand temps d'agir pour corriger le tir. Certains phénomènes – comme le réchauffement climatique – ne peuvent plus être stoppés; il nous reste la possibilité de les freiner et d'en minimiser les conséquences sur le plan local.

D'autre part, les pays de l'OCDE, confrontés à des crises à répétition (dettes, euro, banques), ont un urgent besoin de consolider leurs finances, mais aussi de doper leur croissance. Pour avoir des chances de durer, les perspectives économiques doivent reposer sur une base écologique solide. En Suisse également, la révolution verte, et notamment les technologies propres (Cleantech), ouvrent un avenir économique prometteur ainsi qu'un potentiel d'exportation.

La Conférence de Rio+20 sera axée sur la mise en cohérence de l'«écologisation» de l'économie et de la réduction de la pauvreté. Il s'agit en particulier de créer des emplois «verts». Dans les pays de l'OCDE, d'autres aspects plus complexes liés à la sécurité seront en ligne de mire, notamment la gestion de la crise de la dette ainsi que le vieillissement démographique et ses conséquences sur les finances publiques et les systèmes de rentes.

L'économie verte, un remède contre la pauvreté

En lançant le concept d'une économie verte dans le contexte du développement durable et de la réduction de la pauvreté, la Conférence de Rio+20 ouvrira une voie praticable pour sortir de l'impasse économique, écologique et sociale dans laquelle la planète s'est égarée. Les autorités ont en effet négligé jusqu'ici d'appliquer les décisions des Sommets antérieurs. L'objectif est de transformer fondamentalement notre système économique et de réorienter les investissements dans des domaines écologiques prometteurs. Il s'agit de développer le potentiel – jusqu'à présent inexploité – d'actions respectueuses de l'environnement dans les domaines de l'économie et du marché de l'emploi.

D'une part, les pays émergents à forte croissance, tels que la Chine, l'Inde et le Brésil pourraient s'intéresser à cette stratégie pour réorienter leur développement dans une direction plus verte.

Meilleur ancrage du développement durable dans les institutions

Si la politique de développement durable n'a pas atteint les objectifs fixés dans la mesure espérée, cela tient en grande partie à l'insuffisance du cadre institutionnel. Au niveau international, la Commission du développement durable (Commission on sustainable development CSD) chargée de veiller à la mise en œuvre des décisions de 1992 s'est révélée sans grand pouvoir. Rio+20 doit permettre d'accomplir des progrès, notamment par la création d'un Conseil mondial de la durabilité (Global sustainability Council) directement subordonné à l'Assemblée générale de l'ONU et disposant du pouvoir d'imposer des sanctions.

Les mêmes problèmes se retrouvent au niveau de chaque Etat. Les services et organisations responsables du développement durable sont souvent faibles. En Suisse cependant, le pro-

Mesures en cours	Nouvelles mesures
1 – Protéger le climat et maîtriser les dangers naturels	
1a Emissions de CO ₂ des voitures de tourisme 1b Protection contre les dangers naturels	1-1 Politique climatique de la Suisse après 2012 1-2 Plan d'action Aviation et climat
2 – Réduire la consommation d'énergie et promouvoir les énergies renouvelables	
2a Programme SuisseEnergie	2-1 Stratégie énergétique 2050
3 – Assurer un développement territorial durable	
3a Renforcement des transports publics 3b Plan de mesures pour la mobilité douce 3c Mobilité innovatrice et trafic de loisirs 3d Développement de la politique d'agglomération	3-1 Révision de la Loi sur l'aménagement du territoire 3-2 Tarification de la mobilité
4 – Accroître la productivité de l'économie en la dissociant de la consommation de ressources et d'énergie et réorienter les modes de consommation vers un développement durable	
4a Construction durable 4b Politique intégrée des produits 4c Développement de la politique agricole 4d Masterplan Cleantech 4e Entrepreneuriat responsable 4f Politique touristique durable	4-1 Promotion d'une industrie agro-alimentaire durable 4-2 Technologies de l'information et de la communication et développement durable
5 – Exploiter les ressources naturelles de manière durable	
5a Politique forestière 2020 et politique de la ressource bois 5b Développement de la politique en matière de produits chimiques 5c Promotion d'une politique intégrée du paysage	5-1 Stratégie Biodiversité Suisse
6 – Renforcer la cohésion sociale, promouvoir l'épanouissement culturel et l'intégration, relever les défis démographiques suffisamment tôt	
6a Construction de logements d'utilité publique	6-1 Développement de la politique d'intégration de la Confédération
7 – Améliorer l'état de santé de la population	
7a Promotion générale du sport et de l'activité physique 7b Programme national Nutrition et mouvement 7c Elimination des inégalités en matière de santé	7-1 Politique de prévention axée sur le développement durable
8 – Prendre ses responsabilités face aux défis planétaires en matière de développement et d'environnement	
8a Renforcement du régime international de protection de l'environnement 8b Commerce et investissements internationaux	8-1 Renforcement de la coopération au développement par des programmes relevant de l'économie verte 8-2 Renouvellement des Objectifs du Millénaire pour le développement dans l'optique d'un développement durable à l'échelle planétaire 8-3 Réforme et renforcement de la gouvernance internationale en matière de développement durable
9 – Garantir le financement à long terme des budgets publics et des assurances sociales	
9a Rapports sur les risques budgétaires	9-1 Réforme écologique de la fiscalité 9-2 Règles fiscales/budgétaires pour les assurances sociales
10 – Mettre à contribution les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation de manière systématique dans le cadre de la mise en œuvre du développement durable	
10a Intégration de l'éducation au développement durable dans le système scolaire suisse 10b Formation informelle au développement durable	10-1 Intégration de l'éducation au développement durable dans le paysage suisse des hautes écoles

Mesures transversales

- A Monitoring du développement durable
- B Evaluation de la durabilité
- C Promotion des actions et des projets locaux relevant du développement durable
- D Collaboration avec des groupes d'acteurs importants

Tableau: Mesures prévues dans la Stratégie pour le développement durable 2012-2015

cessus d'ancrage institutionnel du développement durable a considérablement progressé. La nouvelle stratégie adoptée début 2012 par le Conseil fédéral est déjà la quatrième mouture. Elle fait maintenant partie intégrante du programme de législature 2011-2015, ce qui constitue un progrès considérable par rapport aux stratégies précédentes. Cette institutionnalisation croissante est prometteuse. Il importe néanmoins d'éviter de créer des structures parallèles pour le traitement de nouvelles thématiques connexes telles que l'«économie verte» ou le «Cleantech», car cela brouillerait la lisibilité des mesures en faveur du développement durable.

Stratégie pour le développement durable du Conseil fédéral

La Stratégie pour le développement durable 2012-2015, adoptée par le Conseil fédéral en janvier 2012, apporte les réponses suivantes aux défis présentés en introduction (cf. tableau):

- Mettre en œuvre des décisions prises en 1992. La Stratégie pour le développement durable vise premièrement la concrétisation de l'Agenda 21 au niveau national. Deuxièmement, en prenant la mesure «Politique climatique de la Suisse après 2012», la Suisse réitère son engagement de réduction, d'ici 2020, des émissions de gaz à effet de serre d'au moins 20 % par rapport à leur niveau actuel. Ce faisant, il va falloir s'adapter aux changements climatiques. Troisièmement, la mesure «Stratégie Biodiversité Suisse» permet de renforcer au niveau national les engagements pris dans le cadre de la Convention sur la biodiversité.

- Développer l'«économie verte». La stratégie 2012-2015 du Conseil fédéral en a fait un axe fort: construction durable, politique intégrée des produits, Masterplan Cleantech, entrepreneuriat responsable, politique touristique durable et durabilité des technologies de

l'information et de la communication sont les mesures prioritaires de son plan d'action. La création d'une économie verte est expressément présentée comme un domaine sectoriel du développement durable. Son but dépasse toutefois la simple «écologisation» du système économique. La présentation de rapports sur les risques budgétaires et l'introduction de règles fiscales/budgétaires pour les assurances sociales sont des mesures qui devraient contribuer à assainir les finances publiques et permettre d'éviter un endettement comparable à celui qui oppresse à l'heure actuelle de nombreux Etats européens.

- Renforcer le cadre institutionnel. Le Conseil fédéral persévère dans la voie déjà suivie jusqu'à présent pour faire progresser par étapes l'intégration du développement durable dans tous les processus. Ainsi, l'aide-mémoire relatif aux messages présentés par le Conseil fédéral au Parlement, que la Chancellerie fédérale a réédité en 2011, met en avant l'instrument de l'évaluation de la durabilité (EDD). Il recommande d'examiner systématiquement les effets de chaque objet présenté sur l'économie, la société et l'environnement ainsi que sur les générations futures. De même, la Confédération va continuer à soutenir et va même renforcer sa collaboration avec les cantons et les communes et encourager les processus cantonaux et communaux relevant du développement durable. A l'heure actuelle, 16 cantons et 220 communes sont engagés dans un processus officiel de développement durable; il importe d'augmenter fortement ce nombre.

La contribution de la Suisse à la Conférence Rio+20

Cette orientation stratégique a pour corollaire la nécessité de renforcer, au plan national, le rôle du développement durable pour assurer l'avenir du pays, et de contribuer en même temps, au plan planétaire, à résoudre

la problématique de la durabilité. A Rio, la Suisse s'engagera notamment pour que soient formulées des recommandations contraignantes en faveur d'une économie verte dans le contexte du développement durable. Par ailleurs, la Suisse œuvrera pour le renforcement d'une gouvernance basée sur la durabilité à tous les niveaux: au niveau international, par exemple, par une réglementation plus efficace de la Commission du développement durable des Nations Unies, et au niveau national, par exemple, en réaffirmant le rôle important des stratégies de développement durable.

(traduction)



Daniel Wachter, 1961, géographe, dirige la section Développement durable de l'ARE chargée de coordonner la politique suisse de développement durable. En dehors de ces activités, il dispense, en tant que professeur titulaire à l'Université de Zurich, des cours en développement durable.

De Rio'92 à Rio+20: le monitoring du développement durable, révélateur de tendances

• • • •

Jana Wachtl
jana.wachtl@ bfs.admin.ch
Vincent Willi
vincent.willi@ bfs.admin.ch



Comment la Suisse progresse-t-elle sur la voie du développement durable? Où se situe-t-elle par rapport aux autres pays? Le Rapport sur le développement durable 2012 donne des réponses à ces questions sur la base du Monitoring du développement durable de la Suisse (MONET). Ce système d'observation recense les changements intervenus depuis 1992, année du Sommet de la Terre, qui s'est tenu à Rio de Janeiro.



Jana Wachtl, 1979, a étudié à Bâle la sociologie, l'informatique et les interrelations entre l'Homme, la société et l'environnement. Elle travaille depuis 2007 à l'Office fédéral de la statistique et dirige depuis 2010 le Monitoring du développement durable (MONET).



Vincent Willi, 1980, a étudié les sciences de l'environnement à l'Université de Lausanne, puis l'hydrogéologie à l'Université de Neuchâtel. Il travaille depuis 2011 à l'Office fédéral de la statistique comme chef de projet du Rapport sur le développement durable 2012.

L'année de la Conférence de Rio+20, la Suisse publie un rapport statistique sur le développement durable élaboré conjointement par les Offices fédéraux de la statistique, du développement territorial et de l'environnement, ainsi que par la Direction du développement et de la coopération. Sur la base de MONET, ce rapport dresse un bilan des changements intervenus ces 20 dernières années. Le système d'indicateurs MONET n'existe toutefois que depuis 2003. Il s'appuie sur un cadre de référence, une typologie d'indicateurs et une série de règles et de critères de sélection des indicateurs. Le Rapport sur le développement durable 2012 analyse quatre questions fondamentales tirées de la définition du développement durable et de ses trois dimensions: la solidarité sociale, la responsabilité écologique et l'efficacité économique. Dans les lignes qui suivent, nous présentons à titre d'exemples quelques indicateurs-clés en relation avec les quatre questions retenues. Les observations portent sur l'évolution depuis 1992, ou depuis la première saisie de données, si celle-ci n'a commencé qu'après 1992.

Satisfaction des besoins: quelle est notre qualité de vie aujourd'hui?

La santé est un aspect central de la qualité de vie. L'espérance de vie des personnes en bonne santé continue d'augmenter en Suisse, ce qui signifie que cet indicateur tend vers la durabilité. La part des personnes satisfaites de leur vie est restée au même niveau (élevé) qu'en 2000: à nouveau en 2010, 75 % des personnes interrogées en Suisse se déclaraient très satisfaites de leur vie. Autre exemple dans le domaine de la satisfaction des besoins: le revenu disponible équivalent moyen, c'est-à-dire le revenu moyen par personne, est élevé en comparaison internationale, mais il est resté au même niveau depuis 1998.

Solidarité et équité: comment les ressources sont-elles réparties?

Malgré cette qualité de vie élevée, le bien-être est inégalement partagé. L'accès à des ressources aussi essentielles que le revenu et la formation n'est pas aussi facile pour chacun. Au début de ce millénaire par exemple, les 20 % de la population la plus riche disposaient d'un revenu quatre fois plus élevé que les 20 % de la population la plus pauvre. Dans le domaine de la formation, l'écart s'amenuise entre le nombre de jeunes adultes de nationalité étrangère et de nationalité suisse qui ne suivent aucune formation après l'école obligatoire. En 2000 néanmoins, les jeunes suisses quittant prématurément l'école étaient quatre fois moins nombreux.

Dans la perspective d'une répartition équitable des ressources naturelles dans le monde, l'empreinte écologique montre que la Suisse accroît sa consommation de prestations environnementales et de ressources davantage que ne le permet la biocapacité disponible au niveau mondial, par personne.

Découplage entre développement et utilisation des ressources: agissons-nous rationnellement?

Pour promouvoir le développement économique et social sans porter atteinte à l'environnement, il est nécessaire de mettre en place des formes de production et de consommation rationnelles et efficaces. La diminution de l'intensité matérielle et énergétique – c'est-à-dire du rapport entre l'ensemble des besoins matériels ou de l'énergie consommée, et le produit intérieur brut – indique une augmentation de la productivité. De même, les quantités de CO₂ émises par kilomètre parcouru diminuent, de même que les rejets de CO₂ par kilomètre-personne. En revanche, l'augmentation des quantités de marchandises transportées in-

dique une tendance contraire au développement durable: cette croissance est plus forte que celle de l'économie. Par ailleurs, comme le montrera l'analyse de la question suivante, on observe une consommation toujours plus importante de ressources.

Préservation du capital: que laissons-nous à nos enfants?

Pour que les générations futures puissent couvrir leurs besoins, il est nécessaire de préserver et de renouveler les ressources. L'amélioration de l'état de l'environnement en Suisse va dans le sens de la durabilité. Ainsi, la pollution des lacs suisses par le phosphore recule et la concentration de particules fines dans l'air diminue. En revanche, l'extension des surfaces urbanisées, l'augmentation de la consommation de matières et de la consommation d'énergies non renouvelables vont à contre-courant du développement durable. Ce bref aperçu des indicateurs du système MONET montre des progrès, mais aussi des tendances contraires aux objectifs de la Suisse. Le Rapport sur le développement durable fournit une base de données importantes pour décider des futures mesures à prendre.

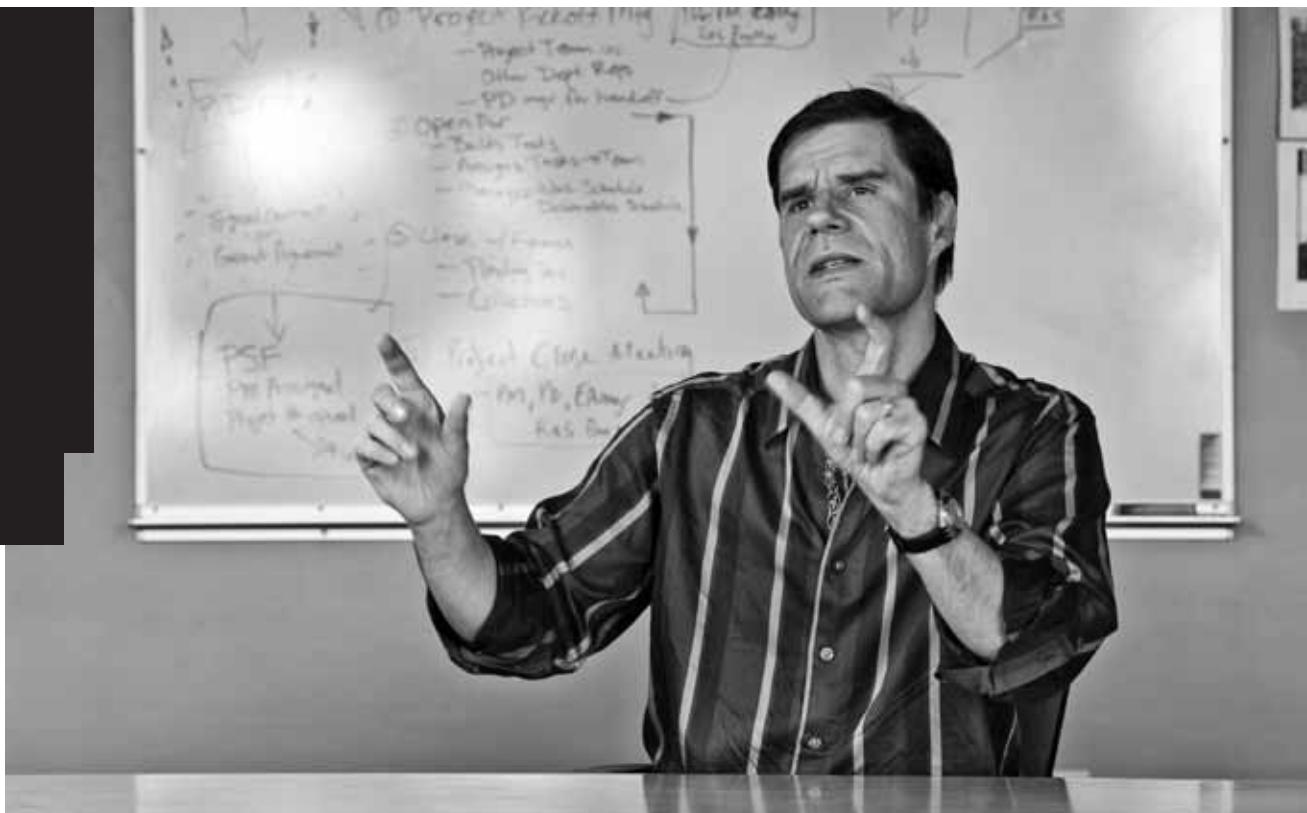
Pour en savoir plus sur le Monitoring du développement durable: www.monet.admin.ch

(traduction)

«Le tournant énergétique se fera d'une manière ou d'une autre»

• • • •

Interview: Pieter Poldervaart
photo: Eric Slomanson, San Francisco



Au lieu de diriger allègrement nos économies nationales vers la banqueroute écologique, nous ferions mieux de nous concentrer sur la création de valeur et non pas sur la croissance – recommande Mathis Wackernagel. Le co-fondateur de la méthode de calcul de l'empreinte écologique (Global Footprint Network) préconise de renoncer à une économie basée sur le pillage écologique de la planète. En effet, la raréfaction des ressources est en passe de devenir un critère limitant de l'économie, puisque les déficits écologiques induisent un risque

toujours plus important. Ceux qui sauront s'adapter les premiers aux nouvelles conditions seront du côté des gagnants.

Mathis Wackernagel, 1962, a fait des études en sciences de l'ingénieur à l'EPFZ. Avec William Rees, il a développé le concept d'empreinte écologique dans le cadre de son travail de thèse à l'Université de Colombie britannique à Vancouver. Il est président de l'organisation internationale Global Footprint Network et professeur invité à l'Université Cornell/NY. En 2007, il a reçu le titre de Docteur honoris causa de l'Université de Berne ainsi que le Skoll Award for social entrepreneurship. En 2011, les Emirats Arabes Unis lui ont par ailleurs décerné le Zayed international prize for the environment.

Monsieur, combien de kilomètres avez-vous parcouru en avion en 2011?

L'année dernière, 195 000 kilomètres, ce qui représente une consommation d'environ 6 500 litres de kérosène. Pour absorber la quantité de rejets de CO₂ que cela représente, il faut chaque année au moins quatre hectares de cultures d'une productivité (ou biocapacité) moyenne. Or, chaque habitant de la planète ne dispose en moyenne que de 1,8 hectare. Et nous devrions en réserver une partie pour la faune sauvage car les tigres, les baleines et les papillons ne vivent pas seulement d'amour et d'eau fraîche...

Et combien de kilomètres seraient admissibles et climatiquement compatibles si tous les habitants de la terre voulaient voyager en avion?

Faites le calcul: le budget de la nature met 1,8 hectare par personne à disposition. Gardez-en la moitié en réserve pour les animaux sauvages, comme le préconise par exemple Ed Wilson, professeur à Harvard. Il reste moins d'un hectare par personne. Et ceci, pour tout ce dont nous avons besoin: pas seulement voyager en avion, mais aussi nous nourrir et nous loger, et bien plus encore. De façon générale, le budget de la nature s'est réduit comme peau de chagrin ces dernières années. Si tous les gens adoptaient le même mode de vie que moi, nous aurions besoin de huit planètes Terre.

Et vous, le prophète du développement durable, vous ne rougissez pas de cette situation?

La situation actuelle n'est pas un problème d'ordre moral, mais constitue le défi le plus concret et le plus fondamental que l'Humanité ait jamais dû affronter. Nous ne demandons à personne de réduire son empreinte écologique. Nous nous contentons de mon-



trer à nos partenaires et à nos clients qu'une trop importante dépendance aux ressources est une situation très dangereuse pour une entreprise ou une économie nationale.

Notre organisation cherche naturellement à sortir, si possible sans crise, l'Humanité de l'engrenage de la surexploitation de l'environnement (ecological overshoot), qui représente pour les êtres humains, mais aussi pour les autres espèces animales, un énorme danger. J'espère par conséquent que nos discussions et nos projets provoqueront une réduction plus massive de notre consommation de ressources que ce que notre organisation engloutit. Si tel n'était pas le cas, nous devrions mettre au plus vite la clé sous le paillason.

Qu'est-ce qui manque le plus pour négocier le virage vers un développement durable?

Le principal obstacle résulte du conditionnement de la plupart des gouvernements, académiciens, conseillers et ONG, qui persistent à considérer la ra-

réfaction des ressources comme un problème moral. Entre-temps, ce phénomène est devenu plus préoccupant que l'inflation ou le chômage.

La lutte contre les changements climatiques est-elle sans espoir?

Mon travail n'est pas une lutte... contre quoi que ce soit. Mon but est d'aider les gens à s'en sortir à un moment où l'épuisement des ressources nous guette. Les changements climatiques ne sont qu'un des aspects à considérer. Il faut ajouter la disparition des espèces, la pénurie d'eau, l'érosion des sols, la destruction des forêts ou l'accumulation de produits toxiques. Tous ces symptômes, sans compter ceux que j'ai omis de mentionner, font partie de la même problématique fondamentale.

Laquelle?

La consommation de ressources est dans les chiffres rouges par rapport au budget mis à disposition par la na-



ture. La part que nous consommons en trop par rapport à la capacité de régénération de la nature est du pillage. On pourrait prendre comme métaphore l'histoire d'un homme qui gagne de quoi manger en vendant ses meubles, ses portes et ses fenêtres, puis les tuiles de son toit... et qui finit par faire disparaître sa maison. En d'autres termes, la surexploitation détruit notre base économique.

Vous montrez par votre méthode de calcul que la planète vit au-dessus de ses possibilités de régénération écologique, en overshoot. Ce constat est très préoccupant, mais nous le savions avant que vous ne présentiez votre empreinte écologique!

Nous avions précédemment déjà de nombreux indices. L'empreinte écologique intègre tous ces paramètres. C'est le premier instrument qui propose une comptabilité systématique des ressources. Il permet par exemple de calculer que les Etats-Unis consom-

ment deux fois plus que ce que les écosystèmes établis ont la capacité de produire, ou encore que la pression sur les ressources dépasse d'au moins 50 % la capacité de régénération de notre planète. En d'autres termes, il faut 18 mois à la Terre pour régénérer ce que l'Humanité consomme en 12 mois.

Pourquoi chercher à savoir précisément si nous vivons deux ou trois fois au-dessus de la biocapacité de la planète? N'est-il pas suffisant de savoir que nous devons renverser la vapeur?

Notre capital compte plusieurs dimensions: le capital financier, le capital humain, le capital naturel. Le capital financier n'est que papier, et nous indique qui a quels droits sur quel capital physique. Le capital humain est en croissance constante tandis que le capital naturel est en constante diminution. Le capital naturel prend donc plus d'importance et de valeur en termes relatifs. Pour renverser la vapeur, nous devons savoir selon quelles modalités et avec quelle rapidité nous devons réagir.

Et comment devrions-nous réagir face à cette nouvelle pénurie?

Ne pas avoir connaissance de l'état de notre capital le plus précieux est une énorme prise de risque. Comme déjà dit, notre consommation dépasse notre capital; mais il est encore beaucoup plus important de comprendre ce que ce pillage signifie pour notre santé.

Quels sont les résultats des calculs de l'empreinte écologique de la Suisse cette année?

L'empreinte écologique de la Suisse est quatre fois supérieure à sa biocapacité, c'est-à-dire à la productivité biologique de sa superficie. Comme la Suisse ne surexplote pas ses propres écosystèmes, les trois quarts de sa

L'empreinte écologique

pld. La méthode de calcul de l'empreinte écologique permet de comparer la surface naturelle existante à celle dont nous avons besoin en réalité. La consommation de nature est convertie en unités de surface: champs, prés, pâturages, forêts ou mers. L'empreinte écologique est la mesure de la surface utilisée pour satisfaire l'ensemble de nos besoins de consommation. L'unité de mesure est l'hectare global: une surface d'un hectare, dont la productivité correspond à la productivité moyenne d'un hectare dans le monde. Il s'agit donc d'une unité de mesure universelle pour les pays, les villes et les produits. En moyenne, l'empreinte écologique mondiale par personne est de 2,7 ha, alors que la capacité à disposition est seulement de 1,8 ha par personne.

En Europe, Russie incluse, le déficit est encore plus dramatique: pour des besoins de consommation de 4,7 ha par personne, la capacité disponible est de 2,9 ha seulement par personne. Ce déficit peut être compensé provisoirement par la surexploitation des écosystèmes ou par des importations nettes.

Exemples:

www.footprintnetwork.org/reviews

Pour calculer votre propre empreinte écologique:

www.footprintcalculator.org.ch

consommation de ressources proviennent d'importations de l'étranger. Ce calcul ne relève pas d'une vision pessimiste. Il a été confirmé par une étude effectuée par les Offices fédéraux du développement territorial et de la statistique.

Que déduisez-vous de ce calcul?

Nous vivons une période de pénurie croissante des ressources. Une telle dépendance de l'étranger est une stratégie risquée. Surtout si – comme en Suisse – le pouvoir d'achat par habitant diminue en comparaison internationale. En effet, lorsque le pouvoir d'achat relatif diminue, il devient toujours plus difficile de se maintenir à niveau dans la course internationale pour l'obtention des ressources. La Suisse, comme beaucoup d'autres pays, veut toujours davantage de ressources, mais sa capacité relative de les obtenir diminue.

En Suisse, l'augmentation de la consommation d'énergie et des rejets de CO₂ a été fortement ralenti. Sommes-nous sur le bon chemin? Ou avons-nous déplacé le problème en Chine ou ailleurs, avec ce qu'on appelle l'énergie grise?

Ces vingt dernières années, le déficit écologique par habitant en Suisse n'a presque pas augmenté; il reste toutefois très élevé. Le monde, lui, a changé. En l'an 2000, par exemple, la Chine utilisait la moitié moins d'énergie que les Etats-Unis; aujourd'hui, elle les a dépassés. S'accorder d'un énorme déficit de ressources dans un monde où le déficit de ressources ne cesse de se creuser est un pari de plus en plus risqué. La Grèce, l'Espagne, le Portugal et l'Italie en font la cruelle expérience. Beaucoup de gens s'imaginent que cette crise se résume à un simple problème de technique bancaire. Cependant, l'augmentation vertigineuse du coût des importations de ressources de ces pays montre que cette crise ne peut pas se résorber par une croissance économique, même très forte. Dans ces pays proches de la banqueroute, le déficit en ressources a des incidences économiques beaucoup plus importantes que dans un pays de forte capacité financière comme la Suisse.

Les frontières entre pays et continents sont de plus en plus perméables. Cela fait-il encore sens de procéder à de tels calculs par Etat-nation? Ne devrait-on pas instaurer un calcul uniforme par habitant de la planète, et fixer un objectif unique?

En dépit de la mondialisation, les rentes de vieillesse, les monnaies, les lois, les impôts, l'armée, la politique énergétique ainsi qu'une multitude d'autres choses relèvent encore de décisions nationales. En temps de crise, ce sont les gouvernements qui aident les entreprises à se tirer d'affaire, et pas le contraire. Les Etats-nations gardent par conséquent une importance déterminante. Voici donc mes prévisions: si le problème de la raréfaction des ressources n'est pas empoigné à bras le corps, les divisions et conflits se multiplieront. La compétition pour la maîtrise des matières premières et de l'énergie se fera, encore davantage qu'aujourd'hui, par des moyens belliqueux. Dans un tel monde, les Etats-nations et leurs appareils militaires gagneront en influence.

Le concept d'économie verte est un des principaux thèmes de la Conférence Rio+20 à venir. Est-ce un simple slogan de politiciens et d'économistes? Ce concept ne semble guère remettre en question la croissance matérielle.

Nous avons besoin d'une économie qui fonctionne. Il faudrait surtout crier que nous ne voulons plus être des pilliers du capital naturel, mais que nous voulons une économie saine qui crée véritablement de la valeur ajoutée. Dans de nombreux cercles influents, le qualificatif de « vert » discrédite encore, malheureusement, des tas de bonnes idées.

Le concept d'économie verte implique-t-il une réduction de la consommation matérielle et offre-

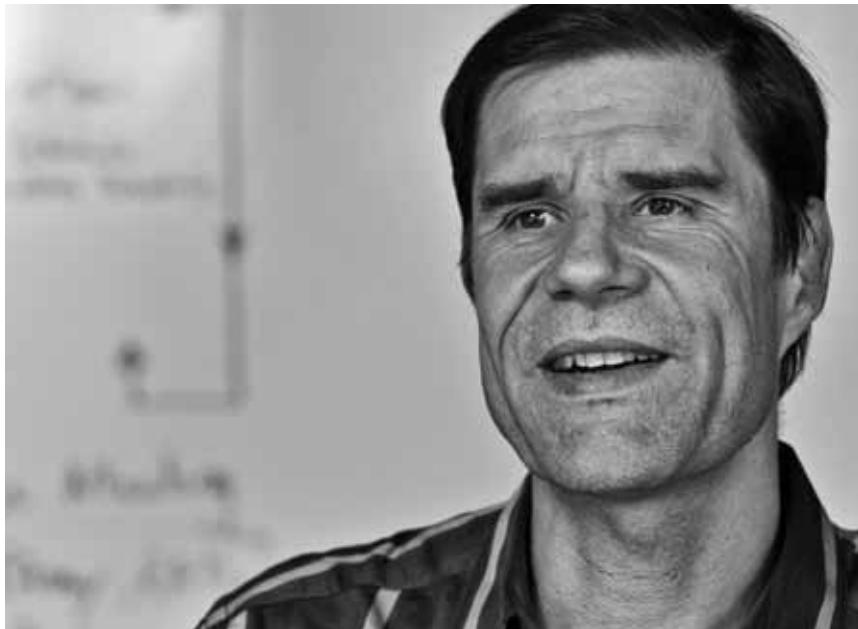
t-il un mécanisme de transition entre croissance quantitative et croissance qualitative?

La croissance n'est pas un but, mais une stratégie. Tout le monde s'imagine que tout va bien quand l'économie est en croissance – comme la nôtre, aujourd'hui encore stable. Mais que se passera-t-il lorsque la croissance ne pourra plus être au rendez-vous – même si nous la souhaitons ardemment – en raison de la raréfaction des ressources?

Regardons vers le passé: 40 millions de bisons vivaient en Amérique du Nord. Les Européens ont débarqué sur le continent et, depuis leurs trains, se sont amusés à tirer tous ces animaux, jusqu'à ce qu'il n'en reste plus que 600. Pourtant, tous souhaitaient poursuivre ce jeu. Mais la matière première était épuisée.

Comment les populations pauvres et défavorisées peuvent-elles participer à une économie verte? Est-ce une forme d'économie à nouveau proposée par la classe moyenne occidentale et les riches de ce monde?

Au niveau international, presque tout le monde profite de la croissance économique. Les statistiques sur la réduction de la pauvreté dans des pays tels que la Chine sont éloquentes. En même temps, des fortunes colossales se multiplient, et la classe moyenne occidentale a aujourd'hui accédé à un niveau de consommation sans précédent dans l'Histoire. Les pauvres quant à eux ont besoin de revenus plus élevés, qui ne proviennent ni du pillage des ressources, ni d'une aide ponctuelle, des revenus qu'ils peuvent gagner par eux-mêmes à long terme. Malheureusement, de nombreuses initiatives de développement sont basées sur la surexploitation. Elles laissent des régions dévastées, et des nations meurtries, toujours plus vulnérables aux crises.



L'économie verte va-t-elle de pair avec une nouvelle répartition des richesses, notamment en faveur du milliard de personnes souffrant, aujourd'hui encore, de la faim?

Postuler une économie fonctionnant non pas contre nature, mais avec elle, n'est pas un objectif arbitraire, mais participe du bon sens économique. L'exploitation abusive de la planète n'éliminera pas la faim et pourra tout au plus l'atténuer à court terme. Il y a surexploitation aussi lorsque la croissance démographique absorbe toutes les avancées de développement. L'économie verte est donc fondamentale pour la lutte contre la pauvreté. Nous ne devrions toutefois pas la vendre sous ce qualificatif de « verte ».

Où précisément un tel concept d'économie durable est-il déjà appliqué?

Les exemples sont encore rares. Quelques pays étudient cette problématique et se dotent ainsi d'avantages stratégiques; je pense par exemple au Vietnam, à la Chine et à la Corée du Sud. Cependant, je doute que la Chine, qui affiche un énorme déficit de res-

sources, puisse maintenir ses avantages stratégiques, même si je le souhaite ardemment. En effet si la Chine tousse, les autres pays attraperont une pneumonie. Au moins prend-elle la peine de se pencher sur ses ressources. Beaucoup d'autres pays s'y refusent, agissant de manière criante contre leurs propres intérêts.

La consommation énergétique dans le monde continue de croître à un rythme effréné. Le trafic individuel motorisé augmente, en particulier dans les pays émergents. Peut-on encore arrêter cette évolution?

Le tournant énergétique se fera d'une manière ou d'une autre. La vraie question est: quel en sera le prix et qui passera à la caisse? Comment la Suisse, qui ne dispose pas de ressources propres en énergie fossile et dont la consommation de ressources est bien supérieure à sa biocapacité, va-t-elle maîtriser la situation au 21^e siècle? Cependant, si le peuple suisse comprend la nécessité d'un tournant énergétique volontariste et radical, l'industrie énergétique et l'économie en général lui en seront éternellement reconnaissantes... dans quelques années.

Avez-vous modifié votre comportement personnel après avoir calculé votre propre empreinte écologique?

Je vis en Californie, mais je n'ai pas besoin d'une voiture. J'habite dans une maison qui, grâce au climat agréable de l'Oakland, ne nécessite pas beaucoup de chauffage et pas du tout de climatisation. Les denrées alimentaires proviennent toute l'année de la région. Je n'ai qu'un seul enfant (pas deux ou trois). Tous ces paramètres me rendent moins vulnérable à une crise.

Pourquoi êtes-vous confiant et pensez-vous que nous réussirons la révolution tous ensemble?

La surexploitation nous coûte aujourd'hui déjà trop cher. Beaucoup de gens préfèrent fermer les yeux. Cela ne diminue pas les coûts et ne nous avance à rien. Car tous les investissements dépendant à long terme de ressources bon marché et faciles à obtenir aujourd'hui vont perdre énormément de leur valeur. En revanche, une économie qui travaillerait en respectant le budget nature va prendre de la valeur. Nous faisons malheureusement trop rarement appel à des raisonnements économiques. Le système de l'apartheid en Afrique du Sud ou le régime communiste de l'ex-URSS ont ruiné l'économie de leur pays. Leurs édiles s'accrochaient à leurs vieux principes et n'ont pas vu venir la catastrophe. Pourquoi assister en toute insouciance à l'arrivée de la banqueroute écologique alors qu'un changement de paradigme serait dans l'intérêt de la Suisse? Pourquoi ne prendrions-nous pas la pleine mesure de notre fabuleuse possibilité de créer de la valeur ajoutée? Le peuple suisse peut faire cette révolution. Je suis donc optimiste.

(traduction)

Garantir à long terme l'exploitation et la protection des Alpes

• • • •

Jonas Schmid
jonas.schmid@are.admin.ch
Silvia Jost
silvia.jost@are.admin.ch



L'adoption du chapitre 13 de l'Agenda 21 est l'un des premiers signes de reconnaissance de l'importance des régions de montagne par la communauté mondiale. La grande région de l'Arc alpin doit être étudiée comme un tout, dans une approche

transfrontalière devenue de plus en plus nécessaire. En effet, le tourisme, les changements climatiques, l'agriculture et les transports sont confrontés à des défis d'une ampleur sans précédent.

Les massifs montagneux couvrent 27 % des terres émergées et abritent 12 % de la population mondiale. Ils recèlent une profusion de précieuses ressources et approvisionnent en eau près de la moitié de l'Humanité. La protection et l'exploitation durable de ces ressources sont une priorité pour le futur – surtout dans le contexte des changements climatiques.

Permettre le développement et favoriser la qualité de vie

L'Agenda 21 adopté à Rio en 1992 constitue un vase programme d'action pour les politiques d'environnement et de développement du 21e siècle. Le slogan «Penser globalement, agir localement», prononcé lors de ce Sommet, est entre-temps devenu célèbre. Pour la première fois en 1992, le chapitre 13 de l'Agenda 21 attira l'attention internationale sur les régions de montagne. Ce fut un succès diplomatique prometteur au plus haut niveau de la gouvernance mondiale. Ce document était la première pierre d'un grand nombre de réseaux et de partenariats qui ont vu le jour par la suite, pour protéger la montagne et promouvoir son développement. Ces initiatives, souvent transfrontalières, sont pour la plupart restées actives et offrent aux régions de montagne une meilleure visibilité, tant au plan national qu'international.

Très tôt déjà, les Alpes se sont engagées dans une démarche de développement durable, devenant une région transfrontalière modèle. En 1991, une année avant le sommet de Rio, les Etats alpins ont signé la Convention alpine, traité visant à assurer la protection des Alpes. Ce document reconnaît pour la première fois, d'une manière contraignante en droit international, que cette région transnationale est confrontée à des problèmes qu'elle ne peut pas résoudre seule, mais seulement grâce à une coopération transfrontalière. La Convention alpine a pour ambition de parvenir à un

équilibre entre protection et exploitation des Alpes. Il s'agit, d'une part, de préserver l'espace naturel alpin et, d'autre part, de permettre un développement économique et social qui garantisse durablement la qualité de vie de la population alpine.

Le chemin est encore long

Vingt ans après Rio, il est toujours aussi urgent de promouvoir un développement durable dans les Alpes. En Suisse, quelques percées ont été enregistrées, en particulier grâce à l'acceptation de l'article constitutionnel sur le transit alpin, qui exige de transférer le trafic marchandises de la route au rail. Au nom de cette politique, les chantiers des tunnels de base du Lötschberg et du Gothard sur les NLFA ont pu être lancés. Autres aspects positifs: l'excellent niveau des services d'approvisionnement de base dans les régions de montagne et le lancement de certifications, telles que le label Pro Montagna, qui renforcent la solidarité et le partenariat entre consommateurs et producteurs. Autre succès: la sensibilité accrue à la problématique des résidences secondaires et à l'intégration des bâtiments et des infrastructures dans les paysages alpins. Cependant, plusieurs tendances lourdes, notamment la mondialisation, l'urbanisation et les changements climatiques remettent de plus en plus en question le développement durable de l'espace alpin. Les tendances suivantes se dessinent:

Réchauffement. Les spécialistes prévoient une augmentation supérieure à la moyenne des températures dans l'espace alpin. Le recul du pergélisol et la fonte des glaciers imposent plus de mesures de protection des personnes et des infrastructures que prévu initialement.

Transports. Le trafic de transit et de loisirs ne cesse d'augmenter. Pour ré-

duire la charge environnementale et freiner la consommation de sol, il est nécessaire de développer et mettre en œuvre des alternatives durables au trafic routier.

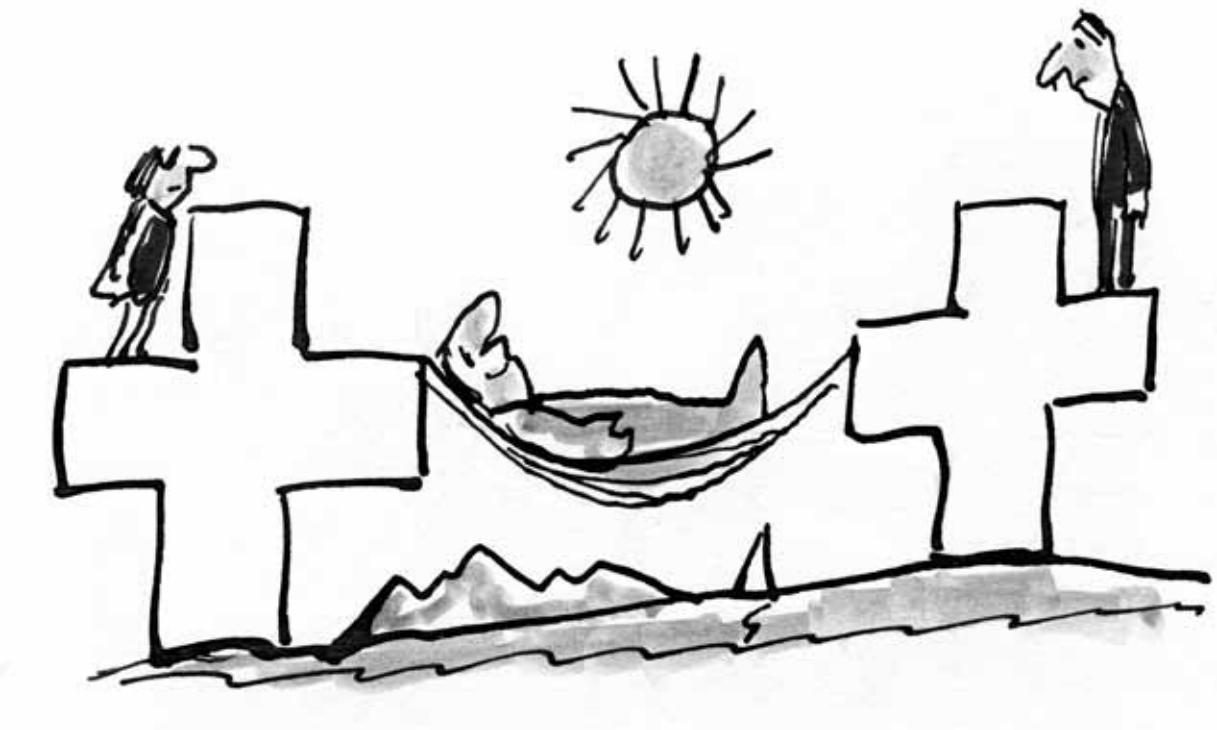
Biodiversité. Les changements climatiques, l'utilisation intensive du sol dans les plaines et le mitage du paysage favorisent la disparition croissante des espèces qui peuplent l'espace alpin. Il faut stopper ces pertes irréparables.

Tourisme. Le principal défi consiste à concilier les intérêts économiques avec les exigences écologiques et paysagères. L'objectif est de parvenir à un tourisme qui tire parti des valeurs paysagères sans les altérer.

Que peut espérer l'espace alpin de Rio+20?

En juin prochain, l'économie verte et les institutions internationales seront les deux thématiques-phares de la conférence de Rio+20. Dans ces deux domaines, la région alpine dispose d'une expérience spécifique et peut apporter sa contribution à la mise en œuvre d'une politique mondiale de développement durable. L'espace alpin escompte de Rio+20 le renouvellement des engagements en faveur du développement durable dans les régions de montagne. Par ailleurs, un plan d'action devrait donner un nouvel élan au développement de l'espace alpin, qui pourrait devenir une région-modèle de l'économie verte.

Les ressources naturelles telles que l'eau, le bois et la biodiversité sont des atouts pour la reconversion écologique de l'économie alpine. Pour assurer la protection et le développement durable des régions de montagne, il est nécessaire de prévoir des conventions définissant clairement les modalités de la rétribution des ressources alpines et des prestations des écosystèmes. Ainsi, les besoins des régions



de montagne pourront être conciliés avec ceux des régions qui les entourent.

Cette révolution verte concerne aussi les secteurs de l'agriculture, du tourisme et des transports:

L'agriculture doit devenir un secteur multifonctionnel et mettre sur le marché des denrées alimentaires, mais aussi d'autres prestations.

Le tourisme doit se diversifier et miser sur une offre nature.

Dans le domaine des transports, il faut certes continuer de garantir l'accessibilité des régions reculées, mais il est également indispensable de mettre en œuvre le plus grand nombre possible d'alternatives plus propres que le trafic routier. Les marchandises qui transsident à travers les Alpes doivent être réellement transportées par le rail.

Il est également primordial d'encourager dans l'espace alpin l'échange et la construction de savoirs qui jouent un rôle décisif car ils sont à la base de l'innovation.

Importance d'un cadre institutionnel intégré

Pour développer l'espace alpin et en maîtriser les défis, il faut dépasser les frontières politiques et administratives et considérer les espaces fonctionnels. Rechercher des solutions intégrées permet de concilier les intérêts divergents et de surmonter les conflits d'objectifs. La mise en place d'un cadre stratégique international pour le développement des régions de montagne devrait en outre contribuer à désenchevêtrer et mieux coordonner les différentes politiques et les divers systèmes de financement.

(traduction)



Silvia Jost, 1967, a fait des études de géographie et d'urbanisme à Berne et à Paris. Après un stage à la radio DRS, elle a travaillé à la direction de l'EPFZ et à l'ex-Institut pour l'aménagement local régional et national (ORL). En 2001, elle est entrée à l'ARE. D'abord à la tête du service de contact national pour les projets transnationaux Interreg, elle dirige depuis 2006 la section Affaires internationales de l'ARE.



Jonas Schmid, 1982, a terminé ses études de sciences politiques et d'histoire à l'Université de Berne durant l'été 2009. Il travaille depuis août 2009 dans la section Affaires internationales de l'ARE où il pilote les activités liées à la présidence de la Convention alpine.

La progression de l'Agenda 21 du canton de Genève

• • • •

Rémy Zinder
remy.zinder@etat.ge.ch



En 1997, Genève a été le premier canton de Suisse à se doter d'une loi sur l'action publique en vue d'un développement durable, une forme originale d'Agenda 21 cantonal. Cette loi doit être revue tous les quatre ans, et actualisée pour répondre aux nou-

veaux défis qui se posent. Le large éventail d'activités actuellement en cours démontre l'efficacité de cette loi, qui a introduit des changements au quotidien dans de multiples activités de l'administration, de l'économie et de la population.

Genève peut se targuer d'être le berceau du développement durable, puisque c'est en 1987 que la notion de développement durable a été citée pour la première fois dans le cadre de la Commission Brundtland qui s'est réunie dans les locaux du Palais Wilson.

Premier canton en Suisse à avoir adopté un Agenda 21, il aura fallu une dizaine d'années pour que les engagements au niveau international se traduisent par une loi cantonale sur l'action publique en vue d'un développement durable : l'Agenda 21 pour Genève.

Adoptée une première fois en 2001, cette loi définit la stratégie cantonale en matière de développement durable et possède la particularité d'être révisée tous les quatre ans. Ce processus est ainsi l'occasion d'évaluer les progrès réalisés, d'adapter les orientations stratégiques en fonction de l'évolution des enjeux et finalement de renouveler l'engagement politique en faveur du développement durable.

C'est au service cantonal du développement (SCDD), en étroite collaboration avec une commission consultative extraparlementaire et un comité interdépartemental, que revient la mission d'assurer la bonne application de cette loi. Pourvu d'un véritable plan directeur, le service coordonne et met en œuvre les actions du calendrier de législature. Ce mode de fonctionnement répond ainsi aux besoins de transversalité et d'interdisciplinarité en s'appuyant sur le principe de complémentarité et en encourageant la participation de tous les acteurs du territoire.

Les premières années de l'Agenda 21 ont été davantage orientées vers la sensibilisation des différents groupes d'acteurs. Sans renoncer à ce principe, une dimension plus opérationnelle des actions est aujourd'hui privilégiée, que ce soit dans le domaine de l'accompagnement ou de la mise à disposition de prestations d'expertise. Pour mesurer le chemin parcouru, regardons d'un peu plus près quelques

actions marquantes réalisées ces dix dernières années ainsi que leur évolution.

La sensibilisation et l'incitation

Le SCDD a organisé depuis 2002, en partenariat avec plus de 150 représentants dont la Ville de Genève, le Programme des Nations Unies pour l'Environnement et les communes genevoises, la fête puis le festival du développement durable. Cette manifestation à l'attention du grand public s'est tenue sur plusieurs jours et a rassemblé lors de chaque édition plus de 20'000 participants.

Dès 2012, le festival fera place à une série d'événements ciblés à l'instar de la participation du canton à la 7ème Conférence des villes durables organisée par la Ville de Genève en partenariat avec ICLEI (Gouvernements locaux pour le développement durable). Cette Conférence, qui réunira plus de 1'500 experts, décideurs et élus européens contribuera à renforcer le positionnement de Genève comme acteur majeur du développement durable.

Par ailleurs, des outils de sensibilisation ont été publiés tels que le guide «pour une consommation responsable» diffusé en quatre langues (français, anglais, espagnol et italien) ainsi que des recueils de recettes «Cuisinez malin» à base de fruits et légumes de saison destinées particulièrement aux enfants.

On peut finalement mentionner la publication en 2003 du «guide pratique de l'Agenda 21 communal». Aujourd'hui, 85% de la population du canton réside dans une des 15 communes ayant adopté un Agenda 21.

Le soutien à l'innovation

Les communes genevoises font preuve de beaucoup de créativité lorsqu'il s'agit de concrétiser le développement durable. C'est pour encoura-

ger ces initiatives, que le canton soutient financièrement les projets exemplaires émanant des collectivités. Depuis 2004, plus de 40 projets ont ainsi pu bénéficier de ce soutien comme par exemple la mise à disposition d'un sac à goûter contenant des produits locaux, la réalisation d'un potager urbain, la publication de guides pédagogiques ou encore l'établissement de contrats de quartier.

C'est pour compléter cette démarche et dans une perspective de favoriser les échanges d'expériences entre les représentants des communes que le SCDD, en partenariat avec l'Association des communes genevoises, mettra sur pied dans le courant 2012 une plate-forme d'échange.

En matière d'encouragement, la société civile n'est pas en reste puisque le canton organise depuis 2002 un concours annuel «Bourse et prix cantonal du développement durable». A ce jour, plus de 60 lauréats issus des milieux économiques, associatifs et privés ont été récompensés pour des projets tels que la récupération de surplus alimentaires de la grande distribution en vue de les redistribuer aux œuvres d'entraide, la création d'une clinique pour i-Pods ou encore la commercialisation de snacks à base de fruits bio cultivés et séchés dans la région.

Le management durable

Que ce soit à l'échelle d'une entreprise, d'une collectivité ou d'une entité subventionnée, nombreux sont les acteurs qui intègrent les principes de développement durable dans leurs activités. L'Etat de Genève s'est engagé à montrer l'exemple notamment avec la mise en place d'une politique d'achat responsable ou encore par le biais des actions menées par le service de management environnemental de l'Etat. Afin de favoriser la prise en compte de ces principes dans une perspective d'amélioration continue, un réfé-

► Quelques principes de consommation «durable»

Il est parfois difficile de savoir si un achat est vraiment en accord avec le développement durable. Voici quelques principes qui peuvent faciliter le choix:

Principe d'utilité
Eviter les achats ou les services qui ne correspondent pas à de réels besoins, afin de lutter contre la surconsommation et l'épuisement des ressources naturelles.

Principe de prévention
Opter pour des biens et services qui limitent au maximum les nuisances pour l'environnement, la santé et tout autre domaine. Exemple: une peinture à l'eau plutôt qu'avec solvant.

Principe d'efficience
Prendre en compte les moyens mis en œuvre pour produire et livrer un article ou un service sur le marché, afin de privilégier celui qui respecte le mieux les ressources naturelles, l'énergie et les conditions de travail.

Principe de qualité
Préférer des produits qui ont une grande durée de vie: sur le long terme, ils utilisent moins de ressources naturelles et moins d'énergie pour leur fabrication, et produisent également moins de déchets.

Principe de solidarité
Favoriser les voies commerciales qui tissent des liens entre acheteur, distributeur et producteur, afin de répartir équitablement la prospérité entre tous.



Guide: Pour une consommation responsable (Département des affaires régionales, de l'économie et de la santé, Service cantonal du développement durable)

rentiel «guide PME et développement durable» a été publié par le SCDD en 2003. Cet outil permet notamment d'effectuer une auto-évaluation de son entreprise et de déterminer les actions prioritaires à déployer. Parallèlement et en collaboration avec la Haute Ecole de Gestion, des mini-audits en entreprises sont organisés annuellement.

Le «guide des achats professionnels responsables» publié en 2010 a également pour objectif la prise en compte des critères de développement durable dans les politiques d'achat.

En collaboration avec la HEG et la Chambre de commerce, de l'industrie et des services, la création en 2011 des Rencontres du management durable, véritable plate-forme d'échange des bonnes pratiques, va dans le sens d'une incitation à la mise en œuvre d'un management durable.

L'éducation au développement durable

A Genève, plus d'une quinzaine d'établissements scolaires sont engagés sur la voie du développement durable. C'est en 2003, en collaboration avec le Département de l'instruction publique, que le guide des Agendas 21 d'établissements scolaires a été publié. Désormais, la priorité est donnée à l'intégration du développement durable dans la formation initiale et continue des enseignants ainsi que dans les plans d'étude et dans le domaine de la formation professionnelle.

L'évaluation du développement durable

Dans le cadre du Cercle des indicateurs piloté par l'ARE et à l'ins-

tar d'autres collectivités en Suisse, le canton de Genève relève tous les deux ans les indicateurs du développement durable et publie les résultats actualisés sur le site internet de l'Office cantonal de la statistique. Ces résultats permettent de mesurer les forces et les faiblesses du canton, d'identifier des pistes d'améliorations et de définir des orientations stratégiques.

En conclusion, ces quelques exemples présentent brièvement le chemin parcouru depuis dix ans ainsi que l'évolution de l'Agenda 21 du canton de Genève qui privilégie aujourd'hui une dimension davantage opérationnelle dans des domaines spécifiques, comme les achats professionnels et la consommation responsable. Face à la multiplicité et la complexification des enjeux dans le domaine du développement durable, les Agendas 21 ont encore de beaux jours devant eux!



Rémy Zinder, 1964, a étudié la géographie à la Faculté des sciences économiques et sociales de l'Université de Genève. Il est par ailleurs titulaire d'un master en ingénierie et management de l'environnement de l'EPFL. Délégué aux transports, à la mobilité et au développement durable de la Ville de Neuchâtel de 2003 à 2008, il a travaillé de 2008 à 2009 en tant qu'ingénieur en transport et mobilité à la Direction générale de la mobilité du canton de Genève. Il dirige depuis juin 2010 le Service cantonal du développement durable du Département des affaires régionales, de l'économie et de la santé du canton de Genève.

Nécessité d'un ancrage du développement durable dans les administrations

• • • •

Peter Knoepfel
peter.knoepfel@idheap.unil.ch



Ces dernières années, de nombreux offices fédéraux ainsi que quelques cantons ont introduit des instruments de développement durable dans leurs procédures administratives. Une étude montre que la création de délégations ou de services du dé-

veloppement durable facilite l'utilisation d'outils tels que l'évaluation de la durabilité (EDD) ou le monitoring du développement durable, tout en assurant que les politiques sectorielles tiennent mieux compte des postulats de durabilité.

Réaliser un développement durable (DD) à long terme nécessite de l'inscrire dans les institutions aussi bien en politique que dans l'administration, l'économie et la société. Vingt ans après le premier Sommet de la Terre à Rio, l'administration fédérale et certains cantons pionniers semblent avoir trouvé des approches prometteuses. Sur la soixantaine de grandes unités administratives de l'administration fédérale – principalement des offices –, plus d'un tiers disposait en 2010 d'une personne déléguée au DD; huit offices fédéraux s'étaient même dotés de leur propre unité de DD. Cela représente un ancrage structurel solide dans diverses politiques sectorielles d'importance et facilite un monitoring régulier et l'analyse de projets législatifs et administratifs par l'EDD. Ainsi admis dans les procédures administratives courantes, le DD gagne en importance. Selon les conclusions de l'étude de l'IDHEAP et les résultats du groupe de travail Echanges d'expériences sur le DD de l'ARE, des processus similaires d'ancrage sont en cours dans d'autres unités de l'administration fédérale ainsi que dans des cantons et des communes.

Modifications pertinentes du contenu de certaines politiques publiques

Le monitoring et l'EDD de projets sont entrés de plein droit dans les procédures administratives et il serait désormais inimaginable de s'en passer. Des expériences analogues dans les domaines de la santé et des finances montrent que ces deux instruments, sans induire de transformations radicales desdites politiques sectorielles, permettent tout de même d'ajuster certains projets et de susciter de nouvelles initiatives. L'exemple de la politique de l'environnement montre que lorsque les administrations sectorielles se dotent de centres de compétences, les institutions deviennent plus écologiques, tant sur le plan

structurel que sur celui de la procédure. Les instances chargées du DD peuvent aussi contribuer à une améliorer le contenu des politiques publiques en coordonnant leurs actions avec les autres secteurs.

L'étude* met en évidence les bonnes pratiques ci-après, qui activent le processus d'institutionnalisation du DD dans les administrations étudiées:

Facteur déclencheur. Le lancement d'un processus d'institutionnalisation du DD nécessite un déclencheur, comme des projets de loi ou des projets d'infrastructures controversés, mais aussi des révisions pendantes de règlements d'adjudication de travaux de construction ou des réflexions sur la libéralisation des marchés agricoles. Ces facteurs ont favorisé l'émergence d'un monitoring du DD ou d'une institutionnalisation de l'EDD.

Place dans la structure. Plusieurs modèles d'implantation du DD sont envisageables au sein d'une unité administrative. Le DD peut être localisé au sein d'un service d'état-major, à un niveau de ligne hiérarchique en faible interaction avec les autres niveaux ou au sein d'une commission permanente. L'étude conseille une localisation du DD au sein des Chancelleries fédérale ou cantonales.

Structure et procédure. L'ancrage du DD dans les structures, d'une part, et dans les procédures, d'autre part, sont les deux faces d'une même médaille. Dès qu'une unité administrative ou une commission pour le DD est créée, il est nécessaire, pour de simples raisons d'efficacité et de respect des autres acteurs de l'unité administrative, de réguler dans les procédures l'action de cette nouvelle structure, ce qui permettra de désamorcer les rivalités internes.

Valoriser les produits. Les principaux produits de ces nouvelles unités administratives sont l'EDD et le monitoring.

L'ancrage du DD sera d'autant plus solide que les unités administratives se préoccupent elles-mêmes d'EDD (au niveau des projets) ou de monitoring (pour l'observation des faits).

Exemples de réussite: obligation d'effectuer une EDD pour toute stratégie, concept ou plan sectoriel dans toutes les politiques sectorielles (canton de Berne), dans le domaine des constructions publiques (canton de Vaud), de la protection du paysage et de l'exploitation des eaux (canton d'Argovie). Autres bons exemples: la Nouvelle politique régionale (SECO) ou les projets de développement de l'espace rural (OFAG). De façon générale, les éléments déterminants pour parvenir à une bonne institutionnalisation du DD sont de neutraliser les conflits potentiels de compétences dans politiques concernées et de mieux prendre en compte le critère de durabilité que par le passé.

Partage d'expériences. Les exemples des cantons et des communes montrent qu'un échange dynamique d'expériences sur le monitoring et l'EDD favorise l'institutionnalisation. L'étude citée préconise également de tels échanges au sein de l'administration fédérale – qui dispose d'ailleurs déjà d'une structure appropriée, le comité interdépartemental pour le développement durable (CIDD). Au niveau fédéral, un processus identique à celui que l'ARE a mis en place avec succès dans les cantons et les communes pourrait être lancé sous la houlette de ce même office. Cela permettrait de poursuivre l'harmonisation des instruments de durabilité déjà utilisés.

Formation et recherche. La formation des collaborateurs actuels et futurs des administrations et la formation continue des cadres sont de bonnes pratiques qui favorisent le DD. Cette remarque est également valable pour le développement interdisciplinaire



de concepts intégrant les aspects sociaux du DD, pour lesquels il n'existe pas encore suffisamment d'indicateurs reconnus et mesurables.

Une institutionnalisation rapide et systématique du DD s'impose et, après les tragédies de Fukushima et de la plate-forme pétrolière Deepwater Horizon, il reste à espérer que de nouvelles catastrophes ou crises ne seront pas nécessaires pour rappeler le message principal du Sommet de la Terre de 1992 ou le constat tout aussi important des limites de la croissance qu'avait fait le Club de Rome en 1972.

Les signaux d'alarme ne manquent pas. Songeons simplement à la surconsommation de sol à l'échelle planétaire ou encore au mitage effréné du paysage suisse.

*Peter Knoepfel: L'ancre institutionnel du développement durable dans l'administration fédérale et dans trois cantons (VD, BE, AG). Working paper de l'IDHEAP 1a/2011, Chaire Politiques publiques et durabilité.

(traduction)



Peter Knoepfel, 1949, Dr en droit, professeur à l'Institut des Hautes Etudes en Administration Publique (IDHEAP) de l'Université de Lausanne. Domaines spécialisés: politique de l'environnement, de l'organisation du territoire et des ressources. Président 2011 du Conseil de la Fondation pour le développement durable sanu, à Bienna. Membre de l'organe consultatif de la Confédération sur les changements climatiques (OcCC) et expert scientifique au sein du groupe de travail Echange d'expériences sur le DD de l'ARE.

Coordonner développement territorial, transports et énergie: un défi pour la politique du développement durable

• • • •

Michel Matthey
michel.matthey@are.admin.ch



Les problèmes tels que le mitage du territoire et la surcharge des infrastructures de transport s'aggravent et mobilisent de plus en plus l'opinion publique. En présentant le Projet de territoire Suisse et en se dotant d'instruments tels que la politique des agglomérations, le Conseil fédéral a adopté des principes d'action visant à assurer

un développement durable du territoire, des transports et de l'énergie. La mise en œuvre de ces principes implique des efforts particuliers de la part des autorités concernées des différents niveaux, notamment une étroite coopération intersectorielle et transfrontalière ainsi que l'amélioration de l'efficacité énergétique du tissu bâti.

Les questions de transports et d'aménagement du territoire font de plus en plus souvent la une de l'actualité. Le mitage du territoire, les routes surchargées et les trains bondés mobilisent l'opinion publique. De nombreuses interventions parlementaires et initiatives populaires abordent aussi cette problématique. Citons notamment le plafonnement des résidences secondaires (initiative sur les résidences secondaires), le moratoire sur les zones à bâtir (initiative pour le paysage) ou la promotion des transports publics (initiative de l'ATE). Au travers des différents discours, un consensus se dégage sur le fait que l'aménagement du territoire et les transports doivent être planifiés conjointement, et que les questions énergétiques doivent impérativement être prises en compte.

La stratégie pour le développement durable du Conseil fédéral vise, dans le domaine des transports et de l'aménagement du territoire, une diminution de la consommation énergétique, une utilisation plus judicieuse du sol et une meilleure protection climatique. Les territoires urbanisés doivent donc être répartis et desservis de telle sorte que la majeure partie de la population n'ait que de courtes distances à parcourir pour se rendre à son travail ou pour exercer ses activités de loisirs – avec pour corollaire, une économie de temps, de coûts, de ressources et de charges sur l'environnement.

Un développement actuel tout sauf durable

Les interactions entre territoire et transports sont devenues de plus en plus complexes ces cinquante dernières années. La mise en place d'un réseau de routes nationales, dès le début des années soixante, a amélioré les communications entre les différentes régions du pays et avec les régions étrangères limitrophes, constituant le principal fondement de l'essor de la

mobilité et de l'économie. Elle a cependant facilité aussi les liaisons entre les villes et leur périphérie, transformant les espaces ruraux proches des grands centres en zones résidentielles attrayantes. L'augmentation du trafic pendulaire qui en découle entraîne une surcharge du réseau routier dans les agglomérations. L'amélioration des réseaux régionaux de transports publics (RER et TP urbains), considérée souvent comme une solution aux problèmes posés, contribue également à augmenter l'attractivité des espaces périphériques. L'urbanisation poursuit donc son extension dans les espaces ruraux et le trafic pendulaire continue de s'accroître.

Cette évolution a été dynamisée par le coût relativement bas des transports, imputable tout à la fois au faible prix des matières premières et de l'électricité et à l'externalisation des coûts environnementaux des transports (émissions de bruit et de polluants, morcellement du paysage). Une part importante de la population peut ainsi se permettre de parcourir quotidiennement de longs trajets pour le travail et les loisirs. La distance entre lieu d'habitation et lieu de travail ne cesse de s'allonger et l'urbanisation s'étend en tâche d'huile.

En conséquence, les sols et les ressources naturelles sont surexploités, les conflits d'utilisation se multiplient, les réseaux routiers sont surchargés et l'offre de transports publics aux heures de pointe ne suffit plus. Les tendances actuelles du développement territorial et des transports vont ainsi à l'encontre de la stratégie du Conseil fédéral pour le développement durable.

Le Projet de territoire Suisse propose des solutions

Si l'on veut tenter de résoudre ces problèmes, il est nécessaire de rompre la spirale infernale: *équipement de zones à bâtir en périphérie > surcroît de tra-*

fic > nécessité de désengorger les goulots d'étranglement du trafic routier par la construction de nouvelles routes > équipement de nouvelles zones à bâtir en périphérie. Pour parvenir à un tel résultat, il est primordial de coordonner étroitement mobilité, infrastructures et développement territorial.

Le Projet de territoire Suisse, élaboré par la Confédération, les cantons, les villes et les communes, porte en grande partie sur ces problèmes et propose des pistes pour les résoudre. Il fournit aux autorités de tous les niveaux un cadre de référence commun qui s'articule autour des principes suivants:

- limiter l'urbanisation et favoriser le développement du milieu déjà urbanisé,
- coordonner de façon optimale l'urbanisation et les transports,
- combiner les modes de transport en fonction de leurs atouts respectifs,
- créer des conditions territoriales favorables à une consommation mesurée d'énergie,
- permettre un approvisionnement énergétique efficace,
- maintenir libres des espaces destinés à de futures infrastructures,
- utiliser les infrastructures de façon optimale et limiter leurs conséquences indésirables.

Mesures diversifiées

Le Conseil fédéral a, à plusieurs reprises, manifesté sa volonté de mieux coordonner développement territorial, transports et énergie. Il l'a fait notamment dans la Stratégie pour le développement durable, le plan sectoriel des transports et dans le cadre de la révision de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire. Son objectif est d'améliorer la coordination dans ces domaines, tant au sein de l'administration fédérale qu'entre la Confédération, les cantons, les agglomérations et les régions étrangères voisines. Il s'appuie principalement sur les mesures et instruments suivants:



A maints endroits, les principaux axes de l'infrastructure du trafic ont atteint leurs limites.

Révision de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire

Une première révision partielle de cette loi, traitant de la localisation et du dimensionnement des zones à bâtir est en cours d'examen par les Chambres fédérales. Une deuxième étape de révision est prévue. Elle devra aborder d'autres questions importantes, notamment l'amélioration de la coopération entre Confédération, cantons et communes, la coordination entre l'aménagement du territoire et la protection de l'environnement, un développement territorial basé sur l'efficacité énergétique et le renforcement des instruments de planification de la Confédération et des cantons. En complément aux mesures législatives, des mesures incitatives d'économie de marché seront également examinées pour encourager une utilisation parcimonieuse du sol.

Planification intégrée du territoire et des transports

Le plan sectoriel des transports définit des stratégies et des principes guidant la planification des infrastructures de transport. Son but est d'assurer une meilleure coordination des modes de transport compte tenu des objectifs de développement territorial. Adopté en 2006, il sera développé dans les années à venir et servira de base de décision pour les planifications en ma-

tière de transports. Des conceptions intégrées des transports et du développement territorial devront être élaborées pour les corridors et nœuds de transports importants.

Développement de la politique des agglomérations

Par sa politique des agglomérations, la Confédération soutient depuis 2001 le développement durable des villes et des agglomérations. Jusqu'à présent, elle se concentrat sur la coordination de l'urbanisation et des transports et sur l'amélioration de la collaboration institutionnelle entre les agglomérations et les différents échelons étatiques. L'extension à de nouvelles thématiques, notamment en matière d'énergie, est actuellement en discussion.

Tarification de la mobilité (mobility pricing)

La croissance de la mobilité et les problèmes qu'elle entraîne dans les agglomérations devront aussi être maîtrisés. Cela nécessite toutefois un financement durable des systèmes de transport. L'introduction de la tarification de la mobilité, c'est-à-dire de redevances échelonnées dans le temps et dans l'espace, liées à l'utilisation des infrastructures et des services dans les transports individuels et dans les transports publics, doit permettre

d'assurer ce financement, mais aussi d'influer sur la demande de mobilité et de lisser les pointes de trafic. Cela permettra d'éviter – ou du moins de retarder – l'extension des capacités de transport.

Autres pistes pour le futur

Ces mesures ne pourront déployer leurs effets que si elles s'inscrivent dans un contexte plus large. Il importera également d'examiner l'ensemble de la problématique territoire – transports – énergie.

Les efforts des autorités de tous les niveaux devront porter sur les éléments suivants:

- promotion de la collaboration entre acteurs privés et publics de la planification du territoire, des transports et de l'énergie,
- élaboration de concepts intégrés du territoire, des transports et de l'énergie dans des espaces fonctionnels, en particulier les corridors et les nœuds d'infrastructures,
- concrétisation d'un développement de l'urbanisation vers l'intérieur permettant de réduire le volume du trafic.

Ces pistes correspondent aux objectifs du Projet de territoire Suisse qui, s'il est mis en œuvre de façon exemplaire, permettra d'aiguiller le développement du territoire, des transports et de l'énergie de la Suisse sur une voie durable.

(traduction)



Michel Matthey, 1947, architecte et aménagiste, sous-directeur de l'ARE, est responsable de la mobilité, des infrastructures et des planifications fédérales. Il s'intéresse particulièrement aux questions de coopération au sein de la Confédération et entre les offices fédéraux et les cantons.

L'agriculture – un pilier du développement durable

• • • •

François Pythoud
Responsable Secteur Agriculture durable internationale, Office fédéral de l'agriculture



« Produire plus avec moins » c'est le double défi auquel l'agriculture mondiale est confrontée pour répondre aux besoins croissants de la population et faire face au changement climatique et à la pénurie grandissante des ressources naturelles. Dans ce

contexte, Rio +20 doit repositionner l'agriculture durable comme un élément central de l'économie verte pour le développement, la lutte contre la pauvreté et la sécurité alimentaire.

L'agriculture englobant au sens large le secteur agro-alimentaire est, au niveau mondial, le secteur économique le plus important en termes d'emplois et d'utilisation du territoire et des ressources naturelles. Elle joue un rôle vital. Elle doit assurer une production suffisante et diversifiée pour répondre aux besoins alimentaires essentiels d'une population mondiale en constante augmentation. Elle a toujours été et elle reste le moteur du développement. Au XXe siècle, les progrès scientifiques et technologiques ont permis d'accroître de manière importante les rendements agricoles aussi bien dans les pays industrialisés que dans les pays en développement avec néanmoins des impacts négatifs sur l'environnement. En 1992, lors de la Conférence de Rio, les gouvernements ont adopté, dans le cadre de l'agenda 21, un programme d'action pour promouvoir une agriculture et un développement rural durables.

L'agriculture multifonctionnelle

En Suisse, la Constitution fédérale prévoit, depuis 1996, que l'agriculture multifonctionnelle réponde aux exigences du marché et du développement durable. De nouveaux instruments de politique agricole, comme le système des paiements directs, ont été développés. Aujourd'hui, les résultats sont là. Presque toutes les exploitations remplissent les prestations écologiques requises pour les paiements directs, la production a continué d'augmenter et les indicateurs de durabilité comme l'efficience d'utilisation de l'azote et du phosphore ou la production des gaz à effet de serre vont dans la bonne direction. La politique agricole 2014-2017 dont le Conseil fédéral a publié le message le 1er février 2012 et la stratégie 2025 de l'Office fédéral de l'agriculture « Réussir par la durabilité » visent à consolider cette voie à travers une approche

intégrée et cohérente sur l'ensemble de la chaîne alimentaire.

Au niveau global : bilan plus mitigé

Au niveau global, le bilan est par contre plus mitigé. Près d'un milliard de personnes, dont une majorité de ruraux, souffrent toujours d'insécurité alimentaire. Dans de nombreuses régions, des pratiques agricoles inadaptées continuent à dégrader la fertilité des terres, épuiser les ressources en eau, réduire la biodiversité et produire de plus en plus de gaz à effet de serre. De plus, la croissance de la production agricole devra être maintenue pour répondre aux besoins nutritionnels d'une population mondiale en augmentation et aux modifications des habitudes alimentaires vers davantage de produits d'origine animale (lait, viande). L'agriculture devra faire face à la pénurie grandissante des ressources naturelles, une augmentation du coût de l'énergie et s'adapter aux effets des changements climatiques.

Sur le plan international, la crise des prix agricoles de 2008 a ramené l'agriculture et la sécurité alimentaire au sommet de l'agenda politique. Le G20, mais également le Sommet mondial sur la sécurité alimentaire de 2009, ont reconnu la nécessité d'un changement fondamental dans la manière de développer l'agriculture. « Business as usual is not an option ».

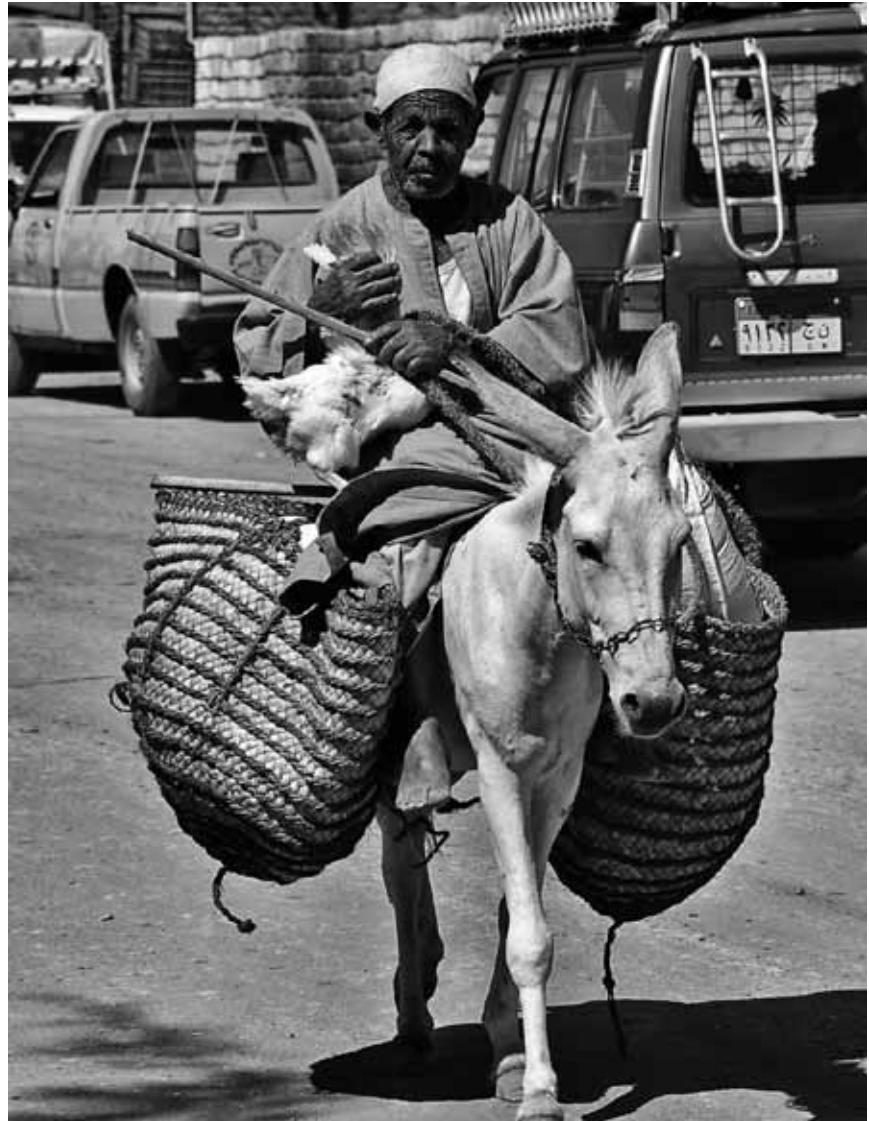
Que peut apporter la Conférence des Nations-Unies pour le développement durable qui aura lieu en juin 2012 (Rio +20) ? Pour la première fois, la transition vers une économie verte est au centre des débats. Rio+20 est une opportunité unique pour positionner au niveau multilatéral une agriculture durable et multifonctionnelle comme un des piliers d'une économie verte au service du développement durable et de la lutte contre la pauvreté. Il ne peut pas y avoir d'économie verte sans agriculture durable.

Ceci doit se traduire par des propositions d'action concrètes au niveau international en partenariat avec tous les acteurs pour augmenter la production mondiale et surtout sa disponibilité, renforcer la résilience économique et environnementale des systèmes de production et améliorer les conditions de vie dans les zones rurales.

L'expérience suisse permet de suggérer quelques pistes comme :

- L'intensification durable des systèmes de production par une utilisation plus efficiente des ressources naturelles;
- La réduction des pertes et du gaspillage alimentaire ;
- Le développement de mécanismes pour rémunérer les contributions environnementales fournies par l'agriculture ;
- Le maintien de surfaces suffisantes de terres agricoles fertiles ;
- L'amélioration de la transparence des marchés ;
- L'augmentation des investissements dans la recherche, la formation, la vulgarisation et les infrastructures à même de faciliter l'accès aux marchés à tous les producteurs ;
- La promotion des pratiques de consommation durable ;
- Le renforcement des droits économiques et sociaux comme un élément central de la souveraineté alimentaire ;
- Une collaboration efficace de tous les acteurs, notamment par le biais de partenariats public-privé.

Une agriculture, basée sur des structures familiales où souvent les femmes jouent un rôle majeur, est dans la plupart des régions du monde, la mieux à même d'atteindre les trois objectifs d'efficience, de stabilité et de développement rural. Leurs besoins spécifiques ont été insuffisamment pris en compte jusqu'ici. Rio +20 doit poser les bases d'une réelle prise en compte de leurs besoins dans les politiques agricoles et de développement.



«Rio +20 doit repositionner l'agriculture durable comme un élément central de l'économie verte pour le développement, la lutte contre la pauvreté et la sécurité alimentaire.»

La déclaration politique, qui sera adoptée en juin, ne sera qu'une étape. Le succès de Rio +20 ne pourra être mesuré qu'à l'aune de l'impact d'initiatives et de résultats concrets. Dans le secteur agricole, la Suisse travaille déjà étroitement avec la FAO sur plusieurs initiatives multiparténaires comme les directives volontaires pour des régimes fonciers responsables, le partenariat pour le développement durable du secteur de l'élevage ou encore le programme pour promouvoir une consommation durable des denrées alimentaires.



François Pythoud, 1958, est responsable du Secteur Agriculture durable à l'office fédéral de l'agriculture. Il est en charge de la FAO et du dossier agriculture durable dans le cadre de l'OCDE, des accords multilatéraux pour l'environnement et de la Commission des Nations Unies pour le développement durable. A ce titre il est aussi impliqué dans la préparation de Rio+20. Depuis 2010 il est vice-président du Comité de l'agriculture de la FAO. Biogiste de formation, détenteur d'un doctorat en sciences naturelles de l'Université de Fribourg, il a plus de 20 ans d'expérience internationale en politique et négociation agricole et environnementale.

Education au développement durable: Eclairage sur la situation actuelle et les perspectives d'avenir

• • • •

Benedikt Hauser
benedikt.hauser@sbf.admin.ch



En Suisse, l'éducation au développement durable se distingue par sa grande diversité: alors qu'elle fait déjà partie intégrante du plan d'études des écoles primaires de Suisse romande, elle ne sera vraisemblablement introduite dans les programmes de Suisse alémanique qu'en 2014. Au niveau

de la formation professionnelle et de la maturité gymnasiale, son intégration dans les programmes n'en est qu'aux balbutiements. En revanche, les Universités et les Ecoles polytechniques offrent une large palette de cours et de sujets de recherche.

L'éducation au développement durable, qui comprend l'éducation à l'environnement, la promotion de la santé, l'éducation aux droits humains, la formation politique en général et la sensibilisation à la mondialisation, est un champ thématique si vaste que les conflits d'intérêts sont inévitables. L'idée n'est donc pas de chercher à éliminer définitivement les divergences de vue, mais de développer une approche efficace et créative pour aborder la grande diversité rencontrée dans ce domaine.

En cette matière, la Suisse peut parfaitement tenir la comparaison avec l'étranger. La liste des exemples est longue. Mentionnons les initiatives suivantes:

- La Conférence suisse de coordination pour l'éducation au développement durable réunit des représentants de sept offices fédéraux et de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP); son but est d'élaborer en continu les conditions nécessaires à une politique nationale cohérente visant l'intégration de l'éducation au développement durable dans le système suisse de formation.
- L'agence nationale spécialisée en éducation au développement durable apportera, à partir de 2013, son soutien aux écoles et aux Hautes écoles pédagogiques de toute la Suisse pour la réalisation de leurs projets dans le domaine de l'éducation au développement durable.

- Le programme de la Conférence universitaire suisse (CUS) a pour but d'examiner et d'optimiser les possibilités d'intégration du développement durable dans l'enseignement et la recherche des Universités.
- Le centre de formation du WWF a créé de nouveaux métiers, par exemple dans le domaine du solaire.
- Enfin, un très grand nombre d'initiatives fortifient l'éducation au développement durable dans notre pays grâce à l'engagement de leurs membres; leur liste est trop longue pour être énumérée ici.

Certes, il serait très présomptueux de proposer des recettes universelles pour assurer l'avenir. Néanmoins, quelques points méritent d'être rappelés:

- L'éducation au développement durable ne s'implantera à long terme que si elle peut s'appuyer sur des données scientifiquement fondées pour montrer en toute transparence à quoi elle contribue.
- Il ne faut pas confondre diversité avec fantaisie ou encore avec liberté d'action sans limites. L'éducation au développement durable en Suisse, si diverse qu'elle soit, ne pourra porter ses fruits que si elle parvient à instaurer une cohérence transcendant les thématiques ou domaines politiques sectoriels, et à définir clairement son interface avec les nouveaux champs d'action que sont les technologies propres et l'économie verte.

- L'éducation au développement durable ne s'arrête pas aux frontières nationales. Elle ne laisse aucune place au nombrilisme et au repli sur soi. Elle doit pouvoir constamment progresser et se construire dans un environnement international qu'il faut renforcer et pérenniser.

(traduction)



Benedikt Hauser, 1954, a étudié l'histoire et les lettres romanes. Il est chef suppléant du domaine Education du Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER). Auparavant, il a enseigné au gymnase de Liestal, travaillé au Crédit suisse, puis participé aux travaux de la Commission Indépendante d'Experts Suisse-Seconde Guerre Mondiale.

Responsabilités et marge de manœuvre de la Suisse dans le contexte de la mondialisation

• • • •

Andrea Ries
andrea.ries@deza.admin.ch



En 1992, la Conférence de Rio de Janeiro avait éveillé d'immenses espoirs. Les pays industrialisés s'étaient engagés à maintenir leur propre consommation de ressources dans des limites respectueuses de l'environnement. Ils avaient également promis d'apporter un soutien technique et financier au développement des pays du Sud.

Vingt après, le bilan est mitigé. Néanmoins, la coopération internationale reste le seul moyen de répondre aux défis urgents de la planète. Appliquée au développement, elle est devenue un instrument incontournable pour faire émerger une mondialisation respectant à la fois les sociétés humaines et l'environnement.

La déclaration de Rio, formulée au Sommet de la Terre de 1992, a constitué une importante percée vers une politique internationale de l'environnement et éveillé l'espoir d'un développement durable au niveau planétaire. Pour la première fois, les pays industrialisés reconnaissaient que leur prospérité reposait en partie sur le pillage de l'environnement et qu'elle se construisait au détriment des pays en développement. De cette reconnaissance est née la responsabilité particulière qu'ils ont endossée lorsqu'ils se sont engagés à réduire leur consommation de ressources et à soutenir le développement des pays les plus pauvres. A Rio, les pays en développement se sont vus confirmer leur droit au développement et promettre une aide financière et technique. Cela impliquait néanmoins l'engagement de respecter l'environnement. L'objectif était de parvenir à un développement équitable et durable au Nord comme au Sud.

Le développement durable, gage de stabilité

Aujourd'hui, 20 ans plus tard, plusieurs de ces promesses n'ont pas été tenues. La consommation dans l'hémisphère Nord, toujours croissante, s'est éloignée des objectifs de durabilité. De plus, dans les pays émergents tels que la Chine, l'Inde, le Brésil et la Russie, la classe moyenne en forte progression imite le mode de vie occidental, grand gaspilleur de ressources. La pression sur les ressources a donc considérablement augmenté dans le monde entier. Les retombées négatives s'abattent surtout sur les pays en développement. Les plus pauvres en sont les premières victimes, car ils n'ont pas les moyens économiques et politiques de s'adapter aux changements environnementaux. Les populations rurales, en particulier en Afrique, sont particulièrement touchées. Du coup, les ressources en voie de raré-



Exemple de la collaboration internationale dans le domaine de la sylviculture. A la frontière de Sindhupalchowk et

Source: Pokharel B. K and A. Mahat (2009). Kathmandu to Jiri: A photo Journey, jointly published by Nepal Swiss Co

faction sont encore davantage surexploitées. En Afrique, 40 % des terres agricoles sont touchées.

Dans de nombreuses régions du monde, la pénurie d'eau s'accroît. Les ressources génétiques animales et végétales diminuent. Les forêts tropicales sont rasées. Ces tendances négatives sont accentuées par l'absence de règles internationales prévoyant une répartition équitable des ressources. Des investisseurs internationaux achètent des terres fertiles dans les pays du Sud pour engranger des bénéfices en spéculant sur les denrées alimentaires. La concurrence pour l'accès aux ressources exacerber les conflits locaux et régionaux. Il en résulte une instabilité politique et des mouvements migratoires.

Rio+20 se déroulera dans un contexte de tensions aggravées et d'inégalités croissantes à l'échelle planétaire. La durabilité n'est donc pas un luxe, mais un impératif pour assurer la stabilité et la sécurité dans un monde globalisé. Le Nord et le Sud ne pourront maîtriser ces défis que par une politique commune de coopération internationale. La Suisse, qui profite de l'économie mondialisée, porte à cet égard une responsabilité particulière. En

s'engageant avec détermination pour le développement durable, elle peut en même temps protéger durablement ses propres intérêts.

La répartition équitable des richesses, une priorité

Par sa politique de coopération au développement, la Suisse apporte une contribution importante aux efforts entrepris en faveur d'un développement durable à l'échelle planétaire. Avec le nouveau Message du Conseil fédéral concernant la coopération internationale 2013-2016 – que les Chambres fédérales vont examiner cette année, puis sur lequel elles se prononceront –, la Suisse se dote d'une assise solide pour construire son avenir. Elle bénéficie d'une expérience de plusieurs décennies dans des programmes de développement orientés sur la durabilité.

Le programme sylvicole Suisse-Népal est un exemple illustrant cette tradition: dans ce pays himalayen, on observe ces deux dernières décennies un net rétablissement des forêts jusqu'alors surexploitées, et simultanément, une amélioration des condi



Dolakha 1977 et 2005

Community Forestry Project, Swiss Agency for Development and Cooperation and Swiss Intercooperation

tions de vie de nombreuses communautés villageoises pauvres. La clé de ce succès est l'implication directe de ces populations dans l'exploitation forestière. Les villages ont repris la responsabilité de l'exploitation durable et ont reçu en contrepartie une part des recettes de l'exploitation sylvicole. De tels modèles d'exploitation durable des ressources naturelles, combinés à une répartition équitable des richesses, sont des éléments essentiels de la coopération suisse au développement.

L'internationalisation des conflits

L'internationalisation des conflits sur les ressources appelle toutefois de nouvelles approches générales dans le cadre de la coopération internationale. Les programmes globaux dans les domaines de l'eau, de la sécurité alimentaire et du climat, prévus par la coopération suisse au développement, donnent une réponse à cette dynamique. Ils visent surtout les pays émergents tels que la Chine, l'Inde ou le Brésil. Pour ces économies à croissance rapide, il est important de mettre en place tout de suite des jalons indiquant la voie d'un développe-

ment économique et social durable. La Suisse tente ainsi de coupler le développement durable et la lutte contre la pauvreté. En effet, en dépit de leur fulgurant développement, ces pays hébergent plus de la moitié des pauvres de la planète.

Dans ses programmes globaux, la Suisse propose des instruments et des technologies innovantes dans les domaines des sciences, de l'économie et de la sociologie politique. Sur les hauts-plateaux du Pérou, les autorités locales reçoivent un soutien pour contrer efficacement les conséquences des changements climatiques. Le projet suisse mise sur un système d'observation et de modélisation des données et tendances climatiques à long terme. Ces données seront utilisées pour prévoir, avec les autorités locales et la population, des dispositions concernant la gestion de l'eau, la sécurité alimentaire et la prévention des catastrophes.

La Suisse renforce également son engagement dans des régions extrêmement pauvres, comme dans la corne de l'Afrique. Les gouvernements en place sont trop faibles et trop instables pour protéger efficacement leur population contre les incidences locales des

changements globaux. Ces populations sont donc particulièrement touchées par les changements climatiques et les conflits d'accès aux ressources. La mise en place d'un cadre institutionnel durable, fondé sur une légitimité démocratique, et le soutien des populations locales par la mise en œuvre de programmes conformes aux principes du développement durable, par exemple pour l'élevage du bétail, contribuent à atténuer la fragilité écologique et sociale de cette région.

L'objectif de la conférence de Rio+20 est de jalonner la voie qui permettra de maîtriser les défis qui se posent à l'échelle de la planète, dans le respect des principes de développement durable. Cela nécessite une pesée équitable des intérêts entre pays riches et pays pauvres, fondée sur des règles de comportement acceptées par tous. Le Nord comme le Sud bénéficient des mêmes droits d'accès aux ressources vitales et doivent préserver ces dernières pour les générations futures. L'émergence d'un tel cadre nécessite des accords internationaux contraignants et une répartition équilibrée des charges. Par sa coopération au développement, la Suisse apporte une contribution importante aux efforts entrepris pour favoriser une mondialisation à la fois équitable sur le plan social et respectueuse de l'environnement.

(traduction)



Andrea Ries, 1962, a fait des études de sciences naturelles et d'économétrie à Zurich et à Londres. Elle a été responsable pendant dix ans des programmes internationaux pour l'utilisation durable des ressources au WWF Suisse et a travaillé à la Banque mondiale comme conseillère du développement social. Depuis 2010, elle est responsable de la durabilité et des affaires multilatérales à la Direction du développement et de la coopération (DDC).

Où va le développement durable?

<p>En quoi vous sentez-vous concerné(e) aujourd’hui par les Conférences de Rio et de Johannesburg, et par le développement durable?</p>	<p>Quel est, à votre avis, la plus belle réussite de la Suisse depuis 1992 dans le domaine du développement durable?</p>  <p>Ganiele Ganser 1972, a étudié l'histoire et la politique internationale à l'université de Bâle et à la London school of economics and political science. Il dirige aujourd'hui le Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) de Bâle.</p>	<p>Quel est le plus grand revers de la politique de développement durable de la Suisse depuis la Conférence de Rio?</p>	<p>L'abandon de l'énergie nucléaire et l'introduction de la taxe CO₂ sur les combustibles sont de belles réussites. C'est bien aussi que la Suisse ne participe pas aux guerres pour la maîtrise des ressources et qu'elle ne se soit pas engagée avec son armée dans une guerre du pétrole.</p>	<p>Je ne comprends pas que la taxe CO₂ ne soit pas également prélevée sur les carburants. Nous avons seulement le centime climatique, qui est peu efficace. Ce serait bien que nos toits arborent davantage d'installations thermiques et photovoltaïques. Nous pourrions remplacer le pétrole et reconquérir notre indépendance énergétique.</p>	<p>Faire preuve de patience et de finesse par rapport au problème bien connu, mais délicat, du mitage du paysage. Je sais que les solutions ne sont pas simples.</p>	<p>Améliorer l'efficacité de nos processus, c'est bien; mais se demander si notre mode de vie pourrait être plus durable que la durabilité isolée, c'est mieux. Il est urgent que notre société réfléchisse davantage à son mode de consommation. Premièrement se demander quoi, du Conseil fédéral est fort enthousiant.</p>

La durabilité est ma motivation principale dans mon engagement politique. Les solutions durables ne peuvent être élaborées que par la communauté internationale. Cependant, la Suisse doit faire du développement durable sa première priorité, pour ses propres affaires également.

Depuis 1992, la question énergétique a évolué en profondeur. La nécessité de promouvoir les énergies renouvelables est aujourd’hui une évidence. La Suisse doit jouer dans ce domaine un rôle exemplaire au plan technique et politique.

Le développement durable est un thème transversal; il est par conséquent indispensable que la durabilité soit pas considérée isolément. Voir l'économie verte faire son entrée dans la nouvelle stratégie pour le développement durable 2012-2015 du Conseil fédéral est fort enthousiant.

Trop de consommateurs semblent encore ne suivre

Puisque nous vivons dans un monde dominé par le marketing, peut-être faut-il utiliser

Franziska Wenk
1981, institutrice et juriste, est militante chez les Verts (membre

Le développement durable s'est affranchi des étiquettes simplistes, Il ne s'agit plus

et présidente 2012 du législatif communal de St-Gall, députée du

que des raisonnement pu-

lement économiques: si un

et président du comité suisse de l'ONG

d'un concept pour idéalistes

autant qu'un choix rationnel

choix de consommation du-

table coûte un peu plus cher,

la politique de développement.

réveurs, mais d'une vision de

l'économie et de la société

qui convainc de plus en plus

cela devient trop souvent une

Barbara Conrad
1977, conseillère économique,

incitatives font défaut parce

d'investisseurs et de décideurs,

excuse (dans une logique à

très court terme) pour ne pas

Membre de Berne, active dans

que je peux me permettre.

Pour beaucoup, les éléments

pour trouver les informations

l'effectuer.

La Déclaration de Berne, active dans

Pour vivre de manière du-

urable, c'est une question de

conscience et d'éthique tout

autant qu'un choix rationnel

que je peux me permettre.

Pour beaucoup, les éléments

qui convainc de plus en plus

incitatives font défaut parce

que je peux me permettre.

Barbara Conrad
Ufficio per lo sviluppo economico,

incitatives font défaut parce

que je peux me permettre.

Pour beaucoup, les éléments

que je peux me permettre.

Cantone Ticino

que je peux me permettre.

Pour beaucoup, les éléments

que je peux me permettre.

que je peux me permettre.

Six personnalités s'interrogent sur le développement

durable, en Suisse et à l'étranger.

 <p>Natacha Litzisdorf 1968, Diplômée en science politique (UNIGE), avec une formation post-grade en écologie et en sciences de l'environnement (UNINE). Directrice de l'ONG équiterre, association nationale à but non lucratif.</p>	<p>L'organisation équiterre pour laquelle je travaille a représenté les ONG environnementales à Rio et à Johannesburg dans la délégation suisse officielle. De retour, elle a été pionnière en proposant, au Canton de Genève, le premier Agenda 21 local.</p>	<p>La Suisse, ses cantons et ses communes ont démontré leurs capacités à intégrer de façon inventive et diversifiée les principes et objectifs de durabilité, dans leurs pratiques institutionnelles (gestion du budget de l'Etat et politiques publiques).</p>	<p>Le plus grand point faible est de ne pas avoir pris clairement position pour une soutenabilité forte ou faible, et d'avoir opté pour une ligne médiane. Ça ne permet pas d'avoir la vision politique nécessaire pour guider l'action publique de manière efficiente.</p>	
 <p>Dominique Bourg 1953, Professeur à l'Université de Lausanne, Institut des Politiques Territoriales et de l'Environnement Humain (IPTEH). Ancien membre du Conseil national du développement durable de la France.</p>	<p>J'étais enthousiaste en 1992, croyais alors en la possibilité de découpler la croissance du PIB de la consommation de ressources. Je commençais à devenir sceptique en 2002 et depuis 2006-2007 je ne suppose plus cette notion de développement durable qui semble osciller entre le piège et le cache sexe.</p>	<p>Le vote de la récente initiative sur les 20 % de résidences secondaires qui marque me semble-t-il un tournant. Pour la première fois la préservation de la nature l'emporte sur des considérations économiques de court terme, bénéficiant à un nombre restreint de personnes.</p>	<p>Plus généralement, la Suisse est victime de sa richesse. L'impact global des Suisses est en effet relativement lourd : les émissions de carbone au regard des importations et de l'énergie grise, ou celles attachées au parc automobile, sont parmi les plus hautes d'Europe.</p>	
 <p>Lavinia Sommaruga Bodeo 1958, travaille depuis 24 ans à Alliance Sud. Elle a publié trois ouvrages spécialisés : «Per un'economia di equità nella dignità», «OSARE», «Imprenditori di cambiamento».</p>	<p>La conférence de Rio a fait naître beaucoup d'espoir. Elle a permis, au Tessin, d'organiser des échanges interactifs entre la population et les autorités, lors de soirées publiques placées sous le signe de la responsabilité et de la participation. On a aussi vu naître de nombreuses actions liées à des processus LA 21 locaux et soutenus par le Groupement cantonal pour le développement durable (Grussti).</p>	<p>En 2011, le Conseil fédéral a pris la décision historique de sortir du nucléaire en 2034. C'est un succès! La Terre est notre unique planète et le développement durable est la concrétisation de l'amour de la vie et de la dignité des personnes, à tous les niveaux et partout dans le monde. Cette décision exprime un refus magistral de la résignation et de l'indifférence.</p>	<p>Les Etats présents à Rio ont pris l'engagement politique de créer des organismes nationaux responsables du développement durable. En Suisse, ceux-ci n'ont cependant pas reçu les compétences nécessaires pour mener à bien leurs tâches. Or, il y a trop de pauvreté dans le monde et nous ne pouvons pas rester en retrait face à tant de souffrances.</p>	

Gaspiller durablement?

Philippe Löpfe
philippe.loepfe@tamedia.ch

Bernard Mandeville (1670-1733) était un médecin hollandais, théoricien social, qui a passé la plupart de sa vie d'adulte à Londres. Il est célèbre pour sa Fable des abeilles qui, lors de sa parution en 1714, a suscité un fort émoi. Interdit un peu partout, cet opuscule a même été brûlé en public en France. Pourquoi tant d'agitation? Dans cette fable, une ruche d'abeilles prie Jupiter de créer une société juste. Le souhait est exaucé, mais le résultat est catastrophique pour les abeilles, qui perdent leur travail. En effet, sans crimes ni guerres, point besoin de policiers ou de soldats. Les tribunaux sont superflus. Luxe et lucre disparaissent. L'essaim d'abeilles se raréfie. Les dernières survivantes sont finalement chassées de leur ruche par un autre essaim. Morale de l'histoire: il n'existe pas de commerce sans tromperie, pas d'autorité sans subordination ou corruption, pas de prospérité sans vice.

A supposer que Mandeville écrive sa fable aujourd'hui, que demanderaient nos abeilles modernes? – Une société durable, probablement! Ce souhait exaucé, une catastrophe s'abattrait-elle? Selon la logique de Mandeville, une sorte de spirale de l'appauvrissement se mettrait en route: les personnes qui adopteraient un comportement durable se contenteraient du strict nécessaire. Elles

auraient horreur du gaspillage, seraient disciplinées et réfléchies. Pour la société de consommation moderne, un tel comportement serait dévastateur: la demande disparaîtrait, le chômage exploserait et tout cela déboucherait sur un chaos social. Finalement, un nouvel essaim arriverait – les Chinois, par exemple – pour chasser les derniers survivants d'Europe. Les cyniques auraient-ils donc raison? Pour se maintenir, notre société doit-elle se montrer rapace et hédoniste?

Quand Mandeville a écrit sa fable, la terre ne comptait que quelques centaines de millions d'habitants. Aujourd'hui, il y en a plus de sept milliards. Les changements climatiques et la raréfaction des matières premières laissent penser que l'on s'approche des fameuses limites de la croissance, dont on a beaucoup entendu parler. Ce n'est pas un hasard si la discussion lancée par le Club de Rome dans les années 1970 refait surface. Certes, on peut ergoter sur le calcul exact de l'empreinte écologique ou sur l'ampleur de la surpopulation. Néanmoins, toute personne de bon sens ne pourra éluder la question de fond: si les Chinois, les Indiens, les Africains et les Sud-américains veulent vivre comme nous et par conséquent, consommer autant d'énergie que nous, la planète n'arrivera pas à faire face et le collapsus écologique sera iné-

vitable. La durabilité n'est donc tout simplement plus une option d'ordre moral, mais un impératif pour assurer la survie de notre société moderne. Admettre cette nécessité est une chose, agir en conséquence en est une autre. Rares sont les ascètes-nés et ceux-ci ont souvent tendance à traiter leur prochain de parasite. A leurs yeux, la durabilité n'existe que si l'on efface l'humanité. Et s'il est inévitable de s'accorder de tous ces gens, il faut les surveiller et leur imposer des restrictions au nom de l'éco-efficacité. Michael Braungart, professeur d'ingénierie des processus et de chimie et co-inventeur du principe «du berceau au berceau», c'est-à-dire de l'idée qu'il est possible de créer et de recycler tous les produits à l'infini, dénonce le cynisme de cette misanthropie: «Si je regarde un enfant, je me dis: bienvenue dans ce monde! Et non pas: maudite surpopulation!»

Mais peut-on allier durabilité et hédonisme? Peut-on dompter l'égoïsme, la prédation et le vice et les rendre bénéfiques pour notre société moderne? Oui, répond Braungart: non pas en consommant moins, mais en consommant intelligemment. Consommer intelligemment signifie en premier lieu éviter de produire des déchets. Tous les matériaux sont décortiqués en deux cycles: l'un est biologique et l'autre technique. Les chaussures ou les plaquettes de frein, les produits de lessive ou les textiles sont donc fabriqués de telle manière qu'ils puissent être utilisables dans leur cycle biologique, qu'ils soient

comestibles par exemple, ou compostables. Les matériaux techniques, souvent hautement toxiques, en raison du plomb, du cuivre ou du mercure qu'ils contiennent, sont intégrés à un cycle technique et recyclables à l'infini. Les décharges et les installations d'incinération des déchets appartiennent au passé.

«(Je suis) une partie de cette force qui veut toujours le mal, et fait toujours le bien» dit le Méphistophélès de Goethe. Dans notre société numérique, il dirait: «Je suis un consommateur qui veut se faire plaisir, mais aussi être au service de l'environnement.»

(traduction)



Après ses études d'anglais et d'ethnologie, Philipp Löpfe, 1953, s'est tourné vers le journalisme. Il a ensuite suivi une formation à l'école de journalistes Ringier. Cinq ans plus tard, il est rédacteur en chef du Sonntagsblick. Il s'est ensuite réorienté vers le journalisme économique pour devenir pigiste et rédacteur en chef suppléant du magazine CASH, tout en préparant et réussissant un MBA à l'Université de St-Gall. En 1998, il a intégré la direction du Tages-Anzeiger. D'abord rédacteur suppléant, il est le rédacteur en chef de 1999 à 2002. Désormais journaliste indépendant, il écrit principalement sur des thématiques liées aux relations internationales, à la politique et à l'économie.

Editoriale

Doris Leuthard, consigliera federale
Capo del DATEC



**«L'economia verde, un compito centrale
dello sviluppo territoriale»**

A giugno, la comunità internazionale si riunirà in occasione della Conferenza ONU Rio+20. Si provvederà a tracciare un bilancio degli sforzi finora sostenuti a favore dello sviluppo sostenibile e si stabiliranno le priorità per i prossimi decenni: a livello di contenuti, un'economia verde dovrebbe fornire maggiore spinta allo sviluppo sostenibile, mentre a livello istituzionale si dovranno migliorare le condizioni quadro. I negoziati internazionali riguardanti i temi della sostenibilità sono sempre difficoltosi. Le divergenze tra gli Stati e le regioni del mondo sono evidenti. Ciò nonostante, la Svizzera si impegna con risolutezza per trovare soluzioni comuni al fine di conferire alla sostenibilità maggiore peso. In considerazione delle insicurezze sul piano internazionale si ergono anche in Svizzera voci dubiose riguardo all'impegno del nostro piccolo Paese per la sostenibilità globale. Questo scoramento è sbagliato.

Sono convinta che il proseguimento e anzi il rafforzamento del ruolo d'avanguardia in materia di politica della sostenibilità andrà a vantaggio del Paese.

Due sono i motivi: prima di tutto, la constatazione che l'energia e le altre risorse naturali diminuiscono rapidamente, diventando quindi costose, non da ultimo in seguito alla forte crescita economica di Paesi come la Cina o l'India. Per la Svizzera, povera di materie prime, sarà un vantaggio convertire precocemente la propria economia a un'utilizzazione efficiente delle risorse. In secondo luogo, dall'impegno complessivo per uno sviluppo sostenibile del mercato nazionale sorgono nuove prospettive anche per il settore delle esportazioni. La piazza economica svizzera con i suoi ottimi centri di formazione e il suo innovativo settore cleantech, dovrebbe sfruttare appieno questo potenziale. Se la Conferenza ONU Rio+20 pone il tema dell'economia verde al centro, sarà



tutto a vantaggio degli interessi propri della piazza produttiva e di ricerca svizzera. Con economia verde non si intende solo un'utilizzazione efficiente di energia e materie prime. Infatti, in senso generale, anche il suolo, il territorio, il sistema dei trasporti e altri sistemi d'infrastrutture fanno parte dell'economia verde. In futuro, ad esempio, le dimensioni ridotte del nostro Paese ci impongono un'utilizzazione più accorta del suolo. La protezione del paesaggio ha trovato espressione anche nella decisione popolare sulle residenze secondarie. Una pianificazione ottimizzata e coordinata dello sviluppo degli insediamenti e delle infrastrutture permette di risparmiare non solo il suolo ma anche costi. Costose urbanizzazioni possono essere limitate allo stretto necessario. L'obiettivo dell'economia verde è quindi un'utilizzazione il più efficiente possibile del suolo e delle infrastrutture a vantaggio dell'ambiente, dell'economia e della società.

Quando parlo di opportunità economiche dell'economia verde non penso solo alle possibilità di esportazione legate alle tecnologie per l'efficienza come nel caso degli impianti di depurazione delle acque. Auspico in generale un maggiore effetto di fatto internazionale del nostro Paese in settori come i sistemi di trasporto intelligente, l'impiantistica negli edifici o le soluzioni innovative nella pianificazione del territorio. L'ARE in quanto Ufficio di coordinazione per lo sviluppo sostenibile, la pianificazione del territorio e i trasporti è direttamente coinvolto in tutte le sue attività nell'economia verde. Esso fornisce un contributo centrale per preparare la Svizzera ad affrontare le sfide del futuro. Usiamo quindi la Conferenza di Rio+20 come occasione e motivazione per rafforzare il nostro impegno per uno sviluppo sostenibile all'interno e all'esterno.

(traduzione)



Il futuro della politica per uno sviluppo sostenibile

• • • •

Daniel Wachter
daniel.wachter@are.admin.ch



In occasione della Conferenza delle Nazioni Unite Rio+20, la comunità internazionale definirà gli indirizzi di una futura politica globale per uno sviluppo sostenibile. Anche per la Svizzera questo significherà un impegno più energico nell'attuazione degli accordi internazionali come l'Agenda 21 e le Convenzioni sul clima e sulla diversità bio-

logica. Necessaria sarà anche la trasformazione celere della nostra economia in un'economia verde. Un tale rafforzamento della nostra politica per uno sviluppo sostenibile necessita di adeguate condizioni quadro istituzionali. Il Consiglio federale risponde a questa sfida con il varo della Strategia per uno sviluppo sostenibile 2012-2015.

Quest'anno, dal 20 al 22 giugno, i Capi di Stato e di Governo si incontreranno a Rio de Janeiro in occasione della Conferenza ONU sullo sviluppo sostenibile. A un ventennio dalla prima Conferenza sull'ambiente e lo sviluppo tenutasi nello stesso luogo e dieci anni dopo il Vertice mondiale sullo sviluppo sostenibile di Johannesburg, la comunità internazionale dedicherà la sua attenzione a tre oggetti delle trattative che caratterizzano anche le priorità della politica svizzera in materia di sviluppo sostenibile:

- il rafforzamento dell'impegno nell'attuare le decisioni adottate dalle precedenti Conferenze;
- la creazione di un'economia verde nel quadro dello sviluppo sostenibile e della lotta alla povertà;
- il miglioramento delle condizioni quadro istituzionali per uno sviluppo sostenibile.

Le decisioni devono essere realizzate

In occasione della precedente Conferenza del 1992, i governi hanno approvato accordi internazionali di ampia portata: la Dichiarazione di Rio contenente 27 principi base dello sviluppo sostenibile, l'Agenda 21 come programma d'azione della Comunità internazionale per il 21° secolo, la Convenzione quadro sui cambiamenti climatici così come la Convenzione sulla diversità biologica e la Dichiarazione dei principi per la gestione sostenibile delle foreste.

Già il Vertice mondiale del 2002 evocava la necessità, tramite il Piano di attuazione di Johannesburg, di un maggiore impegno nella realizzazione di questi accordi. I progressi raggiunti finora sono però ancora insufficienti, come dimostrano ad esempio l'aumento incontrollato delle emissioni di gas a effetto serra o la rapida diminuzione della diversità biologica. In molti settori problematici, il mondo ha già su-

perato i limiti di sostenibilità del pianeta. Anche il problema della povertà si è aggravato: il numero delle persone che devono vivere con meno di 1,25 dollari il giorno si aggira ancora attorno al miliardo. Il Rapporto sullo sviluppo sostenibile 2012, presentato in questa edizione di forum, illustra il bilancio ambivalente del contributo svizzero verso uno sviluppo sostenibile. Il rapporto mostra chiaramente che l'impegno per l'attuazione delle decisioni di Rio va rinnovato e rafforzato anche nel nostro Paese. Il necessario adeguamento alle conseguenze dovute alle negligenze dell'ultimo ventennio risulterà sempre più importante. In particolare il surriscaldamento globale del clima non è più arrestabile, ma solo contenibile nelle dimensioni del suo aumento e nei suoi effetti a livello locale.

L'economia verde come ricetta contro la povertà

Con il lancio di una «economia verde nel quadro dello sviluppo sostenibile e della lotta contro la povertà», la Conferenza di Rio +20 intende proporre una via d'uscita dalla situazione d'impasse a livello economico, ecologico e sociale in cui si trova il mondo per aver trascurato le decisioni prese. Si mira a una trasformazione fondamentale del nostro sistema economico nel quadro di un nuovo orientamento dell'attività d'investimento verso settori ragionevoli dal punto di vista ecologico. Questo dovrebbe permettere di attivare potenziali economici e del mercato del lavoro compatibili con le esigenze di tutela dell'ambiente finora inutilizzati. Da un lato, in considerazione della forte crescita in Cina, India e Brasile, questa strategia acquista importanza per i Paesi emergenti, il cui sviluppo deve essere precocemente indirizzato all'economia verde. Dall'altro, anche nei Paesi dell'OCSE aumenta l'urgenza di un riorientamento sostenibile perché, viste le crisi dell'euro, degli isti-

tuti bancari e dell'indebitamento, oltre ad un consolidamento finanziario occorrono nuove prospettive di crescita. Queste ultime, per poter durare, devono fondarsi su una base ecologica solida. Anche in Svizzera, i settori economici verdi come il cleantech promettono possibilità economiche con potenziale d'esportazione. La Conferenza Rio+20 sarà incentrata sul legame tra l'ecologizzazione dell'economia e la lotta alla povertà. In particolare, l'obiettivo è la creazione di possibilità d'impiego «verdi». Nei Paesi dell'OCSE, vanno considerati altresì altri aspetti di assicurazione del futuro, come ad esempio il superamento della crisi dell'indebitamento e l'invecchiamento demografico con le loro conseguenze di ampia portata sulle finanze pubbliche e i sistemi pensionistici.

La sostenibilità deve essere maggiormente istituzionalizzata

Il fatto che la politica dello sviluppo sostenibile non abbia finora raggiunto i suoi obiettivi nella misura auspicata dipende, non da ultimo, anche da condizioni quadro istituzionali insufficienti. A livello globale, la Commissione delle Nazioni Unite per lo Sviluppo Sostenibile che avrebbe dovuto sorvegliare la realizzazione degli accordi del 1992 è risultata poco incisiva. Rio+20 deve ottenere dei progressi in tal senso, ad esempio tramite l'istituzione di un Sustainable Development Council dotato di competenze di sanzioni nel sistema ONU. Per quanto riguarda i singoli Paesi, i problemi sono simili. Gli uffici e gli organi responsabili per lo sviluppo sostenibile sono spesso deboli. La Svizzera può almeno vantare un processo di crescente consolidamento istituzionale. Agli inizi del 2012, il Consiglio federale ha adottato la sua quarta Strategia per uno sviluppo sostenibile. Essa è parte integrale del Programma di legislatura 2011-2015, il che, rispetto alle versioni precedenti, rappresenta un'impres-

Misure in corso	Nuove misure
1 – Proteggere il clima e gestire i pericoli naturali	
1a Prescrizioni sulle emissioni di CO ₂ applicabili alle automobili 1b Protezione contro i pericoli naturali	1-1 Politica climatica in Svizzera dopo il 2012 1-2 Piano d'azione in materia di aviazione e clima
2 – Ridurre il consumo energetico e promuovere le energie rinnovabili	
2a Programma SvizzeraEnergia	2-1 Strategia energetica 2050
3 – Garantire uno sviluppo sostenibile del territorio	
3a Potenziamento dei trasporti pubblici 3b Piano di misure «Trafico lento» 3c Mobilità innovativa e traffico del tempo libero 3d Proseguimento della politica degli agglomerati	3-1 Revisione della legge sulla pianificazione del territorio 3-2 Mobility Pricing
4 – Incrementare la produttività economica disaccoppiandola dal consumo di risorse ed energia; improntare il consumo ai principi dello sviluppo sostenibile	
4a Edilizia sostenibile 4b Politica integrata dei prodotti 4c Sviluppo della politica agricola 4d Masterplan Cleantech 4e Direzione aziendale responsabile 4f Sviluppo sostenibile nella politica del turismo	4-1 Promozione di un'agricoltura e una filiera alimentare sostenibili 4-2 Tecnologie dell'informazione e della comunicazione e sviluppo sostenibile
5 – Sfruttare le risorse naturali in maniera sostenibile	
5a Politica forestale 2020 e politica della risorsa legno 5b Sviluppo della politica delle sostanze chimiche 5c Promozione di una politica integrale del paesaggio	5-1 Strategia Biodiversità Svizzera
6 – Rafforzare la coesione sociale, promuovere lo sviluppo culturale e l'integrazione, individuare tempestivamente le sfide demografiche	
6a Alloggi di utilità pubblica	6-1 Sviluppo della politica di integrazione della Confederazione
7 – Migliorare la salute della popolazione	
7a Promozione generale dello sport e dell'attività fisica 7b Programma nazionale alimentazione e attività fisica 7c Abbattimento delle disuguaglianze in materia di salute	7-1 Rafforzamento dello sviluppo sostenibile nell'ambito della politica in materia di prevenzione
8 – Assumersi le proprie responsabilità nelle sfide globali legate allo sviluppo e all'ambiente	
8a Rafforzamento del regime ambientale internazionale 8b Commercio internazionale e investimenti	8-1 Rafforzamento della cooperazione allo sviluppo attraverso programmi nel settore dell'«economia verde» 8-2 Rinnovo degli obiettivi del Millennio all'insegna degli obiettivi di uno sviluppo globale sostenibile 8-3 Riforma e rafforzamento della governance globale per lo sviluppo sostenibile
9 – Assicurare a lungo termine il finanziamento delle finanze pubbliche e delle assicurazioni sociali	
9a Reporting dei rischi di bilancio	9-1 Ecologizzazione del sistema fiscale 9-2 Norme fiscali per le assicurazioni sociali
10 – Far leva su formazione, ricerca e innovazione per attuare con coerenza i principi dello sviluppo sostenibile	
10a Integrazione dell'educazione allo sviluppo sostenibile nel sistema formativo svizzero 10b Educazione non formale e informale allo sviluppo sostenibile	10-1 Integrazione dello sviluppo sostenibile nel mondo delle scuole universitarie

Misure intersettoriali
A Monitoraggio dello sviluppo sostenibile
B Valutazione della sostenibilità
C Promozione di processi e progetti locali di sviluppo sostenibile
D Collaborazione con altri gruppi di interesse

Tabella: misure della Strategia per uno sviluppo sostenibile 2012-2015

tante rivalutazione istituzionale. Questo crescente consolidamento è molto promettente. Va però evitata la creazione di strutture parallele per temi nuovi, ma affini allo sviluppo sostenibile come l'economia verde o le tecnologie pulite che complicherebbero a livello amministrativo il processo di sostenibilità.

La Strategia per uno sviluppo sostenibile del Consiglio federale

La Strategia per uno sviluppo sostenibile 2012-2015 varata nel gennaio del 2012 dal Consiglio federale, contiene risposte alle sfide sopra menzionate (vedi tabella).

- Gli accordi del 1992 devono essere realizzati con decisione. In questo senso, la Strategia, nel suo complesso, contribuisce prima di tutto all'attuazione a livello nazionale dell'Agenda 21. In secondo luogo, la Svizzera, tramite la misura denominata Politica climatica in Svizzera dopo il 2012, prosegue ulteriormente il suo impegno a livello di politica del clima con l'obiettivo di una riduzione del 20 percento delle emissioni di gas serra entro il 2020. Anche l'adattamento alle conseguenze dei cambiamenti climatici assume una crescente importanza in questo contesto. In terzo luogo, la misura Strategia Biodiversità Svizzera intende accelerare l'attuazione a livello nazionale della Convenzione sulla diversità biologica. In generale, grazie a numerose misure, anche l'impegno della Svizzera a livello di politica dello sviluppo sarà ulteriormente incrementato.

- L'economia verde rappresenta un tema centrale della Strategia 2012-2015: misure come l'edilizia sostenibile, la politica integrata dei prodotti, il Masterplan Cleantech, la direzione aziendale responsabile, lo sviluppo sostenibile nel turismo e la sostenibilità nel settore delle tecnologie dell'informazione e della comunicazione, rappresentano elementi importanti del Piano d'azione della Strategia federale. Essa indica

chiaramente la creazione di un'economia verde come un settore parziale dello sviluppo sostenibile. Ma gli obiettivi della Strategia vanno al di là di una semplice ecologizzazione del sistema economico. Ad esempio, il reporting dei rischi di bilancio e l'introduzione di norme fiscali per le assicurazioni sociali dovrebbero contribuire a finanze pubbliche sane e preservare la Svizzera da un indebitamento come quello che minaccia attualmente molti Stati europei.

- Per lo sviluppo delle condizioni quadro istituzionali nel senso della sostenibilità, il Consiglio federale intende proseguire nella direzione finora intrapresa del consolidamento graduale. In tal senso, nella rielaborazione del 2011 della guida in cui sono formulate le direttive per i messaggi del Consiglio federale al Parlamento, lo strumento della valutazione della sostenibilità è stato rivalutato. In futuro, i disegni di legge proposti dovranno considerare in modo più sistematico le ripercussioni sull'economia, l'ambiente, la società e sulle generazioni future. Anche la collaborazione tra Confederazione, Cantoni e Comuni così come la promozione da parte della Confederazione dei processi di sostenibilità a livello cantonale e comunale vanno proseguite e approfondate. Si intende così aumentare sostanzialmente il numero di attualmente 16 Cantoni e circa 220 Comuni che si impegnano nel quadro di un processo ufficiale di sostenibilità.

Il contributo svizzero alla Conferenza Rio+20

Questo orientamento strategico è espressione della volontà di rafforzare il ruolo centrale dello sviluppo sostenibile nell'assicurazione del futuro della Svizzera e contemporaneamente di fornire un contributo valido alla soluzione della problematica globale relativa alla sostenibilità. A Rio, la Svizzera si impegnerà in modo particolare per la formulazione di raccomandazioni il più possibile vincolanti agli

Stati al fine di incentivare un'economia verde quale settore parziale dello sviluppo sostenibile. Inoltre, la Svizzera si impegnerà per il rafforzamento delle condizioni quadro istituzionali (governance) relative alla sostenibilità a tutti i livelli: ad esempio a livello globale con una riforma efficace della Commissione per lo Sviluppo Sostenibile delle Nazioni Unite o, a livello nazionale, rivalutando il ruolo delle Strategie per la sostenibilità.

(traduzione)



Daniel Wachter, 1961, geografo, dirige la sezione Sviluppo sostenibile dell'ARE che coordina la politica dello sviluppo sostenibile in Svizzera. Insegna, inoltre, come professore titolare all'Università di Zurigo sul tema dello sviluppo sostenibile.

Da Rio 1992 a Rio+20: il monitoraggio dello sviluppo sostenibile evidenzia le tendenze

• • • •

Jana Wachtl
jana.wachtl@ bfs.admin.ch
Vincent Willi
vincent.willi@ bfs.admin.ch



Quanto è sostenibile lo sviluppo in Svizzera? Dove si situa la Svizzera nel confronto con altri Paesi? Il Rapporto sullo sviluppo sostenibile 2012 risponde a questi interrogativi. Esso si basa sul Monitoraggio del-

lo sviluppo sostenibile in Svizzera (MONET) che rileva i cambiamenti intervenuti a partire dal Vertice della Terra per l'ambiente e lo sviluppo tenutosi a Rio de Janeiro nel 1992.

Nell'anno di Rio+20, la Svizzera pubblica un rapporto statistico sulla sostenibilità redatto dagli Uffici federali di statistica, dello sviluppo territoriale e dell'ambiente e dalla Direzione dello sviluppo e della cooperazione. Il rapporto traccia un bilancio dei cambiamenti avvenuti durante l'ultimo ventennio in base al monitoraggio dello sviluppo sostenibile MONET, tenendo presente che il sistema di indicatori di MONET esiste dal 2003. Esso si basa su un quadro di riferimento, una tipologia di indicatori e un pacchetto di regole e criteri per la scelta degli indicatori.

Il Rapporto sullo sviluppo sostenibile 2012 affronta quattro domande fondamentali dedotte dalla definizione dello sviluppo sostenibile e dalle sue tre dimensioni solidarietà sociale, efficienza economica e responsabilità ecologica. Nel seguito, a titolo di esempio alcuni indicatori particolarmente significativi saranno posti in relazione con le quattro domande. Lo sviluppo è sotto osservazione dal 1992, rispettivamente dal primo rilevamento dei dati nel caso sia iniziato dopo il 1992.

Il soddisfacimento dei bisogni: qual'è la nostra qualità di vita al giorno d'oggi?

Lo stato di salute è un aspetto centrale della qualità della vita. Nel nostro Paese, la speranza di vita in buona salute cresce sempre di più, il che significa che questo indicatore si sviluppa nell'ottica della sostenibilità. Dal 2000, il livello generale di soddisfazione nella vita è costantemente alto: anche nel 2010, il 75 percento degli intervistati in Svizzera ha dichiarato di essere molto soddisfatto nella vita.

Un altro esempio nel soddisfacimento dei bisogni è il reddito. Nel confronto internazionale, il reddito disponibile equivalente, cioè il reddito medio pro capite si situa ad un alto livello, ma dal 1998 la situazione è stagnante.

Equità: come sono distribuite le risorse?

Nonostante una qualità della vita generalmente elevata, il benessere non tocca tutti in uguale misura. La disparità dell'accesso a risorse importanti come il reddito e la formazione persiste. Ad esempio, all'inizio del millennio il 20 percento della popolazione con il reddito più elevato guadagnava in media quattro volte di più del 20 percento della popolazione con il reddito più basso. Nel settore della formazione, pur diminuendo la differenza tra la quota di giovani svizzeri e di giovani di origine straniera che non seguono alcuna formazione dopo la scuola dell'obbligo, nel 2010 il numero dei giovani svizzeri che abbandonano precoce mente la scuola è nondimeno rimasto quattro volte inferiore. Nell'ottica di un'equa distribuzione a livello mondiale delle risorse naturali, l'impronta ecologica evidenzia che la Svizzera consuma sempre più prestazioni ambientali e risorse di quanto globalmente disponibile pro capite.

Lo sganciamento delle risorse: quanto siamo efficienti nel loro sfruttamento?

Per promuovere lo sviluppo economico e sociale senza danneggiare l'ambiente sono necessarie forme di produzione e di consumo razionali ed efficienti. Il calo dell'intensità materiale ed energetica, ossia il fabbisogno di materiale e di energia rispetto al prodotto interno lordo, indica un aumento dell'efficienza. Anche l'intensità di CO₂ del traffico individuale motorizzato diminuisce: per ogni chilometro-persona percorso viene emesso meno CO₂. Una contendenza si riscontra invece nell'aumento dell'intensità del traffico merci: il traffico merci cresce più dell'economia. Inoltre, come risulta dalla prossima domanda, si osserva un aumento assoluto del consumo di risorse.

La preservazione del capitale: cosa consegniamo ai nostri figli?

Affinché anche le generazioni future possano coprire le loro necessità, le risorse devono essere mantenute e rinnovate. Il miglioramento della situazione ambientale in Svizzera va in direzione della sostenibilità. Ad esempio, il tenore di fosforo nei laghi e la concentrazione delle polveri fini nell'aria sono diminuiti. Sviluppi negativi sono invece l'espansione delle superfici d'insediamento, l'aumento del consumo assoluto di materiale e il consumo di energia non rinnovabile. Questa panoramica degli indicatori di MONET evidenzia, accanto ai progressi, anche tendenze contrarie agli obiettivi dello sviluppo sostenibile in Svizzera. Il Rapporto sulla sostenibilità fornisce quindi un'importante base d'informazione per l'elaborazione di misure future.

Maggiori informazioni sul monitoraggio dello sviluppo sostenibile al sito: www.monet.admin.ch

(traduzione)



Jana Wachtl, 1979, ha studiato sociologia, informatica e MGU (Uomo-Società-Ambiente) a Basilea. Dal 2007 lavora presso l'Ufficio federale di statistica e dal 2010 è responsabile del monitoraggio dello sviluppo sostenibile in Svizzera (MONET).

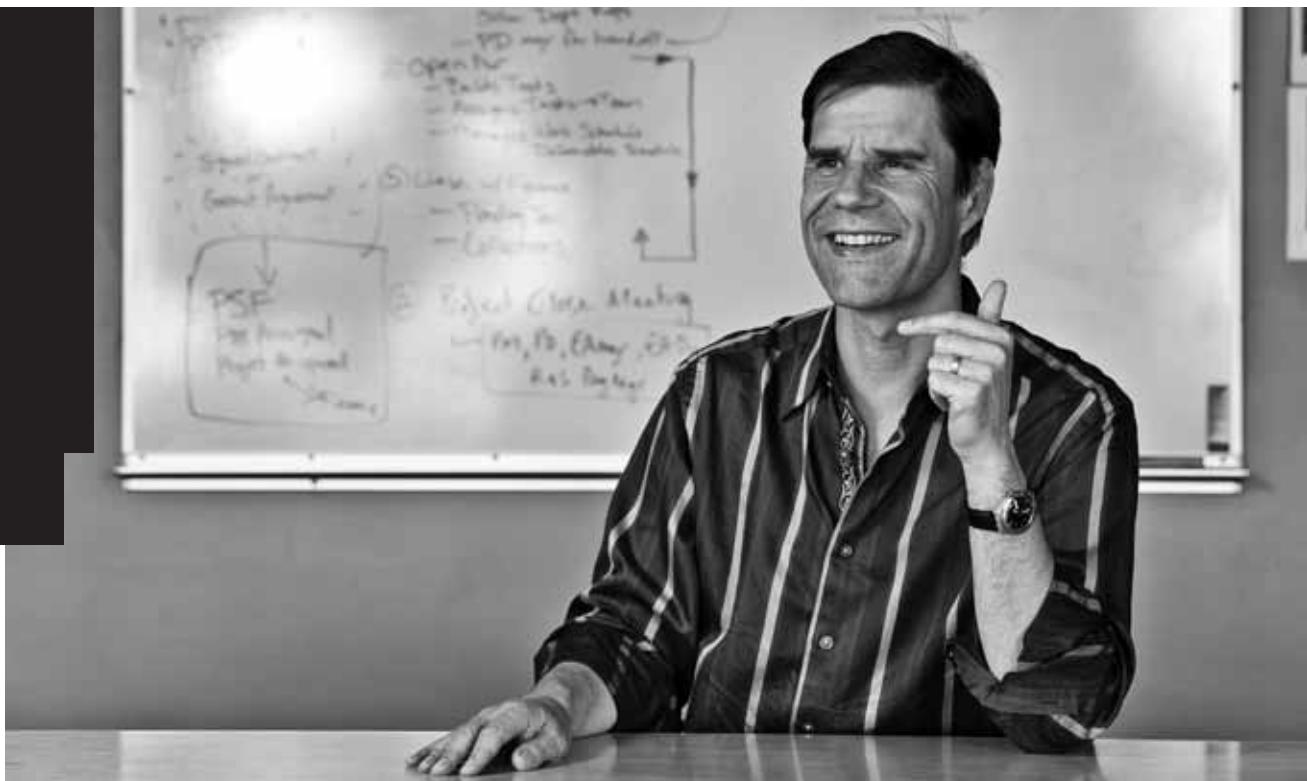


Vincent Willi, 1980, ha studiato scienze ambientali all'Università di Losanna e quindi idrogeologia all'Università di Neuchâtel. Dal 2011 lavora presso l'Ufficio federale di statistica come responsabile del progetto Rapporto sullo sviluppo sostenibile 2012.

«La svolta energetica è inevitabile»

• • • •

Intervista: Pieter Poldervaart
photo: Eric Slomanson, San Francisco



Invece di pilotare allegramente le nostre economie nazionali verso gli scogli della bancarotta ecologica, dovremmo concentrarci maggiormente sulla creazione di valore aggiunto e meno sulla crescita, raccomanda Mathis Wackernagel. Il fondatore del Global Footprint Network invita a rinunciare a basare le economie sullo sfruttamento predace delle risorse, in quanto la scarsità delle risorse influirebbe sempre più sul successo economico. I deficit ecologici comporterebbero quindi un crescente rischio economico. Chi si adeguerà tempestivamente

alla nuova situazione, si troverà sul versante dei vincenti.

Mathis Wackernagel, 1962, ha studiato ingegneria presso il Politecnico di Zurigo. Insieme a William Rees ha sviluppato il concetto dell'impronta ecologica per il suo lavoro di dottorato presso l'Università della British Columbia a Vancouver. Wackernagel è presidente dell'organizzazione internazionale Global Footprint Network e professore ospite presso l'Università Cornell a New York. Nel 2007 ha ricevuto la laurea honoris causa dell'Università di Berna e lo Skoll Award for Social Entrepreneurship. Nel 2011 gli è stato conferito il premio Zayed International Prize for the Environment degli Emirati Arabi Uniti.

Signor Wackernagel, quanti chilometri ha percorso in aereo nel 2011?

L'anno scorso sono stati 195'000 chilometri, che corrispondono a circa 6'500 litri di cherosene. Per assorbire la corrispondente emissione di CO₂ sono necessari almeno quattro ettari di produttività media per un anno. Purtroppo, globalmente abbiamo a disposizione solo 1,8 ettari di superficie biologicamente produttiva pro capite. Una parte, inoltre, andrebbe riservata agli animali selvatici perché anche le tigri, le balene e le farfalle non vivono di sola aria...

E se tutti gli esseri umani volessero usare l'aereo, quanti sarebbero i chilometri concessi e tollerabili dal punto di vista climatico?

Calcoli lei: il budget naturale mette a disposizione 1,8 ettari pro capite. Se ne riserviamo la metà per gli animali selvatici, così come chiesto ad esempio da Ed Wilson, professore ad Harvard, resta meno di un ettaro per persona. E questo per tutte le nostre necessità: non vogliamo solo volare, ma anche mangiare, abitare e tutto il resto. Questo dimostra che, in generale, il budget della natura si è alquanto ridotto. Se tutte le persone vivessero come me, ci vorrebbero almeno 8 Terre.

Come profeta della sostenibilità non se ne vergogna?

La situazione odierna non è un problema di morale, bensì rappresenta la sfida più pragmatica e fondamentale che sia mai stata posta all'umanità. Noi non diciamo a nessuno di ridurre la sua impronta ecologica. Semplicemente, mostriamo ai nostri interlocutori e ai clienti dei nostri progetti che un'eccessiva dipendenza dalle risorse può diventare rischiosa per loro dal punto di vista economico. Naturalmente come organizzazione vogliamo contribuire affinché l'umanità possa uscire possibilmente indenne



dal sovrasfruttamento ecologico, che rappresenta un grande pericolo per gli esseri umani e per tutte le altre specie animali. Per questo spero che i nostri colloqui e i nostri progetti portino a riduzioni molto più marcate del consumo di risorse di quante la nostra organizzazione inghiotte. Se non fosse così dovremmo chiudere bottega al più presto.

Dove la trasformazione verso la sostenibilità incontra le difficoltà maggiori?

L'ostacolo maggiore risiede nel fatto che la maggior parte dei governi, degli accademici, dei consulenti e delle organizzazioni non governative trattano la scarsità di risorse ancora come un problema morale. Nel frattempo, la problematica delle risorse è però già diventata più determinante e incisiva dell'inflazione e della disoccupazione.

Quindi la lotta contro il cambiamento climatico è fatica sprecata?

Il mio lavoro non è una lotta e tanto meno contro qualcosa. L'obiettivo è aiutare l'umanità a superare l'imminente era di scarsità di risorse. Il cambiamento climatico è solo uno tra tanti aspetti. Vi si aggiungono la diminuzione delle specie, la scarsità idrica, l'erosione del suolo, la distruzione delle foreste o l'accumulazione di veleni. Tutti questi ed altri ancora sono sintomi di una problematica fondamentale legata alle risorse.

Ossia?

Il consumo globale di risorse ha superato il budget della natura. Tutto ciò che noi consumiamo oltre la capacità naturale di rigenerazione, è sfruttamento predace. È come chi volesse sbucare il lunario vendendo prima i suoi mobili, poi le sue porte e finestre e infine anche le tegole del tetto. All'improvviso la sua casa non c'è più. In altre parole: lo sfruttamento predace distrugge le nostre basi economiche.



Con il suo metodo di calcolo, lei dimostra che il mondo in generale vive al di sopra delle sue possibilità ecologiche, vive cioè in regime di sovrasfruttamento. Ma in fin dei conti, questo non lo sapevamo già prima della sua «impronta ecologica»?

Naturalmente c'erano già molti indizi, ma l'impronta ecologica ha il vantaggio di riassumere tutti i risultati delle precedenti ricerche. È il primo strumento che mette a disposizione una contabilità ecologica sistematica. Essa rileva di quanta natura ancora disponiamo e di quanta necessitiamo. Grazie a questa contabilità, ad esempio, è possibile calcolare che gli USA consumano il doppio di quanto gli ecosistemi americani producono. Oppure che la pressione sulle risorse dell'umanità supera di almeno il 50 percento la capacità del pianeta di rigenerarle. Questo significa che la terra necessita di 18 mesi di tempo per rigenerare quello che l'umanità consuma oggi in un anno.

Vivere superando due o tre volte la capacità di rigenerazione del pianeta, che differenza fa? Non basta sapere che dobbiamo invertire rotta?

Disponiamo di diverse tipologie di capitale: finanziario, umano, naturale. Il capitale finanziario è solo carta che ci dice chi ha quali diritti su quale capitale fisico. Il capitale umano aumenta sempre più, il capitale naturale diminuisce a vista d'occhio. Quindi, in un'ottica relativa, il capitale naturale acquista sempre più importanza e valore. Per riuscire ad invertire la rotta dobbiamo sapere quanto e quanto in fretta dovremmo reagire.

E come dovremmo comportarci nei confronti di questa nuova scarsità?

Non sapere quale sia lo stato del nostro capitale di maggior valore è un grande rischio. Importante non è solo sapere che consumiamo più di quello di cui disponiamo. È anche capire il significato di questo sfruttamento pre-dace in relazione al nostro benessere.

Qual è il bilancio ecologico annuale della Svizzera?

Il calcolo dell'impronta ecologica rivela che la Svizzera consuma quattro volte più biocapacità di quanto sia disponibile sulla superficie nazionale. La Svizzera non strapazza i suoi ecosistemi. I restanti tre quarti dell'impronta ecologica svizzera provengono in termini netti dall'estero. Questo calcolo non è alarmistico, tant'è vero che è stato confermato da uno studio effettuato per gli Uffici federali dello sviluppo territoriale e di statistica.

Lei cosa deduce da questa cifra?

Continuare a importare così tanto dall'estero in un'epoca di crescente scarsità delle risorse è una strategia rischiosa. In particolare quando, come attualmente in Svizzera, il potere d'acquisto pro capite diminuisce rispet-

L'impronta ecologica

Il metodo di calcolo dell'impronta ecologica confronta la superficie naturale disponibile con quella di cui oggi necessitiamo. L'utilizzazione della natura è calcolata in superficie: campi, pascoli, foreste e superfici marine. L'impronta ecologica è la superficie utilizzata per soddisfare le necessità di consumo. L'unità di misura è l'ettaro globale (gha) che rappresenta un ettaro biologicamente produttivo con una produttività globale media. Si dispone così di un'unità di misura ecologica universale per nazioni, città e prodotti. Oggigiorno, la popolazione mondiale necessita in media di 2,7 ettari pro capite. A disposizione ci sono però solo 1,8 ettari pro capite. In Europa, inclusa la Russia, il deficit è ancora più drammatico: mentre il fabbisogno è di 4,7 ettari, la disponibilità è di soli 2,9 ettari. Questo deficit può risultare dallo sfruttamento eccessivo degli ecosistemi o da importazioni nette.

Esempi:
www.footprintnetwork.org/reviews

Calcolate la vostra impronta ecologica individuale:
www.footprintcalculator.org.ch

to alla media mondiale. Se il potere d'acquisto relativo diminuisce, diventa sempre più difficile spuntarla nella competizione internazionale per le risorse. Noi e molti altri Paesi vogliamo sempre più risorse, ma la nostra forza d'offerta relativa per queste risorse limitate si indebolisce.

In Svizzera, il consumo energetico e l'emissione di CO₂ aumentano ancora, ma più lentamente. Siamo sulla buona strada? O si tratta piuttosto di un problema di energia grigia delocalizzato in Cina o altrove?

Effettivamente, nel corso dell'ultimo ventennio il deficit di risorse pro capite in Svizzera non è aumentato in modo considerevole. Si mantiene però tenacemente a un alto livello. Anche il mondo è cambiato. Nel 2000, ad esempio, il consumo energetico della Cina era la metà di quello degli USA. Oggi questa nazione consuma molta più energia degli USA. Mantenere un enorme deficit di risorse in un mondo caratterizzato da una crescente scarsità di risorse comporta un crescente rischio. Un errore fatale che ha già duramente colpito Paesi come la Grecia, la Spagna, il Portogallo e l'Italia. Molti ritengono che l'attuale crisi sia soltanto un problema di tecnica bancaria. Se però esaminiamo l'aumento radicale dei costi d'importazione di risorse di questi Paesi, appare chiaro che tale sviluppo non potrà essere arginato neppure da una fulminea crescita economica. Per questi Paesi a un passo dalla bancarotta economica, il deficit di risorse ha già avuto un impatto economico molto maggiore che per la Svizzera, finanziariamente forte.

Le frontiere tra le nazioni e i continenti diventano sempre più permeabili. Questo metodo di calcolo in categorie di Stati nazionali ha ancora senso? O andrebbe piuttosto postulata come obiettivo una cifra pro capite unitaria a livello planetario?

Nonostante la globalizzazione, settori come le pensioni di vecchiaia, la valuta, le leggi, la fiscalità, il militare, la politica energetica e molto altro, sono ancora a carattere nazionale. Nelle crisi, sono i governi che aiutano le imprese a togliersi dai guai, non il contrario. Gli Stati nazionali restano quindi significativi. La mia previsione è la seguente: se non ci occupiamo ora della scarsità di risorse, vivremo presto in un mondo con più conflitti. La lotta per le materie prime e per l'energia sarà condotta ancora più spesso con mezzi bellici. In un tale mondo, gli Stati nazionali e i loro

apparati militari acquisteranno molta influenza.

Un tema importante della Conferenza dell'ONU Rio+20 è la visione di un'economia verde. Non si tratta semplicemente di uno slogan di marketing usata da politici e manager? Infatti, la crescita materiale non è praticamente mai messa in discussione.

Noi abbiamo bisogno di un'economia che funzioni. La rivendicazione dovrebbe quindi essere: non vogliamo più un'economia basata sullo sfruttamento predace. Vogliamo un'economia che produca un autentico plusvalore e non una basata semplicemente sulla liquidazione del nostro capitale naturale. Purtroppo l'aggettivo «verde» squalifica idee valide in parecchie cerchie influenti.

Il concetto di economia verde prevede una decrescita materiale e un meccanismo per assicurare il passaggio dalla crescita quantitativa a quella qualitativa?

La crescita non è un obiettivo, ma una strategia. Apparentemente, tutti stanno bene quando l'economia cresce. La nostra attuale economia non può essere stabile senza crescita. Ma cosa succede se la crescita non può più avvenire a motivo della scarsità di risorse anche se tutti noi la vorremmo disperatamente?

Guardiamo al passato: in America vivevano 40 milioni di bisonti. Poi gli europei scesero dalle loro navi e sparando dai treni decimarono gli animali fino a lasciarne vivi solo 600. Anche se tutti avrebbero voluto una continuazione e magari una crescita dell'economia basata sul bisonte, venne a mancare l'input necessario.

Come possono partecipare oggi i più poveri e diseredati ad un'economia verde? O si tratta ancora una volta solo di un'economia per la

classe media occidentale e per i più abbienti di questo mondo?

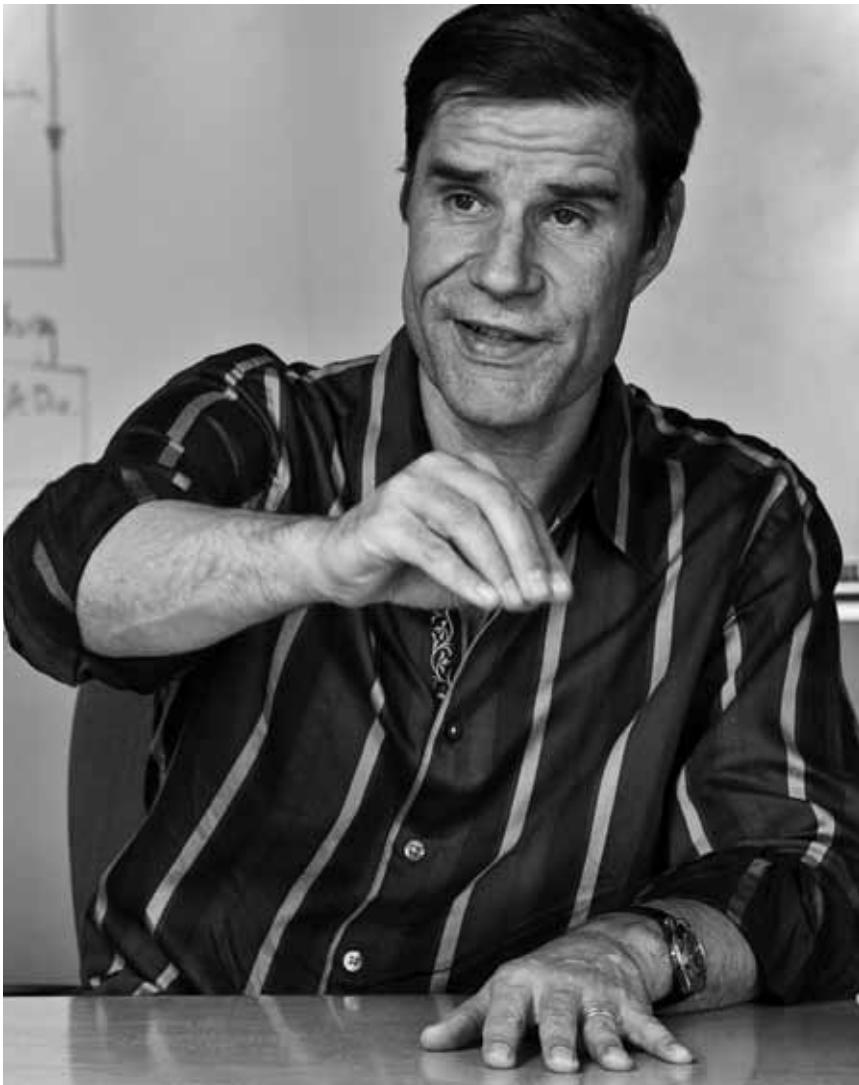
Oggi quasi tutti approfittano della crescita economica globale, solo non tutti nella stessa misura. Lo dimostrano ad esempio le cifre impressionanti relative alla riduzione della povertà in Paesi come la Cina. Contemporaneamente si accumulano grandissimi capitali e il consumo della classe media ha raggiunto oggi livelli mai raggiunti prima. Un fatto è chiaro: i poveri necessitano di un reddito maggiore, un reddito che non provenga da uno sfruttamento predace e neanche da singole donazioni, ma ottenuto e assicurato a lungo termine con il proprio lavoro. Purtroppo, molte iniziative di sviluppo si basano ancora sull'economia dello sfruttamento predace. Lasciano dietro di sé regioni svuotate e interi Paesi sono sempre più esposti a crisi future.

In che misura dietro alla rivendicazione di un'economia verde, c'è anche la volontà di una ridistribuzione materiale a favore del miliardo di persone che ancora oggi patisce la fame?

Un'economia che non lavora contro il budget naturale, ma lavora con esso non è una pretesa arbitraria, ma espressione di un intelligente senso degli affari. Lo sfruttamento predace non elimina la fame, al massimo la colma a breve termine. Lo sfruttamento predace esiste anche dove la crescita demografica divora ogni progresso dello sviluppo. Quindi, un'economia verde è fondamentale per la lotta alla povertà. Solo non dovremmo etichettarla come «verde».

Ritiene che vi siano degli indizi da cui è possibile dedurre che questo tipo di economia stia già dando qualche risultato?

Gli esempi sono ancora rari. Singoli Paesi si confrontano attivamente con questa problematica, traendone dei



vantaggi. Penso ad esempio al Vietnam, alla Cina o alla Corea del Sud. Dubito che la Cina, visto il suo grandissimo deficit di risorse, sia in grado di mantenere questi vantaggi, ma spero molto che ci riesca. Infatti, se la Cina tossisce ci buschiamo tutti una bella influenza. Perlomeno, la Cina si confronta attivamente con la problematica delle risorse. Molti altri Paesi si rifiutano anche solo di prenderla in considerazione. Così ledono in modo eclatante i loro propri interessi.

Il consumo energetico cresce ancora rapidamente a livello mondiale. Il traffico motorizzato individua-

le aumenta in particolare nei Paesi emergenti. È davvero ancora possibile frenare questo sviluppo?

La svolta energetica è inevitabile, che lo vogliamo o no. La questione è a quanto ammonteranno i costi e chi li dovrà sostenere. Come affronterà la Svizzera il 21° secolo, non disponendo di energia fossile propria e consumando molte più risorse della sua biocapacità? Se il popolo svizzero riuscirà a comprendere la necessità di una svolta energetica decisa e radicale, tra qualche anno l'industria dell'energia e l'economia in generale lo ringrazieranno di tutto cuore.

Personalmente, il profilo della sua impronta ecologica l'ha spinta a concreti cambiamenti di comportamento?

Io abito in California, a Oakland, dove non mi occorre l'automobile. Vivo in una casa che grazie al clima mite non necessita di molto riscaldamento o di condizionamento. In questa regione i prodotti alimentari crescono praticamente durante tutto l'anno. Ho solo un figlio invece di due o tre. Tutto questo mi aiuta a non essere troppo esposto a situazioni di crisi.

Cosa la rende ottimista riguardo al fatto che come società riusciremo a realizzare la svolta necessaria?

Già oggi lo sfruttamento predace ci costa troppo. Molte persone non vogliono prenderne atto. Questo non diminuisce i costi e non ci porta alcun vantaggio. Tutti i nostri investimenti che dipendono da risorse attualmente ottenibili a basso costo e facilmente reperibili, perderanno radicalmente il loro valore. Invece, un'economia che tiene conto del budget della natura acquisterà valore.

Purtroppo non sempre pensiamo abbastanza in termini economici. Il sistema dell'apartheid in Sudafrica o il regime comunista dell'URSS hanno portato i rispettivi Paesi alla rovina economica. Ottusamente si attenevano ai loro vecchi principi di fede, anche se questo comportamento portava alla bancarotta.

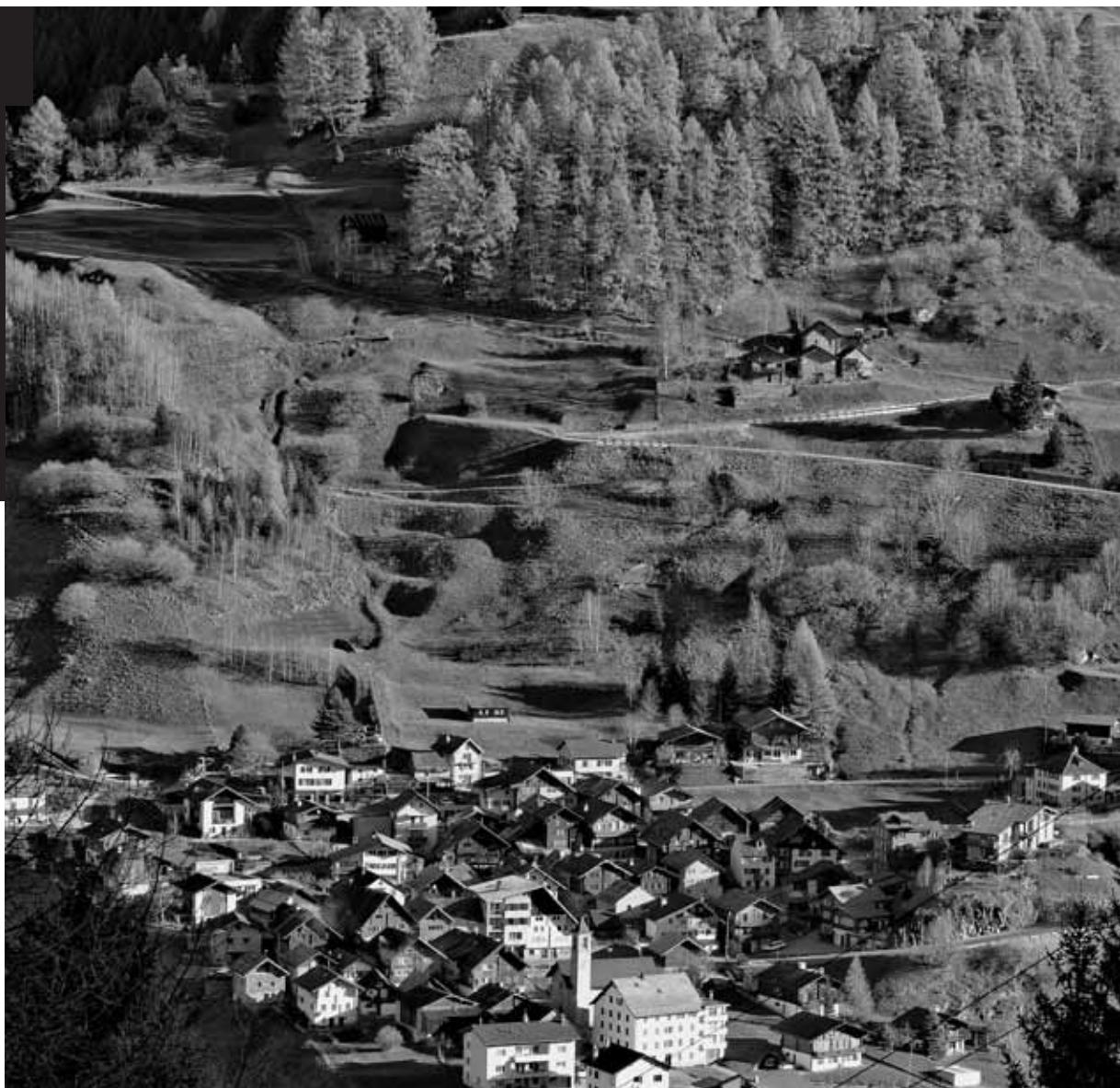
Perché ci dovremmo limitare ad aspettare tranquillamente la bancarotta ecologica se una conversione decisa farebbe gli interessi del nostro Paese? Perché non approfittare di questa enorme possibilità di creazione di valore aggiunto? Noi svizzeri potremmo riuscire a realizzare questa svolta. Per questo sono ottimista.

(traduzione)

Utilizzare e proteggere a lungo termine le Alpi

• • • •

Jonas Schmid
jonas.schmid@are.admin.ch
Silvia Jost
silvia.jost@are.admin.ch



Con il capitolo 13 dell'Agenda 21, la comunità internazionale riconosceva per la prima volta l'importanza delle regioni montane. È stata così creata una base per l'impegno futuro, che sarà sempre più all'insegna del-

la cooperazione transfrontaliera. Il turismo, il mutamento climatico, l'agricoltura e i trasporti rappresentano infatti sfide complesse per la grande regione dello spazio alpino.

Le montagne coprono il 27 per cento della superficie terrestre e rappresentano lo spazio vitale per il 12 per cento della popolazione mondiale. Le regioni di montagna offrono, inoltre, tutta una serie di risorse preziose: ad esempio, riforniscono d'acqua circa la metà dell'umanità. In futuro, la tutela e l'utilizzazione sostenibile di queste risorse assumerà grande importanza, specialmente in considerazione del mutamento climatico in atto.

Facilitare lo sviluppo e incentivare la qualità di vita

Con l'Agenda 21 di Rio è stato adottato, nel 1992, una specie di programma d'azione mondiale per la politica dell'ambiente e dello sviluppo del 21° secolo. Vi venne anche formulato il motto ormai celebre "Pensa a livello globale e agisci sul piano locale". Con il capitolo 13 dell'Agenda 21, nel 1992 le montagne apparvero per la prima volta sullo schermo radar della comunità internazionale: un importante successo diplomatico ad altissimo livello. Il documento ha posto a livello mondiale il fondamento per la nascita di numerose reti e partenariati volti a salvaguardare le aree montane e a promuoverne lo sviluppo. Queste iniziative, spesso a carattere transfrontaliero, sono in parte tuttora attive e permettono una migliore risonanza a livello nazionale e internazionale delle esigenze delle regioni montane.

Quale area montana transnazionale, la regione alpina ha già rappresentato in passato una regione modello per uno sviluppo sostenibile nelle montagne. Nel 1991, quindi un anno prima di Rio, i Paesi dell'arco alpino sottoscrivevano la Convenzione delle Alpi, un trattato per la salvaguardia delle Alpi. Per la prima volta fu riconosciuto dal diritto internazionale e in modo vincolante che questa regione montana transnazionale si trova confrontata a sfide affrontabili solo nel quadro di una cooperazione transfrontaliera. L'obiettivo

della Convenzione delle Alpi è un rapporto equilibrato tra protezione e utilizzazione delle Alpi. Da una parte deve essere conservato lo spazio naturale alpino, dall'altra va reso possibile uno sviluppo economico e sociale capace di promuovere a lungo termine la qualità di vita della popolazione.

Il cammino è ancora lungo

Un ventennio dopo Rio, la rivendicazione di uno sviluppo sostenibile dello spazio alpino non ha perso nulla della sua urgenza, anche se dal punto di vista svizzero sono stati ottenuti alcuni risultati positivi. In particolare va menzionato l'articolo costituzionale sulla protezione delle Alpi che ha innescato la politica di trasferimento del traffico merci di transito e che ha portato alla costruzione della galleria di base della NFTA. Altri aspetti positivi sono il mantenimento dell'alto livello d'approvvigionamento di base nella regione di montagna e il lancio di marchi come Pro Montagna che rafforzano la solidarietà e il partenariato tra i consumatori e i produttori. Un successo è anche la maggiore sensibilità verso la tematica delle residenze secondarie e per l'integrazione di costruzioni e infrastrutture nel quadro paesistico alpino.

Ciò nonostante, diverse megatendenze come la globalizzazione, l'urbanizzazione e il surriscaldamento del clima mettono sempre più in discussione lo sviluppo sostenibile dello spazio alpino:

- gli esperti prevedono un aumento della temperatura superiore alla media nella regione alpina. Il ritiro del permafrost e lo scioglimento dei ghiacciai rendono necessario un rafforzamento delle misure di protezione delle persone e infrastrutture;
- il traffico di transito e del tempo libero aumenta ulteriormente. Per ridurre l'inquinamento ambientale ed arginare il consumo di superficie devono essere

sviluppate e realizzate alternative sostenibili al trasporto su strada;

- nella regione alpina, in seguito al mutamento climatico, allo sfruttamento intensivo del suolo nei fondovalle e all'edificazione dispersiva nel paesaggio, spariscono sempre più specie animali e vegetali. Questa perdita irreparabile deve essere fermata;

- nel settore turistico, la sfida è rappresentata dalla necessità di armonizzare gli interessi economici con le esigenze ecologiche e paesaggistiche. L'obiettivo è un turismo che sappia sfruttare i valori paesaggistici senza sminuirli.

Cosa può attendersi lo spazio alpino da Rio+20?

A giugno, alla Conferenza successiva Rio+20, il dibattito ruoterà attorno ai due temi centrali economia verde e condizioni quadro istituzionali. La regione alpina dispone di esperienze specifiche in ambedue i settori e può offrire un contributo alla realizzazione di una politica globale di sviluppo sostenibile. Da Rio+20 la regione alpina si aspetta una rinnovata dichiarazione a favore dello sviluppo sostenibile nella regione di montagna. Un piano d'azione dovrebbe fornire impulsi per trasformare lo spazio alpino in una regione modello dell'economia verde.

Le risorse naturali come l'acqua, il legno e la biodiversità svolgono un ruolo fondamentale nella trasformazione «verde» dell'economia. In futuro, per assicurare la protezione e l'utilizzazione sostenibile delle regioni di montagna saranno necessari chiari accordi di compensazione delle prestazioni d'ecosistema e delle risorse alpine al fine di armonizzare le esigenze delle regioni montane con quelle delle regioni circostanti.

Infine, è necessario trasformare i settori dell'agricoltura, del turismo e dei trasporti secondo i dettami dell'economia verde. L'agricoltura dovrebbe diventare un ramo multifunzionale che oltre a prodotti alimentari ven-

de anche altre prestazioni. Il turismo deve essere diversificato e deve puntare su offerte naturalistiche. Nel settore dei trasporti deve essere assicurata la raggiungibilità delle regioni più discoste, ma dove possibile andranno introdotte alternative pulite al trasporto su strada. Le merci in transito attraverso le Alpi andranno in futuro trasportate primariamente su rotaia. Infine, nell'area alpina va promosso lo sviluppo delle conoscenze perché svolgono un ruolo importante e fondamentale nel processo d'innovazione.

L'importanza di un quadro istituzionale integrato

Uno sviluppo sostenibile è ottenibile solo superando i confini politici e amministrativi a favore di un'ottica fun-

zionale. Molte delle sfide odiere coincidono l'intera regione alpina. Sono necessarie soluzioni integrate, capaci di bilanciare gli opposti interessi e di ridurre i conflitti sugli obiettivi. Un quadro strategico d'ordine superiore per lo sviluppo delle regioni di montagna potrebbe essere d'aiuto per distinguere e coordinare meglio le diverse politiche e i diversi sistemi di finanziamento.

(traduzione)



Silvia Jost, 1967, ha studiato geografia e urbanistica a Berna e Parigi. Dopo uno stage alla Radio della Svizzera tedesca (DRS)

ha lavorato presso la direzione scolastica del Politecnico di Zurigo e l'allora Istituto di pianificazione locale, regionale e nazionale (ORL). Dal 2001 fa parte dell'ARE. Dapprima ha diretto il centro di contatto nazionale per i progetti transnazionali Interreg. Dal 2006 è responsabile del Servizio Affari internazionali dell'ARE.



Jonas Schmid, 1982, ha concluso nell'estate del 2009 gli studi di scienze politiche e storia all'Università di Berna. Dall'agosto del 2009 lavora presso l'ARE nel Servizio Affari internazionali dove si occupa della presidenza svizzera della Convenzione delle Alpi.



Sviluppo territoriale, trasporti e energia: questioni cruciali della politica per uno sviluppo sostenibile

• • • •

Michel Matthey
michel.matthey@are.admin.ch



Problemi come la frammentazione del paesaggio e il sovraccarico delle infrastrutture dei trasporti si aggravano e diventano temi di dibattito pubblico. Con il Progetto territoriale Svizzera e la politica degli agglomerati, il Consiglio federale ha adottato stru-

menti d'intervento adeguati. Per uno sviluppo sostenibile del territorio, dei trasporti e dell'energia sono però necessarie misure ulteriori come pianificazioni transfrontaliere e intersetoriali e lo sviluppo di insediamenti ad alta efficienza energetica.

Nel corso degli ultimi anni, le questioni relative ai trasporti e alla pianificazione del territorio sono sempre più diventate oggetto di dibattito politico. L'espansione disordinata degli insediamenti nel territorio, le strade intasate e i treni sovraffollati sono temi di discussioni controverse. Numerosi interventi parlamentari e perfino iniziative popolari si occupano della problematica: alcuni esempi sono il plafonamento del numero di abitazioni secondarie (iniziativa Basta con la costruzione sfrenata di abitazioni secondarie), la moratoria generale per le zone edificabili (Iniziativa per il paesaggio) e la promozione dei trasporti pubblici (Iniziativa ATA per i trasporti pubblici). Tutti concordano sul fatto che lo sviluppo territoriale non deve essere affrontato indipendentemente dalla pianificazione dei trasporti ed è incontestato che il consumo energetico crescerà ulteriormente con l'aumento della mobilità.

Per quanto riguarda trasporti e territorio, la Strategia federale per uno sviluppo sostenibile mira invece alla riduzione del consumo energetico, all'assicurazione di uno sviluppo territoriale sostenibile e ad una maggiore protezione del clima. A tal fine, gli insediamenti dovrebbero idealmente essere organizzati e interconnessi in modo tale da permettere a una parte consistente della popolazione di percorrere tragitti possibilmente brevi per raggiungere il posto di lavoro e svolgere le attività del tempo libero, fatto che ridurrebbe il dispendio di tempo, denaro, risorse e l'inquinamento ambientale.

L'evoluzione non rispecchia la Strategia per uno sviluppo sostenibile

Le interrelazioni tra il territorio e i trasporti sono molteplici e nel corso degli ultimi cinquant'anni sono aumentate. L'ampliamento della rete delle strade nazionali a partire dagli anni '60 ha migliorato i collegamenti stradali tra le



Le infrastrutture dei trasporti giungono spesso al limite delle loro capacità

diverse regioni del Paese e con l'estero confinante, creando così una base sostanziale per lo sviluppo della mobilità e dell'economia. Le strade nazionali hanno migliorato anche i collegamenti tra i centri e le regioni circolanti, trasformando le aree rurali ai margini dei grandi centri in zone residenziali molto richieste. Questo ha però causato l'aumento del traffico pendolare che ha portato al sovraccarico della rete viaria negli agglomerati. Si è quindi reso necessario un ampliamento del sistema di trasporti pubblici regionali, in particolare delle ferrovie celeri e dei trasporti pubblici urbani. Le zone rurali vicine agli insediamenti sono così diventate ancora più allettanti come zone di residenza, fatto che ha contribuito ad aumentare notevolmente il traffico pendolare.

Questo sviluppo è stato favorito dal basso costo dei trasporti dovuto ai costi ridotti dei carburanti e dell'energia elettrica e al fatto che gli effetti esterni del traffico, ossia le emissioni fistiche e inquinanti e il frazionamento del paesaggio, non sono inclusi nei costi generali della mobilità. Questo permette ad ampie parti della popolazione di compiere lunghi tragitti per raggiungere il posto di lavoro o le aree di svago. La distanza tra il luogo di re-

sidenza e il posto di lavoro aumenta sempre più: l'insediamento si espande in superficie.

Le conseguenze di questo sviluppo sono che il terreno e le risorse naturali sono sfruttate più del dovuto, i conflitti d'utilizzazione aumentano, le reti stradali sono sovraccaricate e le offerte dei trasporti pubblici durante le ore di punta non riescono più a smaltire la richiesta. Lo sviluppo di territorio e trasporti avviene quindi in senso contrario agli obiettivi della Strategia per uno sviluppo sostenibile.

Il Progetto territoriale Svizzera propone soluzioni

Per risolvere questi problemi deve essere interrotto il circolo vizioso che inizia con l'urbanizzazione di zone edificabili periferiche, prosegue con un aumento di traffico, rende necessaria l'eliminazione di strettoie a livello viale e sfocia alla fine nell'urbanizzazione di ulteriori zone edificabili periferiche. Una premessa fondamentale è il coordinamento globale di mobilità, infrastrutture e sviluppo territoriale. Il Progetto territoriale Svizzera, elaborato dalla Confederazione, dai Cantoni, dai Comuni e dalle città, si occu-

pa essenzialmente di questi problemi e delle possibili soluzioni. Inteso come base di riferimento per le autorità a tutti i livelli, il Progetto formula i seguenti principi d'intervento:

- limitazione e sviluppo centripeto degli insediamenti,
- coordinamento ottimale di urbanizzazione e trasporti,
- combinazione delle modalità di trasporto in funzione delle rispettive forze,
- creazione delle condizioni spaziali per un consumo moderato dell'energia,
- garanzia di un approvvigionamento energetico efficace,
- riservare spazi e tracciati per future infrastrutture,
- utilizzazione ottimale delle infrastrutture e limitazione degli effetti nocivi.

Misure molteplici

Il Consiglio federale si è più volte occupato del coordinamento di sviluppo territoriale, trasporti ed energia, ad esempio nella Strategia per uno sviluppo sostenibile, nel Piano settoriale dei trasporti e in occasione della revisione della legge sulla pianificazione del territorio. Il suo obiettivo è un miglioramento del coordinamento tra questi settori negli agglomerati, tanto a livello di amministrazione federale come tra Confederazione e Cantoni e se necessario anche a livello transfrontaliero. Un'importanza centrale rivestono le misure e gli strumenti seguenti.

La revisione della legge sulla pianificazione del territorio.

Una prima revisione parziale della legge, che si occupa della localizzazione e del dimensionamento delle zone edificabili, è attualmente oggetto di dibattito in Parlamento. Nel quadro di una seconda fase di revisione andranno trattate ulteriori importanti questioni legate alla sostenibilità dello sviluppo territoriale, tra cui il miglioramento della cooperazione tra Confe-

derazione, Cantoni e Comuni, la connessione tra pianificazione del territorio e protezione dell'ambiente, uno sviluppo territoriale orientato all'efficienza energetica e il rafforzamento degli strumenti di pianificazione della Confederazione e dei Cantoni. In aggiunta alle misure legislative, andranno esaminati incentivi dell'economia di mercato per un'utilizzazione parsimoniosa del suolo.

La pianificazione integrata del territorio e dei trasporti.

Il Piano settoriale dei trasporti stabilisce strategie e principi d'azione per la pianificazione delle infrastrutture dei trasporti. L'obiettivo è un migliore coordinamento dei vettori di trasporto che consideri lo sviluppo del territorio. Nel corso dei prossimi anni, il Piano settoriale dei trasporti dovrà essere sviluppato ulteriormente per servire da base decisionale per i previsti progetti infrastrutturali. Inoltre, andranno elaborate concezioni territoriali e dei trasporti globali per importanti corridoi e nodi di traffico.

Lo sviluppo ulteriore della politica degli agglomerati.

Dal 2001, mediante la politica degli agglomerati, la Confederazione promuove lo sviluppo sostenibile di città e agglomerati urbani. Finora, la politica degli agglomerati si è concentrata sulla coordinazione di insediamento e trasporti e sul miglioramento della collaborazione istituzionale negli spazi d'agglomerato e tra i vari livelli statali. Attualmente si discute di un eventuale ampliamento tematico, soprattutto nel settore dell'energia.

Il Mobility Pricing.

La crescente mobilità e i problemi di traffico che ne derivano devono essere affrontati adeguatamente anche in futuro. A tal fine è necessario un finanziamento a lungo termine dei sistemi di trasporto. L'introduzione del Mobility Pricing, cioè di pedaggi variabili nel tempo e nello spazio, versati in-

dividualmente dagli automobilisti o dai passeggeri dei treni per l'utilizzazione dell'infrastruttura, non dovrebbe solo assicurare a lungo termine il finanziamento dell'infrastruttura, ma anche ridurre la richiesta di mobilità nelle ore di punta. Questo eliminerebbe la necessità di un ampliamento delle capacità di trasporto o perlomeno la rallenterebbe.

Altri progetti per il futuro

Affinché queste misure possano sortire il loro effetto devono essere collocate in un ampio contesto. È quindi necessario affrontare la problematica territorio-trasporti-energia nel suo complesso.

L'impegno delle autorità a tutti i livelli si incentra sui seguenti propositi:

- incentivazione della cooperazione tra attori privati e pubblici nel settore della pianificazione del territorio, dei trasporti e dell'energia;
- elaborazione di concezioni territoriali, dei trasporti ed energetiche integrali in spazi funzionali, in particolare per i nodi e corridoi infrastrutturali;
- realizzazione di uno sviluppo centripeto degli insediamenti che riduca il volume del traffico.

Questi propositi concordano con gli obiettivi del Progetto territoriale Svizzera. Se realizzato in maniera esemplare, lo sviluppo del territorio, dei trasporti e dell'energia in Svizzera può essere ricondotto entro i binari della sostenibilità.

(traduzione)



Michel Matthey, 1947, architetto e urbanista, è vicedirettore dell'ARE. È responsabile del settore Mobilità, infrastrutture e pianificazioni federali e si occupa in particolare delle questioni relative alla collaborazione in seno alla Confederazione e tra gli Uffici federali e i Cantoni.

Lo sviluppo sostenibile: in quale direzione?

Qual è oggi il suo legame personale con le Conferenze ONU di Rio e Johannesburg e con lo sviluppo sostenibile in generale?	Quale ritiene sia il successo maggiore ottenuto in Svizzera a partire dal 1992 nell'ambito dello sviluppo sostenibile?	Qual è l'omissione più grave della Svizzera nell'ambito dello sviluppo sostenibile a partire dalla Conferenza di Rio?	Non capisco perché non abbiamo una tassa sul CO ₂ anche per i carburanti, ma solo un debole centesimo per il clima. Sarebbe bello vedere sui tetti un maggiore impiego del solare termico e del fotovoltaico. Così potremmo sostituire l'olio combustibile e riguadagnare la nostra indipendenza nel settore energetico.	Oltre alla questione di come migliorare l'efficienza, va trattato anche il tema della sufficienza. È necessario che l'odierna società dei consumi si confronti maggiormente con come, cosa e quanto consumiamo e dove solo una riduzione del consumo si rivela veramente sostenibile.	Lo sviluppo sostenibile è un tema trasversale. È quindi assolutamente necessario che la sostenibilità non venga trattata come un tema isolato. Positivo è il fatto che l'economia verde abbia fatto il suo ingresso nella nuova Strategia per uno sviluppo sostenibile 2012-2015 del Consiglio federale.
<p>Le Conferenze sono importanti, ma resta l'impressione negativa di molte parole e pochi fatti. Lo sviluppo globale non è sostenibile: ogni giorno consumiamo 44 superpettrole di petrolio, una quantità mai raggiunta prima. Dobbiamo impegnarci più vigorosamente per realizzare la svolta energetica.</p> <p>Daniele Ganser 1972, ha studiato storia e politica internazionale all'Università di Basilea e alla London School of Economics and Political Science e dirige oggi lo Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) a Basilea.</p> 	<p>L'abbandono del nucleare e l'introduzione della tassa sul CO₂ per i combustibili sono successi importanti, come il fatto che la Svizzera non è coinvolta in conflitti per le risorse e che il suo esercito non è impiegato per conquistare petrolio.</p>	<p>Le Conferenze sono importanti, ma resta l'impressione negativa di molte parole e pochi fatti. Lo sviluppo globale non è sostenibile: ogni giorno consumiamo 44 superpettrole di petrolio, una quantità mai raggiunta prima. Dobbiamo impegnarci più vigorosamente per realizzare la svolta energetica.</p> <p>Daniele Ganser 1972, ha studiato storia e politica internazionale all'Università di Basilea e alla London School of Economics and Political Science e dirige oggi lo Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) a Basilea.</p> 	<p>Dal 1992 è avvenuto un mutamento fondamentale nelle questioni energetiche. La necessità di incentivare le energie rinnovabili è oggi cosa ovvia. È importante che la Svizzera, anche la Svizzera, costruiscano in quest'ambito una funzione d'avanguardia a livello tecnico e politico.</p> <p>Franziska Wenk 1981, insegnante di scuola elementare e giurista, è attiva nel partito dei Verdi (consigliere comunale, nel 2012 presidente del Consiglio comunale e deputata al Gran consiglio); membro del Direttivo dell'organizzazione per uno sviluppo solidale DichiaraZione di Berna.</p>	<p>La sostenibilità è la motivazione principale del mio impegno politico. Le soluzioni in questo campo possono essere elaborate solo dalla comunità internazionale. Ciò nonostante, anche la Svizzera, come Stato, deve attribuire allo sviluppo sostenibile la massima priorità.</p>	<p>Evidentemente, molte consumatrici e molti consumatori si lasciano ancora guidare da concetti semplicistici. Non è più percepito come un'idea per sognatori idealisti, ma si è sviluppato in una visione economica e sociale che convince sempre più investitori e decisori.</p> <p>Barbara Conrad 1977, consulente economica, Ufficio per lo sviluppo economico, Cantone Ticino.</p> 

**Sei personalità esprimono la loro opinione sullo
sviluppo sostenibile in Svizzera e all'estero.**

 <p>equittere, per cui oggi lavoro, ha rappresentato alle Conferenze ONU di Rio e di Johannesburg le organizzazioni ambientaliste non governative in seno alla delegazione svizzera ufficiale. equittere ha poi proposto la prima Agenda 21 locale per il Cantone di Ginevra, svolgendo un lavoro da pioniere. Durante lo studio delle scienze politiche e ambientali, i docenti sono riusciti ad entusiasmarmi per il tema dello sviluppo sostenibile.</p> <p>Natacha Litzisdorf 1968, ha terminato gli studi di scienze politiche all'Università di Ginevra per poi proseguire con uno studio postdiploma in ecologia e scienze ambientali all'Università di Neuchâtel. Attualmente è direttore di equittere, un'associazione attiva a livello nazionale.</p>	<p>La Svizzera, i suoi Cantoni e i suoi Comuni hanno dimostrato di essere in grado di integrare in modo innovativo e moltiplicare i principi fondamentali e gli obiettivi della sostenibilità nei loro processi istituzionali, come nella gestione delle finanze e nelle politiche settoriali pubbliche.</p>	<p>La maggiore debolezza sta nel fatto che la Svizzera non si è decisa né per una sostenibilità forte né per una debole, ma ha scelto la via di mezzo. Di questo hanno sofferto la ricerca scientifica e lo sviluppo di adeguate politiche.</p>	<p>La Svizzera abbondona la sua bolla di ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>In generale, la Svizzera è vittima della sua ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>La recente votazione sull'iniziativa riguardante la limitazione al 20 percento della quota di residenze secondarie ha rappresentato per me un punto di svolta: per la prima volta la protezione della natura ha assunto maggiore importanza dei ragionamenti economici a breve termine di cui beneficia solo un numero limitato di persone.</p>	<p>La Svizzera abbandona la sua bolla di benessere e prende coscienza dello stato reale del mondo: la distribuzione diseguale della ricchezza e i danni alla biosfera.</p>	<p>Che l'ARE s'impegna affinché la Svizzera a livello internazionale si attivi per una nuova governance, perché ha una responsabilità nei confronti del mondo. Solo uno sviluppo desiderato, deciso e sostenuto da tutti può rivelarsi vantaggioso a lungo termine per tutta l'umanità: una «globalizzazione delle responsabilità».</p>
 <p>Nei 1992 ero entusiasta: credevo che fosse possibile disaccoppiare la crescita del PIL dal consumo di risorse. Nel 2002 sono diventato sceptico. Dal 2006/2007 non sostengo più il concetto dello sviluppo sostenibile, che dal mio punto di vista sembra piuttosto una trappola ingannevole o semplicemente una foglia di fico.</p> <p>Dominique Bourg 1953, è professore all'Università di Losanna presso l'Institut des Politiques Territoriales et de l'Environnement Humain (IPTH). È presidente della commissione Sostenibilità dell'Università di Losanna ed è stato membro del Consiglio nazionale in Francia.</p>	<p>La Svizzera, i suoi Cantoni e i suoi Comuni hanno dimostrato di essere in grado di integrare in modo innovativo e moltiplicare i principi fondamentali e gli obiettivi della sostenibilità nei loro processi istituzionali, come nella gestione delle finanze e nelle politiche settoriali pubbliche.</p>	<p>La maggiore debolezza sta nel fatto che la Svizzera non si è decisa né per una sostenibilità forte né per una debole, ma ha scelto la via di mezzo. Di questo hanno sofferto la ricerca scientifica e lo sviluppo di adeguate politiche.</p>	<p>La Svizzera abbondona la sua bolla di ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>In generale, la Svizzera è vittima della sua ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>La recente votazione sull'iniziativa riguardante la limitazione al 20 percento della quota di residenze secondarie ha rappresentato per me un punto di svolta: per la prima volta la protezione della natura ha assunto maggiore importanza dei ragionamenti economici a breve termine di cui beneficia solo un numero limitato di persone.</p>	<p>La Svizzera abbandona la sua bolla di benessere e prende coscienza dello stato reale del mondo: la distribuzione diseguale della ricchezza e i danni alla biosfera.</p>	<p>Che l'ARE s'impegna affinché la Svizzera a livello internazionale si attivi per una nuova governance, perché ha una responsabilità nei confronti del mondo. Solo uno sviluppo desiderato, deciso e sostenuto da tutti può rivelarsi vantaggioso a lungo termine per tutta l'umanità: una «globalizzazione delle responsabilità».</p>
 <p>Questa conferenza ha dato tanta speranza. Si è sviluppato un percorso di dialogo tra i municipali e popolazione attraverso delle serate pubbliche dal titolo «Responsabilità e partecipazione», si sono promossi consultazioni e diversi processi di Agenda 21 Locali nei comuni della Svizzera italiana, si è cooperato col Gruppo cantonale per lo sviluppo sostenibile (Grusst).</p> <p>Lavinia Sommaruga Bodeo 1958, da 24 anni lavora con Alliance Sud, ha curato 3 libri: «Per un'economia di equità nella dignità», «OSARE», «Imprenditori di cambiamento».</p>	<p>La Svizzera, i suoi Cantoni e i suoi Comuni hanno dimostrato di essere in grado di integrare in modo innovativo e moltiplicare i principi fondamentali e gli obiettivi della sostenibilità nei loro processi istituzionali, come nella gestione delle finanze e nelle politiche settoriali pubbliche.</p>	<p>La maggiore debolezza sta nel fatto che la Svizzera non si è decisa né per una sostenibilità forte né per una debole, ma ha scelto la via di mezzo. Di questo hanno sofferto la ricerca scientifica e lo sviluppo di adeguate politiche.</p>	<p>La Svizzera abbondona la sua bolla di ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>In generale, la Svizzera è vittima della sua ricchezza. L'influenza globale della popolazione svizzera è piuttosto importante: le emissioni di CO₂ legate alle importazioni, l'energia grigia e le emissioni causate dai veicoli che circolano in Svizzera, sono tra le più alte in Europa.</p>	<p>La recente votazione sull'iniziativa riguardante la limitazione al 20 percento della quota di residenze secondarie ha rappresentato per me un punto di svolta: per la prima volta la protezione della natura ha assunto maggiore importanza dei ragionamenti economici a breve termine di cui beneficia solo un numero limitato di persone.</p>	<p>La Svizzera abbandona la sua bolla di benessere e prende coscienza dello stato reale del mondo: la distribuzione diseguale della ricchezza e i danni alla biosfera.</p>	<p>Che l'ARE s'impegna affinché la Svizzera a livello internazionale si attivi per una nuova governance, perché ha una responsabilità nei confronti del mondo. Solo uno sviluppo desiderato, deciso e sostenuto da tutti può rivelarsi vantaggioso a lungo termine per tutta l'umanità: una «globalizzazione delle responsabilità».</p>



Costruire in modo sostenibile: convertire, rinnovare, ampliare e rivitalizzare.

Il consumo sostenibile

Philippe Löpfe
 philippe.loepfe@tamedia.ch

Bernard de Mandeville (1670-1733) era un medico e teorico sociale olandese che trascorse gran parte della sua vita a Londra. Divenne famoso grazie alla sua favola delle api, ovvero «Vizi privati e pubbliche virtù», che fu pubblicata nel 1714 provocando grande scalpore. In molti Paesi il libro fu proibito, in Francia fu addirittura bruciato pubblicamente dai giustizieri. Perché questo scompiglio? La favola di Mandeville, scritta in versi, tratta di una colonia d'api che esprime a Giove il desiderio di una società in cui regni giustizia. Il desiderio viene esaudito, ma il risultato si rivela una catastrofe per le api che perdono il loro lavoro. Infatti, senza delitti e guerre non vi è più necessità di api-poliziotto e di api-soldato. I tribunali diventano superflui, spariscono il lusso e le gozzi-viglie. La colonia si riduce sempre più e le ultime api sopravvissute vengono scacciate dall'alveare da un altro sciame di api. La morale della favola: non esiste commercio senza inganno, autorità senza corruzione, benessere senza fardelli.

Se Mandeville scrivesse la sua favola oggi, quale desiderio esprimerebbero le api moderne? Probabilmente quello di una società sostenibile. La realizzazione di questo desiderio sfocerebbe di nuovo in una catastrofe? Secondo la logica di Mandeville, si svilupperebbe una sorta di spirale d'impo-

verimento: le persone che vivono in modo sostenibile necessitano solitamente solo dello stretto necessario. Detestano gli sprechi, sono disciplinate e controllate. Per l'economia della moderna società dei consumi questo comportamento sarebbe catastrofico: la domanda crollerebbe, la disoccupazione esploderebbe e tutto finirebbe nel caos sociale. Un'altra colonia prenderebbe di nuovo il sopravvento, ad esempio quella cinese, e scaccerebbe gli ultimi sopravvissuti dall'Europa. Sono quindi i cinici ad avere ragione? L'avidità e l'edonismo saranno necessari anche in futuro per evitare il tracollo della nostra società?

Quando Mandeville scrisse la sua favola, la terra era popolata soltanto da alcune centinaia di milioni di persone: oggi siamo in più di sette miliardi. Il mutamento climatico e la scarsità di materie prime segnalano inequivocabilmente l'avvicinarsi dei tanto citati «limiti dello sviluppo». Non è certo un caso che il dibattito iniziato negli anni '70 dal Club di Roma si sia di nuovo infiammato. Si può discutere sulle dimensioni delle impronte ecologiche o sul livello di un'eventuale sovrappopolamento, ma nessun essere umano razionale può eludere il problema principale: se cinesi, indiani, africani e sudamericani volessero vivere come noi, consumando quindi un equivalente di energia, il pia-

neta tracollerebbe. Il collasso ecologico sarebbe inevitabile. Quindi, la sostenibilità non è semplicemente un'opzione morale, ma diventa un imperativo categorico per la sopravvivenza della società moderna.

Comprendere questa necessità è una cosa, agire di conseguenza ben altra. Solo poche persone sono asceti dalla nascita e spesso queste poche tendono a disprezzare i loro simili e a considerarli parassiti. Dal loro punto di vista la sostenibilità sarà tale solo quando non ci saranno più esseri umani. Ma se la presenza umana è inevitabile, allora l'uomo andrebbe perlomeno sorvegliato e limitato nel nome dell'efficienza ecologica. Michael Braungart, tecnico di procedimenti industriali, professore di chimica e co-autore del principio «dalla culla alla culla», cioè dell'idea per cui tutti i prodotti dopo la loro utilizzazione devono di nuovo poter essere riconvertiti in materia prima, svela il cinismo di questo misantropico punto di vista: «Quando guardo un bambino vorrei poter dire: è bello che ci sei. E non: dannata sovrappopolazione».

Ma è possibile conciliare sostenibilità ed edonismo?

Nella società moderna, è possibile addomesticare e rendere utili l'egoismo, l'avida, e i vizi? Sì, dice Braungart, non consumando di meno, ma in modo più intelligente. Consumare in modo intelligente significa prima di tutto evitare la produzione di rifiuti. Tutti i materiali sono attribuibili a due me-

tabolismi, uno biologico e uno tecnico. Scarpe o pastiglie dei freni, detergivi o tessili andrebbero realizzati in modo da risultare utili dal lato biologico, ad esempio perché commestibili o compostabili. I materiali tecnici, spesso molto velenosi perché contenenti piombo, rame o mercurio, sarebbero invece inseriti in un ciclo tecnico e continuamente riciclati. Le discariche e gli inceneritori apparterrebbero al passato.

«(Io sono) parte di quella forza che vuole sempre il male ed opera sempre il bene» dice il Mefistofele di Goethe. Nell'odierna società digitale si presenterebbe così: «Io sono uno sprecone che vuole godere operando per il bene dell'ambiente.»

(traduzione)



Dopo aver studiato anglistica ed etnologia, Philipp Lopfe (1953) ha intrapreso la carriera giornalistica. Ha frequentato la Scuola Ringier di giornalismo assumendo dopo cinque anni la redazione del SonntagsBlick. È quindi passato al giornalismo economico come editor e sostituto caporedattore di CASH acquisendo parallelamente un MBA presso l'Università di San Gallo. Nel 1998 è passato ai piani alti del Tages Anzeiger dapprima come sostituto e in seguito, dal 1999 al 2002, come caporedattore. Come giornalista indipendente oggi si dedica in particolare ai temi della scienza internazionale, della politica e dell'economia.

forum raumentwicklung
Informationsheft
Erscheint dreimal jährlich
40. Jahrgang

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
 Eidgenössisches Departement für Umwelt,
 Verkehr, Energie und Kommunikation
(UVEK)

Redaktionskommission

Rudolf Menzi (Leitung), Doris Angst,
 Ueli Balmer, Matthias Howald

Übersetzung

Französisch:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Relecture: Daniel Béguin
Italienisch:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Relecture: Peter Schrembs

Redaktion und Produktion

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basel

Gestaltung und Fotografie

Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Bern
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnemente

Bestellungen/Vertrieb:
BBL, Vertrieb Publikationen, CH-3003 Bern
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
Art.-Nr. 812.000
Jahresabonnement Fr. 30.70
Ausland Fr. 34.--
Einzelnummer Fr. 10.25
Ausland Fr. 12.--

Adresse

Bundesamt für Raumentwicklung
3003 Bern
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Amt)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE

Bern 2012, Abdruck erwünscht mit Quellenangabe; Belegexemplar an ARE
ISSN 1660-6248



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern, kontrollierten Herkünften und Recyclingholz oder -fasern
www.fsc.org Zert.-Nr. SGS-COC-100191
© 1996 Forest Stewardship Council

Inhalt gedruckt auf REBELLO, Recycling aus 70% Altpapier, FSC-zertifiziert, schönweiss

www.are.admin.ch

Die verschiedenen Artikel widerspiegeln jeweils die Meinungen ihrer AutorInnen. Sie können daher von den Überzeugungen des Herausgebers und der Redaktion abweichen.

forum du développement territorial
Bulletin d'information
Paraît trois fois par an
40e année

Editeur

Office fédéral du développement territorial (ARE)
Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC)

Commission de rédaction

Rudolf Menzi (direction), Doris Angst,
Ueli Balmer, Matthias Howald

Traduction

Français:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Relecture et adaptation: Daniel Béguin
Italieno:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Relecture et adaptation: Peter Schrembs

Rédaction, production

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Bâle

Création, réalisation, photographie

Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Berne
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnement

Commandes/distribution:
OFCL, diffusion publications, CH-3003 Berne
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
No d'art. 812.000
Abonnement annuel Fr. 30.70
Étranger Fr. 34.--
Numéro simple Fr. 10.25
Étranger Fr. 12.--

Adresse

Office fédéral du développement territorial
3003 Berne
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Office)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE

Berne 2012, Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à l'ARE
ISSN 1660-6248

forum sviluppo territoriale
Bollettino d'informazione
Esce tre volte all'anno
40mo anno

Editore

Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)
Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni (DATEC)

Commissione della redazione

Rudolf Menzi (direzione), Doris Angst,
Ueli Balmer, Matthias Howald

Traduzione

Francese:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Saconnex
Rilettura e adattamento: Daniel Béguin
Italiano:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg
Rilettura e adattamento: Peter Schrembs

Redazione, produzione

Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basilea

Creazione, realizzazione, fotografia

Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Berna
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abbonamento

Ordinazioni/distribuzione:
UFCL, distribuzione pubblicazioni, CH-3003 Berna
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
No d'art. 812.000
Abbonamento Fr. 30.70
Estero Fr. 34.--
Numero singolo Fr. 10.25
Estero Fr. 12.--

Indirizzo

Ufficio federale dello sviluppo territoriale
3003 Berna
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Ufficio)
Fax 031 322 47 16 (Informazione)

© ARE

Berna 2011, Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia all'ARE
ISSN 1660-6248



SCER-SU-67.6

Das ARE-Forum wurde klimaneutral hergestellt.

www.are.admin.ch

Les différents articles expriment les avis de leurs auteur/e/s respectifs/ves. Ils peuvent de ce fait présenter des convictions divergentes de celles de l'éditeur et de la rédaction.

I vari articoli riflettono di volta in volta le opinioni degli autori/delle autrici. Possono quindi discostare da quella dell'editore e della redazione.

